PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

# kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40 000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 14 - Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 18 909 05, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 958 37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, 2. März 1976, fertiggestellt.

4. März 1976 Jg. 4 Nr. 9 50 Pfennig

*Lohnauseinandersetzungen:*

## Kapitalisten und Regierung bereiten einen neuen Angriff vor

„Tarifauseinandersetzungen in der Sackgasse“, „lohnpolitisches Trauerspiel“ usw. lauten die Kommentare der bürgerlichen Presse zum gegenwärtigen Stand der Tarifauseinandersetzung. Worin besteht für die Kapitalisten und die Regierung das Trauerspiel und was haben sie vor, um aus der Sackgasse herauszukommen?

Die Kapitalisten hatten geplant und haben diesen Plan auch noch nicht aufgegeben, in den diesjährigen Tarifauseinandersetzungen aufs Ganze zu gehen. Das Ganze ist für sie: den ökonomischen Druck der Arbeitslosigkeit auf die Arbeiterklasse auszunutzen, um schrankenlos die Löhne zu kürzen und die Mehrarbeit für ihren Profit zu erhöhen. Tarife sind Schranken für diese Absichten der Kapitalisten. Deshalb sollen sie möglichst niedrig liegen und in diesem Jahr möglichst gar nicht erhöht werden. Bei ihren Plänen haben die Kapitalisten und die Regierung damit gerechnet, daß Krise und Arbeitslosigkeit die Arbeiterklasse wehrlos machen würden und daß in dieser Lage die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihnen aus der Hand fressen würden. Die Arbeiter und Angestellten sind aber nicht wehrlos, sondern bereit und fähig, gegen die Angriffe der Kapitalisten und der Regierung anzutreten. Wer alles produziert, kann die Produktion lahmlegen. Diese Fähigkeit kann den Arbeitern nicht genommen werden. Das haben die Metaller mit ihrer Streikbewegung gezeigt. Bereitschaft zu Zusammenschluß und Kampf haben die Gewerkschafter im öffentlichen Dienst gezeigt, indem sie für die Festgeldforderung eingetreten sind und bisher alle Spaltungsversuche durch DAG und Beamtenbund abgeschlagen haben.

Trotz ihrer versöhnlerischen Absichten konnten sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in dieser Lage nicht einfach den Kapitalisten und der Regierung beugen.

Die ersten Provokationen sind von den Arbeitern und Angestellten zurückgeschlagen worden, sowohl in der Metallindustrie als auch im öffentlichen Dienst. Daß die Kapitalisten und die Regierung im ersten Anlauf nicht durchgekommen sind, das ist für die bürgerliche Presse das Trauerspiel. Besorgt stellt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ fest: „Da scheint es keine Möglichkeit zu geben, schnell und präzise im vertraulichen Gespräch zu klären, was möglich ist, und das dann auch zu vollziehen“ – als Lohnraub an den Arbeitern, versteht sich.

Genau das jedoch wird die Absicht bleiben in der weiteren Tarifauseinandersetzung. Daß sie mit offenen Provokationen nicht durchkommen, das haben die Kapitalisten und die Regierung inzwischen gemerkt. Also werden sie alles daran setzen, um aus der Sackgasse dadurch herauszukommen, daß sie die Lohnbewegung zu spalten versuchen und den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern einen kleinen Finger reichen. In der Metallindustrie ist das bei den Lohnverhandlungen für die Preussag-Metall jetzt vorgemacht worden. Dort hat die IG Metall sich auf einen 5,4 Prozent-Abschluß eingelassen. Im Vergleich mit dem Stahlabschluß glaubt sie damit bestehen zu können. Sie setzt darauf, daß dieser Abschluß die Belegschaften spaltet und kampfunfähig macht. Bei den unteren Lohngruppen kann die Kampfbereitschaft sich auf Grundlage von Prozentforderungen sowieso nicht gut entfalten. Erst recht nicht für die Differenz zwischen 5,4 Prozent und 8 Prozent Ausgangsforderung. Für die oberen Lohngruppen mögen die 5,4 Prozent gerade noch ausreichend erscheinen. So denken sich das die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Wir sehen daran, wie notwendig es ist, die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen gerade in dieser Metalltarifauseinandersetzung zu erheben. So kann der Spaltung entgegengearbeitet werden und der Lohndrückerei der Kapitalisten entgegengetreten werden.

Im öffentlichen Dienst werden aufgrund der Festgeldforderung solche Spaltungsversuche der Regierung schwerer fallen. Daher auch die Hetze gegen die 135 DM am Anfang der Tarifauseinandersetzung. Jetzt halten sich Presse und Regierung schon etwas zurück, weil sie durch ihre Hetze die Geschlossenheit nicht noch stärken wollen, die auf Grundlage einer solchen Forderung möglich ist. Die Verhandlungen am Donnerstag werden zeigen, welches Spaltungsmanöver die Regierung im öffentlichen Dienst nun einzuschlagen versucht.

Den Kapitalisten und der Regierung ist es nicht gelungen, die Gewerkschaften im Frontalangriff zu schlagen. Deshalb zieht sich die Lohnauseinandersetzung jetzt hin, und die Kapitalisten und die Regierung versuchen mit Hilfe der Gewerkschaftsführungen durch Spaltung zum Ziel zu kommen, wo sie im Frontalangriff gescheitert sind. Gleichzeitig hoffen sie, die Lage würde sich einstweilen beruhigen. Gerade darauf dürfen sich die Metaller und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht einlassen. Die selbständigen Aktionen sind es gewesen, die den Frontalangriff der Kapitalisten und der Regierung haben scheitern lassen. Sie werden es auch sein, die den jetzt geplanten Angriff zurückschlagen können. Sie können die eigene Einheit im Kampf stärken und können die Front der Feinde aufspalten. Darauf muß man es anlegen. Um aber die eigene Einheit zu fördern, ist es notwendig, in dieser Tarifauseinandersetzung Forderungen zu besprechen und zu verankern, die der Spaltung entgegenarbeiten. Gegen den Druck der Arbeitslosigkeit z.B. gibt es nur den Kampf für die Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 80 Prozent, für die Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten und für die Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung. Wie soll man ohne solche Forderungen die Arbeitslosen für die Unterstützung des Streiks wirklich gewinnen? Wie anders kann man die ständigen Lohnkürzungen durch den bürgerlichen Staat bekämpfen, der die Lohnabhängigen durch ständige Erhöhungen von Abgaben plündert?

Der gegenwärtige Druck auf den Lohn, die Arbeitslosigkeit werfen ein Licht auf die Lage der Arbeiter im Kapitalismus. Der Kampf für den Lohn und gegen die Folgen der Krise bekommt seinen vollen Sinn, wenn er dem Zusammenschluß für den Sozialismus dient. Wenn die Kapitalisten und die Regierung gegen den Lohn hetzen, weil die Wirtschaft nur durch die Profite in Gang zu halten sei, dann lautet die Antwort: Die Arbeiter haben noch stets alle Reichtümer der Gesellschaft produziert und noch nie einen Profit gehabt. Warum soll die Profitwirtschaft nötig sein, um die gesellschaftlichen Reichtümer zu produzieren? Die Arbeiterklasse kann die Profitwirtschaft beseitigen. Nicht von den Profiten hängt die Produktion ab, sondern von der Arbeit der Arbeiterklasse. Das zeigt schon jeder Streik.

Fähigkeit kann den Arbeitern nicht genommen werden. Das haben die Metaller mit ihrer Streikbewegung gezeigt. Bereitschaft zu Zusammenschluß und Kampf haben die Gewerkschafter im öffentlichen Dienst gezeigt, indem sie für die Festgeldforderung eingetreten sind und bisher alle Spaltungsversuche durch DAG und Beamtenbund

tionen sind es gewesen, die den Frontalangriff der Kapitalisten und der Regierung haben scheitern lassen. Sie werden es auch sein, die den jetzt geplanten Angriff zurückschlagen können. Sie können die eigene Einheit im Kampf stärken und können die Front

wirtschaft nötig sein, um die gesellschaftlichen Reichtümer zu produzieren? Die Arbeiterklasse kann die Profitwirtschaft beseitigen. Nicht von den Profiten hängt die Produktion ab, sondern von der Arbeit der Arbeiterklasse. Das zeigt schon jeder Streik.

In Köln beschloß der IG-Chemie-Frauenausschuß, eine Resolution zur Delegiertenhauptversammlung einzubringen, in der die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert und das neue Gesetz verurteilt wird. Ausführlicher Seite 9

Weg mit dem KPD-Verbot! Polizeiaktionen gegen KBW-Büros

Osnabrück. Am 28. Februar wurden von einem Polizeikommando die Räume der Ortsgruppe Osnabrück durchsucht. Beschlagnahmt sollten alle

## Die Kriegsgefahr wächst: Ford läßt als erster die Maske fallen

Durch ihre Niederlagen gegen den Befreiungskampf der Völker, vor allem der Völker Indochinas, und durch ihre inneren Krisen sind die USA geschwächt worden. Das hat sie auch in ihrem Kampf um die Weltherrschaft gegenüber ihrem sozialimperialistischen Rivalen zurückgeworfen. So ist es kein Wunder, daß die USA als erste den Deckmantel der Entspannungspolitik fallen lassen. Denn die USA wollen ihr früheres Übergewicht zurückgewinnen. Präsident Ford hat jetzt im Gegensatz zu all seinen früheren Aussagen verkündet:

„Das Wort ‚détente‘, also Entspannung, ist auf die Beziehung zwischen den Supermächten nicht mehr anwendbar. Wir müssen jetzt über Realitäten sprechen. Das heißt im einzelnen über den Abbau der strategischen Rüstung, über Handel und Wissenschaft. All dies muß aus einer Position der Stärke heraus geschehen. Dabei müssen auch die USA mit der Stärke der anderen rechnen. Wir selbst aber müssen die Kraft haben, die Entwicklung voranzutreiben.“

Wenn die Supermächte ihre Maske fallen lassen, dann ist das für die Völker nützlich. Sie können die wachsende Kriegsgefahr dann leichter erkennen. Sie können sich gegen diese Kriegsgefahr, die vor allem von den beiden Supermächten ausgeht, wehren, indem sie für den Abzug aller fremden Truppen, für die Auflösung aller fremden Militärstützpunkte und für das allseitige Verbot der Kernwaffen und ihre vollständige Vernichtung kämpfen. Damit kämpfen sie gegen den bevorstehenden Krieg und erleichtern die Revolution. Deutschland liegt im Zentrum der Rivalität der beiden Supermächte. Besonders für das deutsche Volk ist dieser Kampf von großer Bedeutung. In der BRD bedeutet er: US-Truppen raus aus Westdeutschland, Westdeutschland raus aus der NATO!

Der Kampf gegen die Kriegsgefahr nützt der Revolution und nur die Revolution in den imperialistischen Ländern kann die Kriegsgefahr endgültig beseitigen.

### Der Kampf gegen den § 218 wird fortgesetzt

Der Fasching wurde in Wiesbaden genutzt für den Kampf gegen den § 218. Kostümierte bemalten am hellichten Tagen unerkannt das Polizeipräsidium mit der Parole „Weg mit dem § 218!“

In Köln beschloß der IG-Chemie-Frauenausschuß, eine Resolution zur Delegiertenhauptversammlung einzubringen, in der die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert und das neue Gesetz verurteilt wird. Ausführlicher Seite 9

### Weg mit dem KPD-Verbot! Polizeiaktionen gegen KBW-Büros

Weg mit dem KPD-Verbot! Polizeiaktionen gegen KBW-Büros

**Osnabrück.** Am 28. Februar wurden von einem Polizeikommando die Räume der Ortsgruppe Osnabrück durchsucht. Beschlagnahmt sollten alle Exemplare der Ortsbeilage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 8/76 werden.

Als Grund wurde ein Artikel benannt, der sich gegen die Strafversetzung eines Lehrers wandte. Der Artikel griff das Beamtenrecht an und forderte die Abschaffung des Beamtenrechts, auf dessen Grundlage die Strafversetzung vorgenommen wurde. Weiter wird über die GEW-Jahreshauptversammlung berichtet, wo eine Resolution gegen die Strafversetzung verabschiedet wurde.

Die Ortsgruppe verteilte eineinhalb Stunden später ein Flugblatt. In knapp einer Stunde wurden 1 500 Flugblätter verteilt und 97 KVZ verkauft. Die kurzen Kundgebungen, die durchgeführt wurden, stießen auf großes Interesse.

**Karlsruhe.** Am 26. Februar wurden die Büroräume der Ortsgruppe und die Wohnung des Sekretärs der Ortsleitung des KBW durchsucht. Mitgenommen wurde alles, was nicht niet- und nagelfest war. Von Schreibmaschinen bis zu Flugblattentwürfen. Anlaß dieser Polizeiaktion war eine Demonstration von Anfang Januar, gegen die jetzt wegen „Verdacht des Verstoßes gegen das Pressegesetz und das Versammlungsgesetz nach § 113 StGB“ ermittelt wird. Diese neueste Polizeiaktion reiht sich ein in eine ganze Kette von Polizeischikanen gegen die Ortsgruppe.

Gegen die Durchsuchung in Karlsruhe führten die Ortsgruppe des KBW, die KPD/ML, die KPD und der KABD am Samstag eine Kundgebung unter den Losungen durch: Weg mit den Hausdurchsuchungen! Weg mit den Polizeischikanen! Weg mit dem § 88 a und § 130 a! Weg mit dem KPD-Verbot!

Am Montag früh konnte jeder klar und deutlich am Polizeipräsidium die Parole lesen: Weg mit dem KPD-Verbot!

*Das Regime in Spanien wird von allen Seiten angegriffen*

## Breiter Aufschwung der Massenbewegung

**Die seit Januar andauernde Streikbewegung gegen das Regime in Spanien, für Lohnerhöhungen und Gewerkschaftsfreiheit hat sich in der letzten Woche außerordentlich verbreitert. Der Streik, der bisher immer nur auf bestimmte Regionen des Landes begrenzt war, hat sich auf das ganze Land ausgeweitet, und alle Industriezweige sind daran beteiligt. Insgesamt haben in der letzten Woche mindestens 300 000 Arbeiter und Angestellte gestreikt.**

Dazu kommen Händler und Kleinproduzenten, wie zum Beispiel die Bäcker und die Transportunternehmer, die 70 000 LKW-Besitzer, die die Versorgung der großen Städte praktisch lahmgelegt haben. Verbunden sind die Streiks mit permanenten Demonstrationen und Auseinandersetzungen mit der Polizei auf den Straßen und in den Betrieben, wenn die Arbeiter die Betriebe besetzen.

Schwerpunkt war in der letzten Woche weiterhin Barcelona. Nun sind dort die Arbeiter des internationalen Reifenkonzerns Pirelli in den Streik getreten. Dort setzten die Arbeiter und Angestellten im Dienst der Stadt ihre Streikaktionen fort. Polizei- und Feuerwehrbeamte haben trotz der Dienstverpflichtung und der Unterstellung unter die Armee ein Streikkomitee gebildet. Weil der Bürgermeister und der Stadtrat bisher jede Verhandlung über die Lohnforderungen der städtischen Bediensteten ablehnten, wurde jetzt der Rücktritt des Bürgermeisters Vila und die Neuwahl des Stadtrates gefordert. Als Vorbedingung für Verhandlungen stellen die Beschäftigten der Stadt jetzt die Forderung nach Rückzug der aus anderen Gebieten Spaniens nach Barcelona beorderten Polizeieinheiten. Diese Einheiten haben sich in der vergangenen Woche täglich Straßenschlachten mit den Tausenden der insgesamt 150 000 Bauarbeiter geliefert, die in der Region Barcelona beschäftigt sind und streiken. Die Bauarbeiter wollen jetzt, nachdem sie zwar in Barcelona eine gewisse Lohnerhöhung durchgesetzt haben, den Streik auf ganz Spanien ausdehnen. Das wurde jedenfalls von den Arbeiterkommissionen, die den Bauarbeiterstreik führen, angekündigt. In ganz Spanien streiken derzeit 25 000 Lehrer, was dazu führt, daß rund 1 Million Schüler Ferien haben, weil die Schulen von der Regierung geschlossen sind.

Im Baskenland streiken die 6 000 Gießereiarbeiter in der Provinz Biscaya. Sie haben die Hochöfen besetzt. Als die Polizei dagegen vorging, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. In der baskischen Stadt Pamplona haben zugleich 30 000 Menschen demonstriert für demokratische Rechte und Autonomie des Baskenlandes. Die Forderung nach Autonomie wird ebenfalls in Galizien und Katalonien erhoben.

Aktionen der Massen fanden auch im Süden statt. Dort hat die Polizei, als sie in eine Stadt in der Nähe von Alicante gegen eine Demonstration von Streikenden vorging, einen jungen Büroangestellten erschossen.

Die Forderungen, die in den Massenaktionen erhoben werden, sind: Verbesserung des Lebensniveaus durch Lohnerhöhungen, Wiedereinstellung der Arbeiter, die auf Grund der Streiks von den Kapitalisten entlassen worden sind. Die Zahl der deshalb entlassenen Arbeiter – besonders bei den Staatsbetrieben wie den Kohlebergwerken in Asturien und den Betrieben der internationalen Konzerne – soll in die Tausende gehen. Die internationalen Konzerne sind führend bei den Entlassungen und Aussperrungen. Bekannt geworden ist Bosch Madrid, wo die Arbeiter ausgesperrt wurden, nachdem dort bereits ITT und Chrysler zu diesen Maßnahmen gegriffen hatten. Weiter wird die Freilassung der von der Polizei Verhafteten verlangt. Damit ist die Forderung nach allgemeiner Amnestie aller politischen Häftlinge verbunden. Gegen die Bevormundung und Einschränkung der Handlungsfreiheit durch die staatlichen Syndikate, die Zwangsorganisationen, durch die unter Kontrolle des Staates die Interessen der Arbeiter denen der Kapitalisten untergeordnet sind, richtet sich die Forderung nach Gewerkschaftsfreiheit und nach Verhandlungsfreiheit. Und im Süden des Landes, wo der Großgrundbesitz nach wie vor seine feudale Herrschaft ausübt, gewinnt die Forderung unter den Landarbeitern und Pächtern an Raum: Das Land denen, die es bebauen.

Eine entscheidende Veränderung hat die Lage in der vergangenen Woche dadurch erfahren, daß zum ersten mal die Kleinbourgeoisie aus ihrer Reserve herausgegangen ist und sich an den Massenaktionen der Arbeiter beteiligte, z.B. mit Boykottmaßnahmen. Grund dafür ist die Peseta-Abwertung und das neue Wirtschaftsprogramm der Regierung Arias.

Dieses Wirtschaftsprogramm berücksichtigt keine einzige Forderung der streikenden Arbeiter und der Kleinkapitalisten. Umgekehrt nützt es den in Spanien ansässigen ausländischen Monopolen durch die Abwertung und die zusätzlichen Exporterleichterungen. Die damit eingetretene Lage bedeutet eine wesentliche Verschärfung der Klassenkampfsituation in Spanien. –

**Wyhl: Niederlage für die Landesregierung** Seite 9

Seite 14 **Afrika: Erklärung der EG**

Seite 7 **Den wirtschaftlichen Kampf mit politischen Enthüllungen verbinden**

*Die Polenverträge auf einer CDU-Wahlveranstaltung*

# „Die CDU will Polen wieder holen“

**„Die CDU will Polen wieder holen“ erschallten die Sprechchöre gegen die Äußerungen des CDU-Wahlredners Carstens zu den Polenverträgen auf einer Veranstaltung am 25. Februar in Heidelberg. Nachdem er schon mit seiner Äußerung, in der BRD gebe es keinen Kapitalismus, sondern die „soziale Marktwirtschaft“, nur Sprechchöre erntete, geriet der CDU mit den offen vertretenen Positionen des Chauvinismus die Veranstaltung schließlich aus der Hand.**

Die „Entspannungspolitik“ der Bundesregierung sei „einseitig“, erklärte Carstens. Sie habe die Trümpfe, die Westdeutschland vor allem gegenüber der Volksrepublik Polen habe, nicht genutzt. Die 2,3 Milliarden DM, die Polen als Rentenpauschale und als Kredit jetzt im Rahmen der neuen Polenverträge erhalten soll, das sei zu viel, zu billiges Geld dafür, daß nur 120 000 Polen deutscher Nationalität auswandern könnten, während noch mindestens noch einmal soviele für eine Auswanderung aus Polen in Frage kämen. „Die Bundesrepublik muß der treue Sachwalter aller Deutschen in Polen und in den Ostgebieten sein.“

Die Bundesregierung versucht durch Kredite und Milliardenzuwendungen die Volksrepublik Polen für die westdeutschen Kapitalisten, für Waren- und Kapitalexport zu öffnen. Recht so, sagt die CDU, aber die Bedingungen für die Kredite sind zu günstig, die Zinsen zu nieder, es muß gewährleistet sein, daß für dieses Geld allein westdeutsche Waren eingekauft werden. Die „Normalisierung“ der Beziehungen zur Volksrepublik Polen muß so aussehen, daß wir die Zwingschraube der finanziellen Abhängigkeit Polens vom westdeutschen Finanzkapital so hart wie irgend möglich von vorneherein ansetzen.

Die Bundesregierung verknüpft die Kredite an Polen mit politischen Bedingungen: 120 000 polnische Staatsbürger sollen in den nächsten vier Jahren in die BRD umgesiedelt werden. Die Bundesregierung hat so gegenüber Polen ein Druckmittel in der Hand, mit dem sie jederzeit die Erfüllung der übrigen Vertragsbedingungen und Wohlverhalten erpressen kann.

Recht so, sagt die CDU: Polen muß gezwungen werden, die BRD als Sprecher eines Teils der polnischen Bevölkerung anzuerkennen, und der BRD auf diese Weise gestatten, sich unter dem Vorwand humanitärer Fürsorge ständig in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen. Ganz falsch ist es aber, sagt die CDU, sich in dieser Frage auf eine bestimmte Zahl und eine bestimmte Frist festzulegen. Das heißt, diesen Trumpf schlecht ausspielen. Von vorneherein muß der polnischen Regierung klargemacht werden: Auch wenn wir die 120 000 Facharbeiter, Bauern und jungen Arbeitskräfte mit ihren Familien, die wir jetzt fordern, abgezogen haben, wird nicht Schluß sein. Auch auf die dann noch verbleibenden Polen deutscher Herkunft erheben wir Anspruch. Dieser Pfahl muß für unbegrenzte Dauer im Fleisch des polnischen Staates steckenbleiben, um Polen immer wieder erpressen zu können und den Einfluß des BRD-Imperialismus zu steigern.

Daß die Hebel dieser ökonomischen und politischen Erpressung überhaupt greifen, liegt daran, daß in Polen eine neue Bourgeoisie an der Macht ist, die mit den Mitteln der kapitalistischen Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes den gesellschaftlichen Reichtum und die politische Macht in ihren Händen konzentriert und die Masse des Volkes im Zustand sozialen Elends, der Zersplitterung und der Unmündigkeit beläßt. Sie ist nicht in der Lage, die Frage der nationalen Minderheiten und die Bauernfrage zu lösen. Die schlechten sozialen Verhältnisse in Polen wecken bei vielen den Wunsch, das Land zu verlassen. Wirtschaftlich und politisch ist Polen unter der Knute der sozialimperialistischen Supermacht. Die polnische neue Bourgeoisie kann diese Fessel nur lockern, indem sie sich in neue Abhängigkeiten begibt. Unfähig, die gesellschaftlichen Produktivkräfte wie die Volksrepublik China oder die Sowjetunion zu Zeiten Lenins und Stalins so zu entwickeln, daß die nationale Unabhängigkeit gewahrt und gestärkt wird, ist sie ständig auf der Suche nach neuem Kapital, mit dem sie die arbeitenden Massen in Polen ausbeuten und unterdrücken kann. Dieses Kapital bieten die westlichen imperialistischen Mächte, allen voran die BRD, an, und zur Zeit noch zu relativ günstigen Bedingungen, um in Polen Fuß zu fassen.

Die Propaganda der CDU/CSU gegen die neuen Polenverträge hat also vor allem den Zweck, die Politik der Unterwanderung und Zersetzung des polnischen Staats, die die Bundesregierung mit ihren Ostverträgen betreibt, zu verschärfen und die Souveränität des polnischen Staates durch ökonomischen Druck und unbegrenzten Anspruch auf einen Teil seiner Bevölkerung auszuhöhlen. Es ist eine Propaganda der unverhüllten imperialistischen Aggression, die sich auf chauvinistische Gefühle stützt und sich nur mühsam mit humanitären Phrasen tarnt.

Dabei kann sich der Chauvinismus auf die Tatsache stützen, daß die Sowjetunion zur aggressiven imperialistischen Supermacht geworden ist, die kaum verdeckt durch ihren Entspannungsschwindel und immer unverhohlener ihrem Hegemoniestreben folgt. Europa ist letzten Endes das Hauptangriffsziel, wie die riesigen Truppen- und Waffenmassierungen der Sowjetunion in Osteuropa beweisen. Die Völker müssen sich gegen die imperialistischen Supermächte stellen, die auf einen Krieg rüsten, um zu entscheiden, welche Supermacht die Völker ausbeuten und beherrschen kann. Das können sie nicht im Bündnis mit ihrer Bourgeoisie, die selbst im Bündnis mit der einen oder anderen Supermacht ihre imperialistischen Interessen verfolgt, sondern nur indem sie den Krieg mit der Revolution verhindern oder den Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie verwandeln. Der Beitrag Carstens' war ein deutliches Beispiel, wie die imperialistische westdeutsche Bourgeoisie die Lage für ihre imperialistischen Interessen und zur chauvinistischen Aufhetzung nutzt.

Der Sprechchor „Kriegshetzer! Kriegshetzer!“ deckte den reaktionären und aggressiven Charakter dieser Propaganda auf. Carstens geriet abermals in die Defensive. Es paßte ihm gar nicht, daß seine Politik in dieser Schärfe bezeichnet wurde, und es verunsicherte auch seine Anhängerschaft im Saal. Er suchte sein Heil in der historischen Rechtfertigung der „Fürsorge“ für einen bedeutenden Teil der Bevölkerung im heutigen Westpolen: „Ach, meine Damen und Herren, wo gibt es ein Volk der Erde, ein Kulturvolk der Erde, welches nicht Gebiete, die einmal zu ihm gehört haben, weiterhin mit den Namen seiner Sprache belegt!“

Er wies damit lediglich auf den dritten Hebel hin, mit dem die westdeutsche Bourgeoisie Polen unter Druck setzt und bedroht: die Offenhaltung der Grenzfrage. Carstens begründete den Anspruch auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete historisch. Sie seien ein Teil deutscher Geschichte, und das Bewußtsein davon müsse gerade in der jungen Generation wieder geweckt werden. An anderer Stelle argumentieren die CDU-Politiker juristisch. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die BRD gelte nur unter Vorbehalten, weil die endgültige Grenze nur in einem Friedensvertrag eines wiedervereinten Deutschland mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges festgelegt werden könne. Das ist auch die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil zu den Ostverträgen, das ist auch die Auffassung der Bundesregierung. Die CDU spricht nur aus, was die gesamte westdeutsche Bourgeoisie denkt.

Was bedeutet es, wenn im Verkehr zwischen zwei Staaten die eine, stärkere Seite immer wieder betont, daß die Grenzfrage offen sei und daß sie Anspruch erhebe auf Teile des Territoriums des anderen Staates? Das bedeutet nichts anderes, als daß die Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten gekennzeichnet sind durch Erpressung und die ständige Drohung mit der Aggression. Folgerichtig beruft sich Carstens auf die Tradition der deutschen imperialistischen Ostpolitik. Es ist die Tradition der ständigen Aggression gegen Polen mit dem Ziel, dieses Land zu teilen, zu zersetzen, seine Souveränität auszuhöhlen und seinen Reichtum an menschlichen und natürlichen Ressourcen auszuplündern. Die Hitlersche Aggression war nur der letzte Höhepunkt dieser Tradition des deutschen Imperialismus.

Der Sprechchor: „Die CDU will Polen wieder holen!“ deckte diesen Zusammenhang auf. Carstens mußte sich wieder unterbrechen und ließ das Thema fallen wie eine heiße Kartoffel.

Zutage getreten war die Schwäche der bürgerlichen Parteien, die immer dann zutage tritt, wenn Teile des Volkes ihre Forderungen den bürgerlichen Politikern gegenüber geschlossen vertreten, sie zur Rechenschaft zwingen und ihre reaktionären Absichten aufdecken können. Kaum jemand hörte noch die Schlußsuada des Bonner Professores. Die Menschen erhoben sich und fingen an untereinander zu diskutieren. Transparente wurden entrollt, immer wieder ertönten Sprechchöre gegen den Imperialismus und für den Sozialismus. Der Gesang der Internationale, in deren dritter Strophe es heißt: „In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute, wir sind die stärkste der Partei'n“, schloß diese Versammlung ab.

*Resolution der GEW Hildesheim:*

# Das Verfassungsschutzgesetz muß weg

Gegen den Entwurf des niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes gibt es zunehmend Widerstand. Wir berichteten über diesen Entwurf in KVZ Nr. 6. Eingebracht wurde der Entwurf von der vormaligen FDP/SPD-Regierung. Die neue CDU-Regierung drängt nun auf baldige Verabschiedung. Protest erhoben haben die Humanistische Union und Amnesty International sowie namhafte demokratische Rechtswissenschaftler. Eine deutliche Stellungnahme hat die Hauptversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverein Hildesheim, bei einer Enthaltung beschlossen, die wir im folgenden wiedergeben:

„Dieses Gesetz soll die Befugnisse des Verfassungsschutzes systematisieren und ausweiten: Der Verfassungsschutz soll bei der Einstellung aller Bewerber für den öffentlichen Dienst mitwirken. Er soll ferner der Rüstungsindustrie und anderen ‚Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen‘ Informationen zustellen bei der Überprüfung der dort Beschäftigten. Alle Behörden des Landes, die Gemeinden, die Landkreise, die sonstigen der Landesaufsicht unterstehenden Personen des öffentlichen Rechts, die Gerichte des Landes und die Verfassungsschutzbehöreden sollen zu gegenseitiger Rechts- und Amtshilfe verpflichtet werden. Alle diese Stellen müssen nach dem Gesetzesentwurf dem Verfassungschutz **unaufgefordert** alle Unterlagen über vermeintlich verfassungs-, staats- oder sicherheitsgefährdende Handlungen mitteilen.

Die Bespitzelung durch und für den Verfassungsschutz, die schon heute von vielen Menschen als bedrohlich empfunden wird, soll weiter ausgebaut werden. Die Pflicht der Vorgesetzten und Schulleiter zur Berichterstattung über Kollegen wird leicht zu Duckmäusertum, Denunziantentum und Mißtrauen untereinander führen. Dieses Klima der Einschüchterung und der Angst behindert ernsthaft die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung auch an den Schulen. Gegner und Kritiker der herrschenden gesellschaftlichen und politischen Zustände sollen so mundtot gemacht werden. Das gewerkschaftliche Eintreten bspw. für das Streikrecht für Beamten soll unmöglich gemacht werden.

Der geplante Ausbau des Verfassungsschutzes und seiner fragwürdigen ‚nachrichtendienstlichen Mittel‘ (Abhören, Beschatten usw.) dienen keinesfalls der Demokratie, sie behindern vielmehr die Herstellung demokratischer Verhältnisse. Kollegen, Eltern und Schüler können sich aufgrund ihrer Interessen und Erfahrungen selber ein Urteil über die sogenannten ‚Verfassungsfeinde‘ bilden.

**Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden! Für freie politische und gewerkschaftliche Tätigkeit im öffentlichen Dienst!“**

## Nordischer Rat fordert Abzug der britischen Marine

Tagelang war der NATO-Stützpunkt in Island von den isländischen Volksmassen belagert, die gegen die Verletzung der isländischen Hoheitsgewässer durch das NATO-Land Großbritannien demonstrierten. Inzwischen hat sich der Nordische Rat der Regierungen von Dänemark, Schweden, Finnland, Norwegen und Island den isländischen Standpunkt zu eigen gemacht und den Abzug der britischen Fregatten gefordert und den Eingriff der britischen Marine in die isländischen Hoheitsgewässer verurteilt. Großbritannien hatte sich in bisher vier Verhandlungsrunden geweigert, die Hoheitsgewässer anzuerkennen, ja sogar Fangquoten für den Fischfang innerhalb der isländischen Hoheitsgewässer mit Island auszuhandeln, wie es mit Belgien und der Bundesrepublik vorher geschehen war.

## Bankkapital will Kleinbauern aus Genossenschaften verdrängen

Die schwäbische Genossenschaftszentrale arbeitet gegenwärtig insgeheim an Plänen, wonach die Genossenschaften stärker nach den Anforderungen des Finanzkapitals ausgerichtet werden sollen: Die regionalen „Verkaufsgruppen“ sollen zu Großhandelsstellen umgebaut werden, die nur noch Großabnehmer kostengünstig beliefern. Kleinere Nachfrager bekommen Dünger, Futtermittel und andere Betriebsmittel nur noch „kostengerecht“ (also teurer) vom Lagerhaus. Die Zeitung „top agrar“ sieht diese Pläne im Zusammenhang „mit dem wachsenden Einfluß der Banker im erweiterten Aufsichtsrat. Die Kreditgenossenschaften haben rund vier Fünftel der Anteile.“ (Nr. 1/76) Um ihre Forderungen und Zinsen einzutreiben, wollen die Banken jetzt allmählich die Kleinbauern aus den Genossenschaften verdrängen, wobei sie die größeren Bauern für diese Pläne ködern wollen.

Auf der außerordentlichen Generalversammlung im Frühjahr werden sich die kleineren Bauern vollkommen zu Recht dagegen wehren, Opfer der Pläne des Finanzkapitals zu werden. – (en)

## 8 500 Unterschriften in 26 Wahlkreisen

Am 1. März wurde die Unterschriftensammlung in Baden-Württemberg abgeschlossen. 8 500 Menschen unterstützen durch ihre Unterschrift die Kandidatur des KBW in 26 Wahlkreisen. Trotz aller Schikanen durch die Wahlbehörden, die viele Unterschriften für nicht leserlich hielten oder wegen eines nicht ausgeschriebenen Vornamens ablehnten, wurde in allen Wahlkreisen, in denen der KBW einen Wahlvorschlag einreichte, die erforderliche Zahl von 150 gültigen Unterschriften erreicht. Damit steht der KBW in 26 von 70 Kreisen zur Wahl.

## Staatsanwaltschaft Heidelberg verhindert Freilassung. Sofortige Freilassung des Genossen Hildebrandt!

Auf den Beschluß der Strafvollzugskammer, den Genossen Dietrich Hildebrandt mit zwei Dritteln der Haftzeit freizulassen, hat die Staatsanwaltschaft Heidelberg sofortige Beschwerde eingelegt, so daß Dietrich Hildebrandt weiter in Haft ist. Die Staatsanwaltschaft begründet dies unter anderem mit der Mitgliedschaft des Genossen Hildebrandt im KBW und mit den Zielen des KBW. Sie schreibt: „Erklärtes Ziel des KBW ist die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates mit Waffengewalt“, und legt zum Beweis ein Programm und Statut des KBW bei. Weiter legt sie einen Polizeibericht über die Fahrpreisaktionen in Heidelberg bei, und stellt fest, daß Genosse Hildebrandt „mehrfach in vorderster Front der Demonstranten“ gewesen sei. Es ist offensichtlich, daß dem Genossen Hildebrandt, der für den KBW bei den Landtagswahlen kandidiert, durch Haftverlängerung öffentliches Auftreten während des Wahlkampfes verwehrt werden soll. Die Haftanstalt Ludwigsburg hat zwei Schreiben auf Beurlaubung für den Wahlkampf nicht einmal beantwortet. Inzwischen sind weitere Briefe und Resolutionen an das Justizministerium in Stuttgart und an die Haftanstalt Ludwigsburg gesandt worden, u.a. aus Flensburg, Quickborn, Schwerte und Helsinki, in denen die sofortige Freilassung gefordert wird.

## Schmiergelder auch bei westdeutschen Firmen üblich

Schmiergelder sind auch bei deutschen Firmen üblich. Das erklärte der Vorsitzende des Bundes der Steuerbeamten Fredersdorf. Er schätzt die Summe allein im Auslandsgeschäft auf 2,5 Milliarden DM. Geschmiert wird freilich auch im Inland, und die Firmen können ihre Schmiergelder von der Steuer absetzen, Inlandsschmiergelder gegen Quittung. Bei Auslandsschmiergeldern genügt eine „Glaubhaftmachung“. (Nach: Frankfurter Rundschau, 1. März)

## EG-Mehrwertsteuer 20 Prozent

Auf einer SPD-Wahlkampfveranstaltung in Heidelberg-Ziegelhausen am 26. Februar verteidigte der ehemalige Finanzminister Alex Möller die geplante Anhebung der Mehrwertsteuer um 2 Punkte Anfang nächsten Jahres. Aber damit nicht genug. Möller kündigte eine weitere Anhebung der Mehrwertsteuer um 7 Prozent auf 20 Prozent an. Dies sei der im übrigen EG-Raum übliche Satz. Dies zeigt, daß es immer teurer wird, die bürgerlichen Parteien zu wählen, die diesen Zusammenschluß der europäischen Finanzkapitalisten betreiben.

## Mobiles Einsatzkommando beim Kölner Karneval

Beim Kölner Karnevalszug wurde ein Wagen mitgeführt, der gegen die Arbeitslosen hetzte, ein anderer, der gegen die ausländischen Arbeiter Stimmung machte. Dagegen gab es nicht nur einen Protest, wobei Farbeier geschmisen wurden, wie die bürgerliche Presse berichtete. Vielmehr wurden diese Wagen den ganzen Zug entlang ausgepfiffen und von den Massen angegriffen. Die Polizei versuchte jedesmal massiv gegen die Proteste vorzugehen. Zu diesem Zweck waren Mitglieder des Mobilen Einsatzkommandos als Jecken verkleidet auf dem Wagen postiert, um ihn gegen den Protest der Massen zu schützen. Es gab sieben Verhaftungen. Mit diesen Mitteln versucht die Bourgeoisie, die Volksfeste unter Kontrolle zu halten.

## Eine „milde Formulierung“ für den Todesschuß

Die Strafrechtsexperten der Bourgeoisie, namhafte Staatsanwälte, Richter und Polizeichefs, trafen sich am 19.2.1976 zu einer Tagung in Kiel zu dem Thema: „Der gezielte Todesschuß – Gedanken zu einem einheitlichen Polizeigesetz“. Professor Mertens aus Speyer stellte zunächst die Vereinbarkeit des Todesschusses mit dem Grundgesetz fest und bemängelte, daß der vorliegende Entwurf zu eng gefaßt sei. H.J. Voigt, der in der Gesetzentwurfkommission mitgearbeitet hatte, beschrieb die Schwierigkeit, eine „milde Formulierung“ zu finden. Bisher war vom „gezielt tödlichen Schuß“ die Rede, jetzt solle die Formulierung lauten „der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zum Tode eines Menschen führende Gebrauch von Schußwaffen“. Die Verabschiedung des Polizeigesetzes und darin des Todesschußparagrafen ist für Ende April vorgesehen.

## Richter Somoskeoy soll versetzt werden, um ein politisches Terrorurteil sicherzustellen

Richter Somoskeoy, bekannt durch die Verurteilung der Antifaschistin Klarsfeld und zuletzt durch die Terrorurteile gegen vier türkische Revolutionäre, die nach wie vor von Abschiebung in die Türkei bedroht sind, soll von der Großen Strafkammer zum Schwurgericht in Köln versetzt werden. Es wäre falsch, anzunehmen, dieser hervorragende Scharfrichter solle von der vordersten Front zurückgezogen werden. Vielmehr soll der Prozeß gegen den Anarchisten K.H. Roth demnächst vor dem Schwurgericht verhandelt werden. Die Staatsanwaltschaft will sich durch die Versetzung eine Verurteilung in einem Prozeß sichern, bei dem sie Beweisschwierigkeiten hat. Fraglich ist allerdings, ob der Prozeß stattfinden kann, weil der gesundheitliche Zustand von K.H. Roth bedrohlich ist. Ihm wurden bei seiner Verhaftung Schußverletzungen vor allem in der Bauchgegend beigebracht. Die mangelnde ärztliche Behandlung hat ihn bereits zum Krüppel gemacht und sein Leben ist bedroht, wie der „Stern“ kürzlich enthüllt hat.

*Die Krise des US-Imperialismus*

# Die US-Finanzbourgeoisie verwickelt sich in Skandale

Nur knapp konnte US-Präsident Ford die Vorwahlen in New Hampshire gegen seinen Konkurrenten Reagan gewinnen. 51 zu 49 Prozent war das Ergebnis. Offen ist noch, wer der Präsidentschaftskandidat der Republikaner bzw. der Demokraten werden wird, denn mehr Bewerber als je zuvor gibt es in beiden Parteien.

Feststellen kann man, die amerikanische Finanzbourgeoisie ist sich noch nicht einig darüber, wen sie an der Spitze ihrer nächsten Regierung sehen will; Ford oder einen anderen. Denn es besteht auch noch keine Einigkeit darüber, welcher Regierungskurs am besten geeignet ist, die Interessen der Finanzbourgeoisie, des US-Imperialismus durchzusetzen. Das wird deutlich an der Fortdauer der „Skandale“ um die US-Regierung. Nach dem Rücktritt Nixons als Folge des „Watergate-Skandals“ kamen als nächstes die Enthüllungen über das Treiben des FBI und CIA. Jetzt schlagen Enthüllungen über die Bestechungen der Lockheed Corporation und mindestens drei Dutzend weiterer Monopole hohe Wellen. Aber worum geht es denn bei diesen „Skandalen“? Man kann getrost annehmen, daß z.B. die Enthüllungen über die Bespitzelung durch den CIA, über die Mordpläne des CIA gegenüber ausländischen Politikern der amerikanischen Finanzbourgeoisie und ihrem Staat, dem Präsidenten wie dem Kongreß bekannt waren, denn wer anders als sie hat dies alles geplant? Auch daß Lockheed wie alle anderen Konzerne mit Bestechungsgeldern seine Geschäfte macht, wozu die Bestechung ausländischer Parteien und ganzer Regierungen gehört, wer würde ernsthaft behaupten, all dies sei neu, der amerikanischen Finanzbourgeoisie nicht bekannt? Vermuten muß man also, daß diese „Skandale“ im wesentlichen entstehen aus der Auseinandersetzung der Finanzbourgeoisie um ihren Regierungskurs und um die Mittel und Methoden, die sie zur Durchsetzung dieses Kurses braucht.

Wie ist die gegenwärtige Lage für die amerikanische Finanzbourgeoisie? Der Kampf der Völker der Dritten Welt gegen Imperialismus und Hegemonismus hat sich verschärft, der Sieg der Völker Indochinas und Siege der Völker Afrikas haben dem US-Imperialismus und seinen Verbündeten schwere Schläge versetzt. Die Rivalität mit der Supermacht Sowjetunion verschärft sich, wobei diese Supermacht gegenüber den USA einige Punkte gewinnen konnte. Die Herrschaft des US-Imperialismus über die imperialistischen Länder der Zweiten Welt, insbesondere Westeuropas, ist nicht mehr unbestritten und hat weiter zur Schwächung der Position des US-Imperialismus beigetragen.

### Von der bestehenden Weltordnung profitierten die USA am meisten – ihre gegenwärtige Unordnung trifft sie am meisten

Eine Folge dieser Faktoren ist, daß sich die bestehende Weltwirtschaftsordnung in Umwälzung befindet. Und der US-Imperialismus, der von der bestehenden Weltwirtschaftsordnung am meisten profitierte, erleidet dadurch die größten Verluste, und seine Position wird geschwächt. Auch im Heimatland der US-Finanzbourgeoisie sieht die Lage für sie nicht gut aus. Der US-Kapitalismus befinet sich selbst in einer Wirtschaftskrise, und er kann diese Krise nicht in gleicher Weise wie in den Jahrzehnten zuvor auf Kosten der Völker der Dritten und der Zweiten Welt austragen. Wie in der ganzen imperialistischen Welt ist die Lage in den USA gekennzeichnet durch hohe Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen und brachliegende Produktionsmittel.

So betrug die offiziell angegebene Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren rund 8 Prozent, tatsächlich aber betrug die Zahl derjenigen, die Arbeit suchten und keine fanden, aber rund 13 Prozent, rund 13 Millionen. (Monthly Review, Juni 1975) Die Preissteigerungen schwankten in den letzten Jahren zwischen 5 und 10 Prozent, und für das jetzige Jahr werden mindestens 7 Prozent erwartet. Von einem Ende der Wirtschaftskrise kann auch gegenwärtig keine Rede sein, allenfalls davon, daß sie vorübergehend an Schärfe verloren hat.

### Einig ist die Finanzbourgeoisie über den Regierungskurs gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volk

Keine wesentlichen Auseinandersetzungen gab es in der amerikanischen Finanzbourgeoisie zwischen „Demokraten“ und „Republikanern“ darüber, welche Politik in der Krise gegenüber den Massen in den USA eingeschlagen werden muß, um die riesigen Profite der US-Konzerne als Grundlage ihrer internationalen Stärke zu erhalten. Eingeleitet wurde der entsprechende Regierungskurs bereits durch Nixon, von Ford fortgesetzt, und durch folgende Maßnahmen zeichnet er sich aus:

– Bei fortdauernden Preissteigerungen wurde gegenüber den Löhnen eine Politik des Lohnstopps verfolgt.

– Nach Angaben des „Guardian“ (7. Januar) beträgt der Reallohnverlust der amerikanischen Arbeiter seit 1973 etwa 9 Prozent,

– stieg die Arbeitsproduktivität bei gleichzeitigem Reallohnabbau 1975 um 9,5 Prozent, was mehr Arbeit für weniger Lohn bedeutet,

– stieg der Anteil der Steuern und Sozialabgaben der Lohnabhängigen an den Einnahmen des Bundes von 63,4 Prozent im Jahre 1967 auf 76,5 Prozent im Jahre 1974, während sich im entsprechenden Zeitraum der Anteil der Monopole von 22,7 auf 14,6 Prozent verringerte.

Hand in Hand mit den Steuerbelastungen für das Volk begannen in den Haushaltsjahren seit 1974 scharfe Angriffe auf die Sozialleistungen für die Massen.

Folgendermaßen charakterisierte die Brookings-Institution bereits den 75-er Bundeshaushalt: „Sollte der Vorschlag der Regierung angenommen werden, so würde der Anteil an den Bundesausgaben an Unterstützungen für das Sozialprogramm für den Rest des Jahrzehnts sinken.“ Daß der unter Nixon eingeleitete Regierungskurs auf nichts anderes hinausläuft, zeigt sich auch am Bundeshaushalt 76: Er enthält Einsparungen z.B. am Gesundheitswesen, Schulwesen, an der Arbeitslosenunterstützung und an den Nahrungsmittelprogrammen für „die Armen“.

### Gegen den wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse wurden die Unterdrükkungsmittel verstärkt

Folgende Wirkung wurde durch diesen Regierungskurs erreicht: Die Zahl der Niedriglohnarbeiter, die unter dem Existenzminimum liegen, nahm zu; besonders scharf getroffen wurden die Jugendlichen, die Schwarzen und andere unterdrückte Nationalitäten wie die Puertoricaner, bei denen die Arbeitslosigkeit weit über dem Durchschnitt liegt. 14,3 Prozent beträgt sie bei der schwarzen Bevölkerung, 19,9 Prozent bei den Jugendlichen, in den städtischen Ghettos steigt sie bei den Jugendlichen auf über 50 Prozent empor. Deutlich wird daran, welchen Kurs die amerikanische Finanzbourgeoisie bei der Regierung durchsetzte: Durch den Abbau der Sozialleistungen sollen die Lebensbedingungen eines Teils der amerikanischen Arbeiter so weit verschlechtert werden, daß sich die Konkurrenz in der amerikanischen Arbeiterklasse verschärft, die Masse der Arbeiter sich immer ungeschützter der kapitalistischen Ausbeutung und Lohndrückerei unterwerfen muß.

In der Arbeiterklasse und unter den Massen selbst hat dies zu vielfältigen und noch zersplitterten Kampf- und Widerstandsaktionen geführt, und diese Aktionen nahmen an Zahl und Heftigkeit zu. Gegenüber dieser Verschärfung der Klassengegensätze reagierte die amerikanische Finanzbourgeoisie und ihre beiden Parteien einheitlich mit verschärfter Unterdrükkung wie hierzulande; nur noch offener und direkter.

Zu Jahresbeginn 1975 begann die Beratung über das Senatsgesetz Nr. 1, eine umfassende „Reform“ des Strafrechts mit folgendem Inhalt: Abbau der Verteidigungsrechte vor Gericht, Gefängnis für jede Störung staatlicher Tätigkeiten (z.B. einer Gerichtssitzung), Erweiterung der Rechte der Polizei und des FBI, Einschränkung der Rede- und Pressefreiheit, „wilde Streiks“ in Produktions- und Verkehrsbereichen, die für die „nationale Verteidigung“ wichtig sind, werden zu Verbrechen erklärt usw.

Uneinigkeit herrscht in der Finanzbourgeoisie darüber, welche Taktik gegenüber den Ländern der Dritten Welt, der Zweiten Welt, der anderen Supermacht und den sozialistischen Ländern eingeschlagen werden soll. Ein Teil befürwortet eine schärfere Gangart in der Konkurrenz mit der Sowjetunion, um so auch wieder direkter gegenüber den Ländern der Dritten Welt vorgehen zu können und um so mehr Druck auf die Länder der Zweiten Welt ausüben zu können. Über diese Frage wird gegenwärtig die Auseinandersetzung unter der US-Finanzbourgeoisie geführt, und entzündet hat es sich als Streit um die Instrumente und Methoden der imperialistischen Politik. Dazu gehört der CIA, dazu gehören die Bestechungsgelder der US-Monopole wie Lockheed.

### Wie die angeschlagene US-Supermacht ihre Hegemoniestellung wieder erreichen kann – darum wird der Streit geführt

Und so stellt sich die Lage für die US-Finanzbourgeoisie dar: Welche Methoden müssen wir anwenden, um nicht weitere Niederlagen in der Welt uns einzuhandeln? Gegenüber den Massen wird freilich behauptet, es sei dies eine „Selbstreinigungskrise der US-Demokratie“, und es wird versucht, den wirklichen Inhalt dieser Skandale zu verschleiern. Aus keinem anderen Grunde ist die „liberale Presse“ in den USA auch stets bemüht zu verhindern, daß sich die Berichterstattung über die „Skandale“ zu sehr ausweitet.

Man braucht aber nur zu betrachten, was das Ergebnis der CIA-Enthüllungen war, um herauszubekommen, worum der Streit wirklich geführt wurde. Das Ergebnis bestand darin, daß Präsident Ford einen Plan zur Reorganisierung des CIA vorlegte, welcher die Macht des CIA erhöht und dem CIA das Recht gibt, „US-Bürger zu Nachrichtenzwecken abzuhören“ (Newsweek, März 1975). In nichts anderem besteht also die Auflösung des „CIA-Skandals“, als daß er jetzt umorganisiert wird, um „ein größeres Schild und ein längeres Schwert zum Herumstechen“ zu erhalten, wie es der US-Senator Church formulierte. An dieser Lösung sieht man, worin die wahre Bedeutung dieser „Skandale“ liegt. Es ist ein Skandal für die amerikanische Finanzbourgeoisie, daß ihre Rolle als weltweiter imperialistischer Ausbeuter und Ausplünderer geschwächt wurde, und über diesen Skandal rechnet sie jetzt in ihren eigenen Reihen ab: Zum Skandal wird ihr der CIA, weil er nicht erfolgreich genug bespitzelt und ermordet hat, und ein Skandal ist für sie, daß trotz aller Bestechungsgelder die US-Monopole Märkte in Westeuropa und Japan verlieren. Das ist der Inhalt dieser „Skandale“, und wie die Neuorganisation des CIA zeigt, drängt die Finanzbourgeoisie auf eine Lösung, die ihr eine verschärfte politische Reaktion im eigenen Land wie in der ganzen Welt erlaubt. Entsprechend muß man auch das Vorwahlergebnis von New Hampshire sehen. Denn Ford wie Reagan verfolgen den gleichen reaktionären Regierungskurs, nur daß Reagan dies noch offener und direkter tut und daß er für eine Verschärfung der Auseinandersetzung mit der anderen Supermacht ist. Auf jeden Fall sind die 49 Prozent für Reagan und die 51 Prozent für Ford ein Beweis dafür, daß die Finanzbourgeoisie zu 100 Prozent in Richtung verschärfter Reaktion marschiert. Denn in den Vorwahlen war es nicht die Bevölkerung von New Hampshire, sondern im wesentlichen die republikanische Partei selbst, die zur Wahlurne schritt. Der US-Imperialismus ist geschwächt, und die weltweite Tendenz nach Unabhängigkeit und Revolution in der Dritten Welt, die aufbrechenden Kämpfe der Massen in den USA werden ihn noch weiter schwächen. Um so wütender will er zurückschlagen, um seine internationale Ausbeuterposition zu erhalten. – (e.r.)

*25. Parteitag der KPdSU*

# Die bürgerlichen Machthaber loben ihren Unterdrückerapparat

Der XXV. Parteitag der KPdSU wird fortgesetzt. Im Vordergrund des Parteitags wie auch der bürgerlichen Presseberichterstattung stand die Interpretation des „proletarischen Internationalismus“ durch die herrschende Revisionistenclique. Für sie ist der proletarische Internationalismus der Rauchvorhang, unter dem sie sich das Recht nimmt, andere Länder wie die Osteuropas in Abhängigkeit zu halten, und der Vorwand, neue Länder in Abhängigkeit zu bringen. Deshalb haben die Führer der Supermacht die KPI und KPF kritisiert, weil diese Parteien ihnen dabei nicht ausreichend behilflich sind, sondern es gegenwärtig lieber mehr mit der eigenen Bourgeoisie halten. Ihren Expansionismus kann die sozialimperialistische Supermacht nur auf Grundlage der Verschärfung der Ausbeutung der sowjetischen Arbeiterklasse, durch die Verschlechterung der Lage der Arbeiter und Bauern betrieben. Deren unvermeidliche Opposition und Widerstand muß deshalb niedergehalten werden.

Auf dem Parteitag legte Breschnew im dritten Teil des Rechenschaftsberichtet die entsprechenden Instrumente, ihren Ausbau und verstärkten Einsatz fest: „Vollendung unserer Gesetzgebung“ und „Stärkung der sozialistischen Rechtsordnung“. „Es ist klar, Genossen, daß wir der Vervollständigung der Miliz, der Staatsanwaltschaften, der Gerichte, der Justizorgane, die Wache stehen für die sowjetische Gesetzlichkeit, die Interessen der sowjetischen Gesellschaft, für die Rechte der sowjetischen Bürger, ständige Aufmerksamkeit geschenkt haben und weiter schenken werden.“

„Partei und Regierung schätzen die schwere und ehrenvolle Aufgabe der Beschäftigten dieser Institutionen hoch ein und sorgen dafür, daß sich ihr Bestand durch ausgebildete und würdige Kader vervollständigt. (Beifall)“ (Prawda, 25. Februar) Wer hier in wessen Interesse für wen Wache steht, das untersucht der folgende Artikel von Renmin Ribao.

Die sowjetischen Machthaber haben in den letzten Jahren wiederholt ihren „entwickelten Sozialismus“ in den Himmel gelobt, so als wäre er sogar besser als selbst ein Feen-Palast. In diesem „entwickelten Sozialismus“ gibt es weder „Konflikte“ noch „Gegensätze“, alle Klassen und Nationen sind sich politisch und ideologisch „völlig einig“.

Der mit einer Sonderaufgabe betraute sowjetische Innenminister N.A. Schtscholokow ist ein erfahrener Prahler. Den Ton seiner Kollegen nachahmend, ging er ausführlich auf Gesetz und Ordnung des „entwickelten Sozialismus“ ein und pries die institutionelle Expansion seines Ministeriums in einem langen Artikel, der in einem sowjetrevisionistischen Journal erschien. Begnügen wir uns mit dem Hinweis, daß es diesem Artikel zufolge jetzt 11 Schulen für die fachliche Ausbildung von Spezialagenten und Polizisten gibt gegenüber „nur einer“ „vor ein paar Jahren“.

Sehen wir uns doch einmal an, womit Seine Exzellenz der Herr Minister prahlt. Er führt eine Reihe von Erlassen und Bestimmungen der Sowjetrevisionisten aus den letzten Jahren an. Angespornt von diesen Erlassen erhöhten die sowjetischen innenpolitischen Organe die Zahl ihres Stabes natürlich drastisch. So soll die Zahl der Geheimpolizisten in den verschiedenen Teilen der Sowjetunion mehr als 700 000 betragen. Durch die Volksmiliz haben die Sowjetrevisionisten eine große Anzahl von „Kontrollgruppen“ und „Kontrollposten“ organisiert, mit insgesamt über 9 Millionen Angehörigen in den verschiedenen Betrieben, landwirtschaftlichen Betrieben, gesellschaftlichen Organisationen, Regierungsorganen und Schulen. Daneben gibt es Hunderttausende von Spezialagenten und Geheimdetektiven, die dem „KGB“ unterstehen, wenn sie auch nicht dem Minister unterstellt sind. Aber dieser ist stolz darauf, daß es unter seinen eigenen Mannen „viele wirkliche Experten“ gibt, davon allein mehr als 600 Wissenschaftler, einschließlich 50 „Doktoren“ und „Professoren“. In den innenpolitischen Abteilungen sind in der Tat Legionen von Experten der Unterdrückung und von Geheimdetektiven. Aber es sei die Frage gestattet: Aus welchem Grund werden diese großen Kontingente gut ausgebildeter und ausgerüsteter Polizisten und Agenten aufgestellt? Mit wem sollen sie sich denn befassen?

Offensichtlich muß es Seiner Exzellenz dem Herrn Minister ziemlich unangenehm sein, diese Frage zu beantworten. Er will mit der Größe der ihm unterstellten Organe und Kontingente angeben, wagt aber nicht, deren künftige Opfer publik zu machen. So greift er also zu Ausflüchten wie „Verteidigung von Recht und Ordnung“, „Abschaffen von Verbrechen“ und „entschlossene Beseitigung“ von Diebstahl, Trunksucht und Rowdytum. Aber das kann niemanden täuschen. Wenn es sich nur um kleine Diebe, Strolche und Trunkenbolde handelte, dann wäre eine derartige Großmobilisierung völlig unnötig. Denn die großen Kontingente von Polizei und Agenten und die Männer der Kontrollposten würden ihre Zeit untätig verbringen – von den „Doktoren“ und „Professoren“ gar nicht zu reden.

### UdSSR mit Gefängnissen und Arbeitslagern übersät

Grob gesagt, dieses dient nicht in erster Linie dem Zweck, kleinere Diebe festzunehmen, sondern mit den Menschen aller Nationalitäten im Lande fertig zu werden und den Widerstandskampf zu brechen. Dafür haben die Sowjetrevisionisten ihren Diktaturapparat in den letzten Jahren auf das Energischste intensiviert. Was ist in der Sowjetunion heutzutage eine „kriminelle Handlung“? Jede Handlung, mit der das sowjetrevisionistische Regime mißachtet wird oder die gegen dieses Regime gerichtet ist. Das ist es, was Seine Exzellenz der Herr Minister wirklich „entschlossen liquidieren“ möchte.

An oberster Stelle herrscht heute der Revisionismus in der Sowjetunion, und die Bourgeoisie verstärkt ihre Dikatur. Die Rebellion des Volkes gilt für ungerechtfertigt, und daß die Massen Rebellion machen, für ein Verbrechen. Gefängnisstrafen wegen hochgespielter Anklagen herrschen vor im ganzen Land. Die Verbrecher jedoch gratulieren sich gegenseitig zu ihren Beförderungen. Das ganze Land ist mit Gefängnissen, Arbeitslagern und „Psychoneurotischen Hospitälern“ übersät, in denen Millionen von „Verbrechern“ eingesperrt sein sollen. Was der Rädelsführer der sowjetrevisionistischen Polizei in seinem hysterischen Geschrei als „sozialistisches Recht und sozialistische Ordnung“ verteidigt, ist die „Ordnung“ der Sowjetrevisionisten – ein weißer faschistischer Terror. Mit der „Kriminalität“, die er „auszurotten“ schwört, meint er in erster Linie den Widerstandskampf der sowjetischen Werktätigen in jeder Form.

Vorsitzender Mao sagt: „Die Sowjetunion von heute steht unter der Diktatur der Bourgeoisie, der Diktatur der Großbourgeoisie, der Diktatur von der Art des deutschen Faschismus, der Diktatur nach der Art Hitlers.“ Der von Breschnew und Co. und seinen „Gelehrten“ aller Art entfachte Propagandarummel soll nur dazu dienen, diese eindeutige Tatsache zu verschleiern. Je mehr man jedoch zu verbergen sucht, desto mehr wird man bloßgestellt. Jetzt ist ihr Innenminister schließlich mit einem Eingeständnis an die Öffentlichkeit getreten, um das ihn niemand gebeten hat. – (Artikel aus Renmin Ribao,nach: Hsinhua, 13. Februar)

*Öffentlicher Dienst*

# Die Fronten gegen den Dienstherren klären sich – Fortschritte in der Verbindung mit der Arbeiterklasse




Auf einer Veranstaltung mit SPD-Wehner in Oftersheim/Baden stellten Kollegen des Kreiskrankenhauses Schwetzingen das Transparent mit der ÖTV-Forderung auf.

## Frankfurter Schuldemonstration unterstützt ÖTV-Forderung

**Frankfurt/M.** Am 26.2. berieten 170 Vertreter von Elternbeiräten, Schülervertretungen, der Gewerkschaftsjugend, der Studenten und der Lehrer über eine gemeinsame Demonstration gegen die staatliche Bildungspolitik. Eingeladen hatte der GEW-Bezirksvorstand. (Wir berichten darüber auf Seite 9) Eine heftige Kontroverse entstand über die Frage der Unterstützung des Lohnkampfes im öffentlichen Dienst. Ein Kollege der ÖTV Hauptabteilung Gemeinden, machte den Vorschlag, die Forderungen „Gegen soziale Demontage! Weg mit den Sparbeschlüssen zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung! Für Festgeldbetrag und Reallohnsicherung, gegen Lohnabbau!" in die Erklärung aufzunehmen. Diese Forderungen sollten – so lautete ein weiterer Vorschlag – ergänzt werden durch den Zusatz „Die versammelten Vertreter der' Eltern, Schüler, Lehrlinge und Lehrer unterstützen die Forderung von ÖTV, DPG und GdED nach voller Durchsetzung der 135 DM in dieser Tarifrunde".

Dagegen trat der Kollege Haase, der sich gern als „realistischer Interessenvertreter" im GEW-Bezirksvorstand ausgibt, auf, indem er heftig gegen die 135 DM Forderung polemisierte. Sie sei ein Manöver des ÖTV-Vorstandes; in Wirklichkeit stünden die Kollegen im öffentlichen Dienst nicht dahinter, weil sie viel zu niedrig sei. Einen Reallohnabbau könne man aber auf keinen Fall unterstützen. Und außerdem wäre es vollkommen falsch, in einer Erklärung für eine Schuldemonstration diese Forderung aufzunehmen.

„Spalter", schallte es aus dem Saal und ein Kollege legte dar, daß die Versammlung unbedingt diesen Vorschlag aufgreifen solle, weil ein enger Zusammenhang zwischen diesen Kämpfen besteht. Durch den Reallohnabbau der letzten Jahre wurden die Arbeiterfrauen verstärkt gezwungen, mitzuverdienen, wird die Erziehung der Kinder immer mehr zu einer gesellschaftlichen Aufgabe, die der Staat an sich reißt und seiner Kontrolle unterstellt. Größere Teile der Arbeiterjugend bleiben ganz ohne Ausbildung und werden als Hilfsarbeiter in die Fabriken gepreßt, wo sie genauso wie die hunderttausend arbeitslosen Jugendlichen als Spalter und Lohndrücker benutzt werden. Gerade zu der Zeit, wo 200 000 Metallarbeiter gezwungen sind, für weit weniger als 135 DM, nämlich für 8 % (für die unteren Lohngruppen bei 80 DM) einen erbitterten Kampf zu führen, wo der staatliche Arbeitgeber ebenfalls auf 5 % rauswill, muß die Front für 135 DM gestärkt werden, nicht, weil damit auch nur annähernd der Reallohn abgesichert werden könnte, sondern weil damit zumindestens ein Absinken der unteren Lohngruppen ins nackte Elend verhindert werden kann, was noch weitergehenden Zusammenbruch auch der Erziehung zur Folge hätte.

Ein Durchkreuzen der Pläne des Dienstherrn durch die Durchsetzung der 135 DM Forderung wird für auch unseren Kampf gegen denselben Herrn im Schulwesen enorm nützlich sein. Der Gegner wird geschwächt sein, weil er es zugleich und einheitlich mit der Lohnbewegung und dem demokratischen Kampf der Arbeiterbewegung und des Volkes um das Schulwesen zu tun bekommt.

Gegen die Stimmen der SPD- und DKP-Anhänger wurde die Unterstützung der 135 DM Forderung von der Mehrheit zum Abschluß angenommen. – (w, Frankfurt/M.)

Miserable Zustände in den Sozialämtern

## Die Schikane kommt vom Dienstherrn

**Hamburg.** Jeder, der zum Sozialamt kommt und was will, muß in den Fluren Stunden warten. Wartezeiten bis zu zwei Stunden sind keine Seltenheit. Im Sozialamt St. Pauli sind nicht einmal genügend Sitzplätze da. Ein Großteil der Sozialhilfeempfänger muß stehen. Abgefertigt werden die „Hilfeempfänger" oder das „Publikum" dann meist im Eiltempo. Denn der nächste wartet ja schon vor der Tür. Von den Sozialhilfeempfängern wird das treffend als „Viehabstempeln" bezeichnet.

Wütend ist eigentlich jeder, der diese langwierige Prozedur nur einmal mit- Wütend ist eigentlich jeder, der diese langwierige Prozedur nur einmal mit- gemacht hat. Und mit dementsprechender Wut im Bauch wird den Sachbearbeitern des Sozialamtes entgegengetreten. Scheinbar sind sie es doch, die für die unendlich langen Wartezeiten verantwortlich sind.

Geschürt wird diese Hetze von der Presse: Machen wohl wieder Frühstück oder die trinken wohl den ganzen Tag Kaffee oder die ruhen wohl noch ein bißchen. Tatsächlich sehen die Arbeitsbedingungen der Sachbearbeiter katastrophal aus. Die 40-Stunden-Woche wird zwar meist eingehalten. Aber in der Normalarbeitszeit hat die Arbeitsintensität enorm zugenommen. An den Öffnungstagen z.B. im Sozialamt St. Pauli (montags bis 16 Uhr, donnerstags bis 15.30, freitags bis 12) liegt eine Verschnaufpause oder Mittagspause der Kollegen kaum drin. Ein Sozialhilfeempfänger gibt dem anderen die Türklinke in die Hand. Und an den öffnungsfreien Tagen müssen die vielen Akten bearbeitet werden. Im Sozialamt St. Pauli ist z.B. zu Beginn dieses Jahres die Zahl der Sozialhilfeempfänger um rund 50 Prozent angestiegen gegenüber dem Vorjahr. Die Kollegenzahl ist gleichgeblieben. Jeder Kollege muß also in der gleichen Zeit die Hälfte mehr machen als im letzten Jahr.

In den Dienstverordnungen für die Sachbearbeiter ist alles bis ins Klitzekleinste geregelt. Oder besser: reglementiert. Um überhaupt was vom Sozialamt zu kriegen, muß man seine gesamten Lebens- und Familienverhältnisse ausbreiten, von A bis Z. Warum man so wenig Geld hat. Ob man nicht vielleicht selber Schuld hat. Und ob es nicht vielleicht ohne das Sozialamt geht. Hierzu muß man Rede und Antwort stehen. Wer ablehnt, kriegt einen Rüffel. Und überlegt es sich dann zweimal, ob er nochmal seine Meinung sagt. Er ist ja schließlich abhängig von der Sozialhilfe. Und wer hat das noch nicht gehört, wenn er Sozialhilfe beantragt hat: Erzählen Sie mir auch die Wahrheit? Übertreiben Sie auch nicht? Das müssen wir lieber noch einmal nachprüfen.

Das müssen wir lieber noch einmal nachprüfen.

So steht das zwar nicht in den Dienstverordnungen. Aber diese Dinstverordnungen bilden die Grundlage für die Schikane. Die Sachbearbeiter der Sozialämter werden auf Grundlage der Dienstverordnungen belangt, wenn sie z.B. zuviel Geld bewilligt haben. Eine eigens dafür eingerichtete Stelle überprüft jeden Bewilligungsantrag des Sachbearbeiters. Und diese Regreßstelle holt das zuviel bewilligte Geld vom Sachbearbeiter zurück. Oder er kriegt eins auf den Deckel. Und eine Ermahnung. Dann wird der Sozialamtsdienststellenleiter ihn um so schärfer kontrollieren. Es ist also keine Schikane des Sachbearbeiters, wenn er bis ins Unendliche alles genau wissen will und auch alles schriftlich belegt. *Die Schikane kommt vom Dienstherrn*, der dem Sachbearbeiter das Handeln genau vorschreibt.

Der Dienstherr der Arbeits- und Sozialbehörde ist dafür *verantwortlich:* daß z.B. niemand eine Krankenkostenzulage bekommt, ohne sich ausfragen zu lassen: warum und wieso, um sich dann beim Amtsarzt lang und breit untersuchen lassen zu müssen. Hausarzt reicht da nicht aus. Der könnte ja erreichen, daß die Frau die Krankenkostenzulage kriegt.

Bei der Bewilligung der Telefongebühren ist das nicht anders. Und bei der Rundfunkgebührenerstattung muß man auch sozial isoliert genug sein oder „hilfsbedürftig".

Die Sozialhilfe ist in diesem Jahr um sage und schreibe drei Prozent erhöht worden. Der Sozialhilfesatz eines „Haushaltsvorstandes" beträgt anstatt 260 DM jetzt exakt 268 DM. Dies ist vom Dienstherrn mit einer neuen Dienstverordnung erlassen worden. Nach dieser Dienstverordnung hat sich jeder Sachbearbeiter zu richten. Egal ob er die Sozialhilfesätze als Elendssätze ansieht und mehr bewilligen will. Er hat nur minimalen Spielraum. Er ist aber derjenige, der den Sozialhilfeempfängern mit diesen Elendssätzen der Sozialhilfe von Angesicht zu Angesicht entgegentreten muß. Wenn sich Unmut der Betroffenen gegen dieses sicht entgegentreten muß. Wenn sich Unmut der Betroffenen gegen dieses staatlich verordnete Elendsdasein äußert und gegen die Schikane und Erniedrigung, versucht der Dienstherr das auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst selbst abzuwälzen. Sie sollen die Suppe auslöffeln, wofür einzig und allein der Dienstherr verantwortlich ist. Die Kollegen sollen auch nicht nur durch die vom Dienstherrn verordnete Schweigepflicht gehindert werden, die katastrophalen und entwürdigenden Zustände z.B. in den Sozialämtern in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und anzuprangern. Sie sollen durch die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst, das Beamtenrecht, das besondere Dienstrecht vor allem, daran gehindert werden, sich gegen diese Zustände – wofür der Dienstherr die volle Verantwortung trägt – zusammenzuschließen und dagegen zu kämpfen.

Jede Enthüllung über die Zustände im öffentlichen Dienst und das Anprangern des Dienstherrn als dem Verantwortlichen dafür wird der beabsichtigten Isolierung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von der Bevölkerung gut entgegenwirken können. Der Trennungsstrich zwischen oben und unten im öffentlichen Dienst wird dann noch klarer. Dies ist auch für die anstehende Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst wichtig. Die Solidarität der Bevölkerung wird die Erfolgsaussichten der Kollegen im öffentlichen Dienst im Lohnkampf gegen den Dienstherrn verbessern. – (KBW-Zelle Amt für Jugend)

Oldenburg: Gespräch mit einer Putzfrau

## „Wer die Knochenarbeit macht, das sind wir doch"

***Die Regierung hat auf die Forderung geantwortet, sie sei viel zu hoch und sie entspreche nicht dem Leistungsgedanken. Was halten Sie davon?***

Ich finde, die Forderung ist richtig. Warum soll der Arbeiter nicht auch soviel bekommen wie die hohen Beamten? Wenn wir in ein Geschäft gehen, müssen wir doch genausoviel bezahlen wie die auch. Die bekommen ja sowieso schon genug Geld.

***Was halten Sie von dem Argument, daß die Leistung nicht berücksichtigt würde, wenn z.B. Oberstadtdirektor Wandscher genausoviel bekommt wie Sie?***

Was macht der denn, der leistet doch gar nichts. Der kommandiert vielleicht den ganzen Tag seine Schreibkräfte herum. Wer die Knochenarbeit macht, das sind wir doch. Wer wirklich was leistet, das sind doch die Arbeiter.

Die 135 DM Forderung ist richtig!

Vor kurzem sagte mir so ein hoher Beamter der Stadt, die Festgeldforderung sei nicht richtig, er müßte doch wohl mehr kriegen, da er auch viel mehr Verpflichtungen hat, zum Beispiel, wenn er viele Empfänge gibt. geht es doch nicht, wenn seine Frau immer im gleichen Abendkleid herumläuft, da müßte er doch öfter ein neues Kleid kaufen. Daran sieht man doch, was die leisten! Wenn es danach ginge, wieviel man leisten würde, dürften die doch gar nichts bekommen.

***Im Metallbereich war am Wochenende ein 15-stündiges Gespräch zwischen der Gewerkschaftsführung und den Unternehmern. Ein 4 % Angebot ist vorgelegt worden und aus Regierungskreisen hört man schon, daß im öffentlichen Dienst auch 4 % oder weniger vorgelegt werden sollen. Was sagen Sie dazu?***

4 % ist doch eine Sauerei. Da bekommen wir doch nichts mehr und die kriegen trotzdem ihre paar hundert Mark. 15 Stunden haben die geredet, die werden sich ja auch nicht gerade gebissen haben, haben bestimmt anschließend zusammen einen getrunken und so.

Wichtig ist, daß der Kluncker von der 135 DM Forderung kein Stück abrückt und nachgibt. Die müssen durchgesetzt werden, notfalls mit Streik! – (Ortsbeilage Oldenburg Nr. 8/75)

**Schwetzingen.** Am Donnerstag letzter Woche sind etwa ein Dutzend Kollegen des Kreiskrankenhauses Schwetzingen, in der Mehrheit ÖTV-ler, auf eine SPD-Veranstaltung mit SPD-Wehner in Oftersheim gezogen. Sie hatten ein Transparent und mehrere Schilder mitgenommen, auf denen die Forderung nach 135 DM mehr bekräftigt wurde. Sie hatten sich die Veranstaltung deswegen ausgesucht, weil kurz vorher bekannt wurde, daß die Regierung, deren Politik Wehner vertritt, unter 4 % abschließen wolle.

**Darmstadt.** Auf der Personalversammlung an der Technischen Hochschule in Darmstadt am 27.2., mit über 800 Kollegen eine der bestbesuchten seit Jahren, wurde mit nur fünf Gegenstimmen eine Resolution verabschiedet, in der die Forderung nach 135 DM mehr für alle gleich bekräftigt und ihre Richtigkeit herausgestellt wird. Die Forderung muß voll durchgesetzt werden – das hat die Versammlung beschlossen. Der Vertrauensleutekörper der ÖTV hatte hinter dem Podiumstisch ein großes Transparent angebracht: „Die 135 Mark werden wir durchsetzen!"

**Hamburg.** Im Schülerrat der Krankenpflegeschule des Krankenhauses St. Georg wurde beschlossen, ein Plakat in den Auenthaltsraum zu hängen mit der Parole: „135,– DM sind schon zu knapp – davon rücken wir nicht ab!" Dies Plakat soll während der gesamten Dauer des Lohnkampfes hängen bleiben.

**Bremen.** Die Vertrauenskörperleitung der Universität hat auf die Initiative zahlreicher Kollegen ein Flugblatt verfaßt, welches der Bremer Bevölkerung darlegt, warum die Beschäftigten im öffentlichen Dienst die 135 Mark jetzt durchsetzen müssen. Dieses Flugblatt wird von den Beschäftigten der Universität am zweiten Verhandlungstag in der Bremer Innenstadt verteilt werden.

**Bottrop/Gladbeck.** Am 25.2.76 wurde ein Telegramm von Beschäftigten des Sozialamtes Bottrop/Gladbeck an die Verhandlungskommission nach Stuttgart geschickt. Inhalt: 35 Kollegen des Sozialamtes Bottrop/Gladbeck fordern: Kein Verhandlungsspielraum – 135 DM für alle müssen durchgesetzt werden!

Eine Wandzeitung mit dem Telegramm und einer Aufforderung an die Beschäftigten der anderen Ämter, ebenfalls ein Telegramm an die Verhandlungskommission zu schicken, um zu zeigen, daß es keinen Verhandlungsspielraum geben darf, wurde vor der Kantine aufgehängt.

**Uelzen.** Auf einer Versammlung der Auszubildenden des Fernmeldeamtes Uelzen am 15.1.76 wurde von den zirka 80 Anwesenden einstimmig ein Beschluß gefaßt, „700 DM Existenzlohn für alle Auszubildenden bei der Deutschen Bundespost" zu fordern. Die Kollegen verabschiedeten weiterhin einstimmig den Beschluß, die Forderung „135 DM mehr für alle" zu unterstützen. Diese Beschlüsse wurden von der Jugendvertretung öffentlich in der Kantine aufgehängt.

**Westberlin.** Auf der ÖTV-Veranstaltung am Klinikum Steglitz am 26.2. haben die 90 Kollegen bei nur zwei Gegenstimmen und zwölf Enthaltungen beschlossen, daß ein Transparent zur Durchsetzung der 135 DM am Klinikum ausgehängt wird. Was auch nach einem kurzen Umzug durchs Haus vorgenommen wurde. Es hängt heute immer noch dort.

**Klinikum Westend:** Die öffentliche Mitgliederversammlung im Klinikum Westend, zirka 80 Kollegen, stellte fest: „Jeder Abschluß, der prozentuale Erhöhungen beinhaltet und unter 135 DM liegt, wird abgelehnt, denn für die unteren Lohnbereiche hätte das zur Folge, daß mit dem Lohnabbau ein großer Teil der Kollegen unter das Existenzminimum gedrückt wird." Beschlossen wurde weiter, ein Flugblatt herauszugeben und eine Wandzeitung zu erstellen. Der Bezirksvorstand der ÖTV wird aufgefordert, am 4.3. eine Demonstration durchzuführen. An den Eingängen des Klinikumns sollen weit sichtbare Transparente aufgehängt werden.

**Wetzlar.** Mitglieder der ÖTV verteilten in der Altstadt Flugblätter, in denen zur Lohnforderung im öffentlichen Dienst Stellung bezogen wird. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst fordern mindestens 135 DM für alle gleich. Getragen wurde die Aktion von Kollegen der Hessenklinik und von Mitgliedern des Nebenstellenvorstandes. Die Initiative zu dieser Aktion war von der Mitgliederversammlung der ÖTV am Krankenhaus ausgegangen.

## *Die Einheit und die Kampfbereitschaft der Metallarbeiter wächst*

### Die Streikbewegung in Essen

# Streiks gegen das 4 % Angebot

6.2. Die Metallkapitalisten haben auch in der zweiten Verhandlungsrunde kein Angebot vorgelegt.

9.2. Tausend von insgesamt 1200 Arbeitern von AEG Canis treten in einen viertelstündigen Warnstreik.

17.2. Warnstreik Eisenwerke Essen

18.2. Warnstreik Schraubenwerke Steele

19.2. Warnstreik Krupp Metall und Schmiedewerke

22.2. Die Metallkapitalisten bieten 4 % an bei Verzicht auf alle weiteren Forderungen.

23.2. Warnstreik auf Großbaustellen von Krupp-Industrie und Stahlbau

24.2. Streik bei Krupp-Widia, zirka 1000 von 1300 eine halbe Stunde

25.2. Streik bei Krupp-Industrie und Stahlbau. Die Arbeiter gehen vor das Werkstor.

An den sieben Streiks sind insgesamt über 5000 Arbeiter beteiligt. Alle bestreikten Betriebe sind gewerkschaftlich hochorganisiert. Es sind die Kernbetriebe der Essener Metallindustrie. An den Streiks nimmt jeweils der Großteil der Belegschaften teil. Bis auf den Streik bei AEG dauern alle Streiks eine halbe Stunde. Meist wird die Frühstückspause verlängert.

Die Streiks der Arbeiter richten sich gegen die Provokationen der Metallkapitalisten und gegen die Lohndrückerei, mit der die Kapitalisten während des letzten Jahres die Löhne angriffen. Auf das 4 %-Angebot sagen die Arbeiter: „lachhaft!" Die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen, die die Ortsgruppe des KBW in ihren Flugblättern vertritt, findet Zustimmung. Auch in solchen Betrieben, in denen es die Lohngruppen eins bis drei nicht gibt. An der Organisierung der Warnstreiks wird scharfe Kritik geübt. „Man muß kurzen Prozeß machen und dahin gehen, wo die Herren sitzen", sagte ein Metallarbeiter.

Jeder Versuch der Metallarbeiter, die Streiks über eine halbe Stunde auszudehnen, wird von den sozialdemokratischen Betriebsräten und Vertrauensleuten abgebogen. „Die haben Angst, daß was passiert wie 1969, die wollen nur Puste ablassen. Aber dabei kommt nichts heraus." Viele Kollegen sind bereit, für ihre Forderungen zu demonstrieren. – (Ortsgruppe Essen)

### Gespräch mit einer arbeitslosten Jungarbeiterin

# 187 DM alle vierzehn Tage

**Aachen.** Die Arbeiterin hat bis September 1975 in Aachen in der Nadelfabrik Jecker gearbeitet. Seit dieser Zeit ist sie arbeitslos. Sie hat jetzt eine Umschulung als Näherin angefangen, die sie auf dem Arbeitsamt verlangt hat. Bis sie mit ihrer Umschulung angefangen hat, hat sie an Arbeitslosengeld 187,20 DM alle vierzehn Tage bekommen. Jetzt erhält sie 50 DM weniger im Monat, da ja das Arbeitsamt die Fahrtkosten bezahle. So die Begründung des Arbeitsamtes. Außerdem wurde den Umschülerinnen versprochen, daß sie nach dem halben Jahr Umschulung eine Stelle erhalten würden. Man fühlt sich an die Sklavenmärkte im alten Rom erinnert, wenn man die Erzählungen hört, wie die Umschülerinnen, wenn sie das halbe Jahr um haben, beurteilt werden. Angestellte aus Textilfabriken kommen und begutachten, was die Umschülerinnen gelernt haben, sprich: ob sie verwertbar sind. Bedenkt man, daß allein die Schirmfabrik Brauer in Aachen inzwischen siebzig Arbeiterinnen entlassen hat, wird deutlich, was das Versprechen des Arbeitsamtes, Arbeit zu bekommen, heißt: wenn überhaupt, nur unter äußerst schlechten Bedingungen. Im folgenden ein Interview mit der Arbeiterin über die Arbeitsbedingungen in der Nadelfabrik und die anstehende Tarifrunde.

***Du hast in der Nadelfabrik Jecker in Aachen gearbeitet. Wie waren die Arbeitsbedingungen und was hast du verdient?***

Wenn der Vorarbeiter zum Beispiel eine Cola haben wollte oder Zigaretten und wir die für ihn holen sollten, dann mußten wir noch mehr arbeiten und wurden angetrieben, wenn wir uns geweigert haben. So im Jahr waren fünf schwere Unfälle, ein Mädchen kam mal mit dem Haar in die Maschine oder andere Unfälle dieser Art. Einen Sanitäter oder eine Krankenstation gibt es nicht. Wohl, wenn eine Kontrolle war, hatten die einen Sanitäter. Verdient habe ich 3,97 DM Tariflohn, 4,47 DM pro Stunde mit Spulzulage. Im September habe ich 306 DM rausgekriegt.

***Du hast schon einmal über diese Prämien berichtet, mit denen ihr selbst bei Krankheit noch zur Arbeit getrieben werden sollt.***

Ja, wenn man keinmal fehlt, dann bekommst du eine Treueprämie von 300 DM. Beim dritten Mal Fehlen bekommst du nichts mehr.

***Du hast bis vor kurzem bei deinen Eltern gelebt. Wie bist du mit dem Geld hingekommen?***

Ich mußte meine Eltern noch unterstützen.

***Jetzt in der Tarifrunde gilt es, die alte Forderung der Gewerkschaften nach Streichung der unteren Lohngruppen aufzustellen.***

Ich finde das notwendig und richtig, daß die unteren Lohngruppen gestrichen werden. Denn ich habe ja meine eigenen Erfahrungen damit gemacht. Ich halte es auch für notwendig, daß jetzt gestreikt wird.

### Klöckner-Bremen – Kurzarbeit beendet:

# Kein Grund zum Aufatmen

**Bremen.** Unter der Schlagzeile *„Klöckner beendet am 31. März Kurzarbeit"* widmen die „Bremer Nachrichten" den Aufwärtsmeldungen der Kapitalisten den Hauptartikel des Lokalteils ihrer Zeitung. Der Hochofen II bei Klöckner, der seit Dezember 1974 still liegt, soll wieder angeblasen werden. 7000 Tonnen mehr Roheisen täglich. 500 neue Arbeiter sollen eingestellt werden. Das klingt gut. Doch wenn man die Zustände auf der Klöckner-Hütte näher betrachtet, wird schnell klar: Aus der Aufschwungs-Symphonie der Kapitalisten wird schnell ein Entsagungslied für die Arbeiter.

Die Kurzarbeit ist von den Kapitalisten einzig dazu benutzt worden, um Arbeitsplätze wegzurationalisieren.

Kollegen wurden nicht ersetzt, die in Rente gingen. Das machte sich besonders in der letzten Zeit in der Stoffwirtschaft bemerkbar, als ein Vorarbeiter einen Kollegen dreimal während der Schicht seinen Arbeitsplatz wechseln ließ, um zu vertuschen, daß etliche Leute auf der Schicht fehlten. Und der betroffene Kollege sich wehrte.

Im Warmwalzwerk sollen Kollegen von den Leitständen runter und an andere Positionen gesetzt werden, was für die übrigbleibenden Kollegen auf dem Leitstand heißt: mehr Arbeit. Diese Latte läßt sich beliebig fortsetzen.

Auf der Betriebsversammlung im September 1975 sagte Arbeitsdirektor Sporbeck: „Wenn die Hütte wieder voll produziert, müssen 800 Mann zusätzlich eingestellt werden." Heute sollen es jetzt nur noch 500 sein.

Es wird sich nicht zum Guten wenden für uns. Auch wenn im Betriebsrat von einigen Kollegen erleichtert gesagt wird, es geht ja wieder aufwärts. Für die Kapitalisten vielleicht, für uns nicht. Wir sagen dagegen: Wir müssen darauf achten, daß alle Versuche der Kapitalisten, unseren Arbeitstag zu verlängern oder unseren Lohn zu senken, zurückgeschlagen werden.

Mit den Kollegen meiner Schicht habe ich das alles diskutiert. Wir waren uns schnell einig, daß es nötig ist, das Bild, das die Tagespresse über unsere Lage verbreitet, zurechtzurücken. So haben wir an die „Bremer Nachrichten" einen Leserbrief geschrieben, in dem wir unsere Erfahrungen zusammenfaßten. Dort heißt es: „Es ist eine Illusion, davon zu sprechen, nach der Flaute würden die Arbeiter besser dastehen. Es ist geplant, die Tonnage zu steigern, nicht die Löhne. Angesichts dieser Lage verfolgen wir auch mit großem Interesse den Kampf unserer Kollegen in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst für ihre gerechten Forderungen." – (m., Betriebszelle Klöckner)

### KHD Köln

# Eine Abteilung schließt sich im Lohnkampf zusammen

**Köln.** Nachdem die Tarifkommission der IGM die Tarife für die metallverarbeitende Industrie gekündigt hatte, bereiten wir über die aufzustellende Forderung. Ich arbeite bei KHD in Köln im alten Schlepperbau in einer Abteilung mit 55 Kollegen.

Über die Forderung waren wir uns schnell einig. Es mußte eine Forderung sein, die erstens geeignet war, unseren Lebensstandard zu halten und zweitens alle Kollegen zusammenschloß. Das war in der augenblicklichen Situation die Forderung nach 140 DM für alle. Obwohl wir alle davon überzeugt waren, daß diese Forderung richtig war, waren viele Kollegen skeptisch, ob wir diese Forderung werden durchsetzen können. Der erste Schritt, eine größere Basis für diese Forderung zu schaffen, war die anstehende Betriebsversammlung. Hier machten wir den Vorschlag, daß unsere IGM-Funktionäre auf der Delegiertenversammlung diese Forderung sich zu eigen machen sollten, um sie an die große Tarifkommission weiterzuleiten. Hier konnten wir uns mit dieser Forderung jedoch nicht durchsetzen, der teilnehmende Ortsverwaltungsfunktionär ging überhaupt nicht darauf ein und redete allgemein über die Tarifrunde. Davon ließen wir uns nicht entmutigen. Wir schrieben direkt einen Brief an die Tarifkommission, in dem wir klarlegten, warum wir 140 DM für alle mehr brauchen.

Genau so wie im Betrieb war auch überall die Bewegung für eine einheitliche Forderung nicht stark genug, um sie gegenüber der Tarifkommission durchzusetzen. Die Tarifkommission beschloß eine Forderung von 8 % und arbeitete damit den Kapitalisten in die Hände. Die Kollegen waren empört und ließen das auch direkt die Tarifkommission wissen. Zum ersten würden wir mit der 8 % Forderung zulassen, daß die unteren Lohngruppen weniger Reallohn bekommen würden und zweitens war die Einheit der Kollegen gespalten worden.

Während sie noch über die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen diskutierten, kam die Nachricht von der Forderung der ÖTV und aus den VW-Werken. Das gab uns weiteren Auftrieb. Hier hatten die Kollegen den ersten Schritt geschafft. Wir begrüßten die Forderung aus den VW-Werken und forderten den Hauptvorstand der IGM auf, diese Forderung den Kapitalisten auf den Tisch zu legen. Die Tarifkommission setzte sich jedoch mit der 8 % Forderung an den Verhandlungstisch. Das nutzten die Kapitalisten auch sofort aus. Großspurig erklärten sie, daß sie erst ein Angebot auf den Tisch legen wollten, wenn die IGM im laufenden Jahr auf alle weiteren Forderungen, als sie aus auslaufenden Tarifverträgen ergeben, verzichten würde. Das ging nun doch zu weit. Die Kapitalisten wollten den Kampf, sie sollten ihn haben. Wir forderten die Tarifkommission auf, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären und entsprechende Schritte für die Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten vorzubereiten. Wir waren verärgert. Interessiert verfolgten wir die Warnstreiks der Kollegen in anderen Bereichen. Auch uns war klar, daß diese Verhandlungen uns nicht weiterbringen würden, und zum Spitzengespräch des Hauptvorstands der IG Metall mit den Kapitalisten brachten wir das nochmals zum Ausdruck: Abbruch der Verhandlungen, Vorbereitungen von Kampfmaßnahmen, hieß es in einem Telegramm an den Hauptvorstand.

Die Abteilung hat sich so in der Vorbereitung der Tarifauseinandersetzung und an jedem Punkt dieser Auseinandersetzung enger zusammengeschlossen. So ist sie zu einem festen Kern im Kampf gegen die Kapitalisten geworden. – (KHD-Zelle, Köln)

# 20 Millionen DM eingestrichen

## Die Tarifrunde wird hinausgezögert und die Kapitalisten verdienen gut daran

Denn sie behalten monatelang den Lohnteil ein, den sie nach Abschluß des Tarifvertrags ab Januar zahlen müssen. Sie erhalten so einen kostenlosen Kredit. In der Metallindustrie sind derzeit etwa 3,6 Millionen Beschäftigte. Der Durchschnittsbruttolohn liegt bei etwa 2000 DM. Außerdem kommen noch Arbeitgeberbeiträge dazu. Bei 3,6 Millionen Beschäftigten gibt das eine Lohnsumme für zwei Monate (Januar und Februar) von rund 14,5 Milliarden DM. Davon 8,5 % sind zirka 1,2 Milliarden DM. Bei rund 9 % Jahreszinssatz sind in zwei Monaten schon fast 20 Millionen gespart. Oder in anderen Worten: Runde 15000 Arbeiter arbeiten durch die Verzögerung des Abschlusses für die Kapitalisten umsonst. Ende März werden es 30 Mill. DM sein. Die Metallarbeiter haben es nicht so reichlich, daß sie den Kapitalisten derartige Geschenke machen können.

JETZT REICHTS!

DIE METALLKAPITALISTEN WOLLEN UNS ANS FELL:

"Verzichtet ihr nicht auf Urlaub, Urlaubsgeld, Wheinachtsgeld, bessere Arbeitsbedingungen und andere Fozderungen, dann machen wir Euch kein Angebot!"

IHR ZIEL:

SIE WOLLEN UNS SPALTEN UND INS ELEND DRÜCKEN

Sie wollen die Gewerkschaften mattsetzen und die schrankenlose Willkürherrschaft im Betrieb durchsetzen.

OHNE KAMPF IST JETZT NICHTS MEHR DRIN!

WEISEN WIR DIE PROVOKATION ZURÜCK!

8% - streichung von LG1-3

In vielen Metallbetrieben werden Zettel geklebt.

### Roth

# Akkorde höher geschraubt

**Frankfurt.** In einer Abteilung bei Roth sind im Laufe der vergangenen vier Wochen an fast allen Maschinen die Akkordzeiten gekürzt worden. Im Januar hatten die Kollegen dieser Abteilung – zusammen mit den Belegschaften von vier weiteren Abteilungen – für eine Lohnerhöhung gestreikt und bis zu 30 Pfennig mehr herausgeholt.

Schon kurze Zeit darauf schlich der Zeitnehmer in der Halle umher und beobachtete die Arbeit der Kollegen an den verschiedenen Maschinen. Es dauerte nicht lange und er begann sein wissenschaftlich getarntes Werk der erhöhten Schweißauspressung: an einer Maschine nach der anderen machte er seine „Zeitaufnahmen".

In der Abteilung wird Einzelakkord gemacht, jeder Arbeiter steht alleine an „seiner" Maschine. Anders als beim Gruppenakkord kann der Kapitalist sich die Arbeiter einzeln „vornehmen".

Schichtarbeit wird für Spaltungsmanöver genutzt: In der Frühschicht wird der Akkordsatz neu festgelegt, dem Kollegen in der Spätschicht wird erzählt, sein früh arbeitender Kollege habe bereits den neuen Akkord gearbeitet. Wird der neue Akkord dann zum ersten Mal tatsächlich gearbeitet, so ist auch schon der Beweis da: es ist zu schaffen.

Im Durchschnitt wurde die Stückzahl an jeder Maschine um 7 bis 10 % erhöht; auf der Lohn umgerechnet kommt dabei etwa eine Stunde Mehrarbeit für 70 Pfennig unbezahlte Mehrarbeit die Stunde heraus.

Die Arbeit mit dem schweren Eisenmaterial ist kräfteraubend, und schon bei den alten Akkordzeiten mußten die Kollegen sich gehörig hetzen, um an den Akkordlohn heranzukommen.

Die Arbeiter führten den Streik. Sie gingen nach vorn und traten der schrankenlosen Auspressung von Mehrarbeit entgegen. Mit dem beständig abgebauten Lohn war nicht länger auszukommen. Jetzt, nachdem die Kollegen sich einige Pfennige mehr erstreikt haben, geht der Kapitalist daran, weiter verstärkt unbezahlte Mehrarbeit aus den Arbeitern herauszupressen.

Die Arbeiter führen den Kampf weiter. Einige machten den alten Akkord weiter und gingen – oft mehrmals – zum Betriebsrat, um den neuen Akkord nicht zu arbeiten. – (l., Frankfurt)

### 730 DM Arbeitslosengeld

Wie der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, vor einigen Tagen der Presse mitteilte, betrug das durchschnittliche Arbeitslosengeld im Jahre 1975 930 DM. Diese Summe erhalten die Arbeitslosen aber keineswegs ausgezahlt. Stingl hat nämlich hier einfach die Krankenversicherungsbeiträge dazugerechnet, die von der Arbeitslosenversicherung an die Krankenversicherung abgeführt werden. Tatsächlich erhalten die Arbeitslosen also im Schnitt nur 730 DM

### Die Kapitalisten bereiten sich auf Streik vor

**Hannover.** Seit letzter Woche gehen die Meister verschiedener Abteilungen bei Westinghouse herum und fragen die Kollegen, ob sie sonnabends arbeiten würden. Die Kollegen waren zunächst überrascht, denn noch vor zweieinhalb Monaten wurde bei Westinghouse kurzgearbeitet. Die Kurzarbeit, Rationalisierung sowie die gesteigerte Arbeitshetze hatte die Bereitschaft der Kollegen zum Streiken soweit gesteigert, daß sie das erste Mal überhaupt einen Warnstreik während einer Tarifauseinandersetzung durchführten. Den Westinghouse-Kapitalisten ist dies auf den Magen geschlagen und sie versuchen durch Sonnabendarbeit und teilweise Einführung von Nachtarbeit auf Lager zu produzieren, denn die Arbeiter von Westinghouse wissen: Wenn es zu Streiks kommen, so hätte Westinghouse volle Lager und würde sich ins Fäustchen lachen. Dies war den meisten Kollegen klar, denn sie verweigerten die Überstunden spontan.

### Streik bei VW Kassel – Zustimmung in Wolfsburg

**Wolfsburg.** Der Streik der 1600 VW-Arbeiter in Kassel/Baunatal am Freitag, 20.2.1976, hat im VW-Werk Wolfsburg große Zustimmung gefunden. Die meisten Kollegen hatten davon erst durch die Betriebszeitung der Betriebszelle des KBW erfahren, die an den Montagebändern von Hand zu Hand ging. „Das gibt einem richtig Auftrieb. Ich hätte gedacht, bei uns kriegt man sowas nicht hin", sagte ein Arbeiter. Es drückte die Meinung vieler aus. Die Vertrauensleute wurden oft gefragt, wann es denn nun losgehen soll. Aber sie wußten von nichts. Offensichtlich warteten die Kollegen auf eine Anweisung der IG Metall. Doch die kam nicht.

Der IG Metall Angestelltensekretär Sause klagte noch eine Woche vorher auf der Ortsversammlung der IG Metall darüber, daß man zwar streiken müsse, die Kollegen aber nicht mitziehen. „Wie die Kollegen in Kassel müßte man es machen", gaben daraufhin viele Kollegen ihren Vertrauensleuten mit auf den Weg zur Vertrauensleutesitzung. – (h., Wolfsburg)

### Industriearbeiterzahl um 7,8 % abgebaut – Arbeitshetze gesteigert

Die Gesamtzahl der Beschäftigten in der Industrie (Arbeiter und Angestellte) haben die Kapitalisten 1975 gegenüber dem Vorjahr um 528000 oder 6,5 % auf 7,6 Millionen gesenkt. Die Zahl der Arbeiter in der Industrie wurde um 7,8 % (461000) auf 5,4 Millionen abgebaut. Im November 1975 lag die Produktivität in der Industrie je Beschäftigtenstunde um 7 % höher als im Vorjahr (nach amtlichen Statistiken).

Die Kapitalisten nutzen die Krise, um die Arbeitshetze zu steigern und mit weniger Arbeitern die gleiche Menge und mehr als früher herzustellen. Hinter diese gesteigerte Arbeitshetze werden die Kapitalisten freiwillig nicht zurückgehen, dann wenn nicht, wenn sie wieder mehr Arbeiter einstellen.

Druckindustrie

# Tarifkommission beschließt Forderung

Am Mittwoch hat die Tarifkommission der IG Druck die Forderung für die Tarifauseinandersetzung gegen die Kapitalisten beschlossen: 9%, „außerdem verlangt die Gewerkschaft nach weiteren Angaben eines Sprechers die einheitliche Anhebung der unteren Lohngruppen um den Markbetrag, der sich aus der prozentualen Erhöhung des Facharbeiterecklohnes ergebe" (Mannheimer Morgen, 26.2.). Dies entspricht bei 9% 140 DM.

Mit dem Beschluß auf 9% hat sich die Tarifkommission gegen die starke Bewegung für eine Festgeldforderung um 135 bis 160 DM gestemmt. Sie hat ihr aber insofern nachgeben müssen, als die einheitliche Anhebung der unteren Lohngruppen aufgenommen werden mußte. Allerdings nicht als Mindestforderung.

Der Berufsverband Druck hat die Forderung als „wirklichkeitsfremd" bezeichnet. Die Forderung höher als bei Metall, der 9% entsprechende Festgeldbetrag höher als die Forderung im öffentlichen Dienst – ein „lohnpolitisches Trauerspiel" für die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Regierung, Kapitalisten und ihr Instrument, die Presse, wollen die Lohnbewegung brechen und entmutigen. Daß ihnen das bisher nicht gelungen ist, beweist ihnen diese Forderung. Sie „stellt die ganze Projektion der Regierung in Frage" (Mannheimer Morgen, 28.2.).

Zustandegekommen ist die Forderung, weil in wichtigen Bezirken, auf Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenzen, auf Mitgliederversammlungen Forderungen zwischen 135 bis 160 DM beschlossen worden sind: in Stuttgart, Köln und Westberlin, in den Bezirken Rhein/Neckar und Rheinland/Pfalz. In Frankfurt wurden 11%, mindestens 35 DM, in Wiesbaden 13%, mindestens 140 DM beschlossen. Nur an wenigen Stellen gelang es den Sozialdemokraten, die überhöhte Forderung zwischen 200 bis 220 DM durchzusetzen, bei der klar war, daß sie im Verlauf der Lohnauseinandersetzung keine Rolle mehr spielen würde.

Wie stark der Widerspruch zu den Kapitalisten ist, zeigt die Tatsache, daß die Verhandlungen in der Papierverarbeitung abgebrochen worden sind, nachdem die Kapitalisten ein Angebot unter 5% vorgelegt hatten. Bislang war von der IG Druck vor der Beschlußfassung über die Forderung für die Druckindustrie in der Papierverarbeitung abgeschlossen worden. Niedrig. Damit sollten die Weichen für das Nachgeben der Druckkapitalisten gegenüber gestellt werden.

Die beschlossene Forderung hat einen Nachteil, der gefährlich ist: Es ist kein fester Mindestbetrag beschlossen worden, sondern seine Höhe ist an den Prozentabschluß gebunden. Damit hat sich die IG Druck-Führung den Weg zum Nachgeben gegenüber den Kapitalisten weit offengehalten.

Sie hat des weiteren den Nachteil, daß die Mindestforderung schlau verpackt ist. Offensichtlich hofft der Hauptvorstand, daß man sie gar nicht bemerkt und ausrechnet. Daß die Opposition bloß die 9% sieht, den Beschluß verurteilt, ohne ihn zu nutzen. Er hofft, daß sie dadurch die Lohnbewegung aufgibt und er für seine Verhandlungen freie Hand hat. Freie Hand jedoch darf man ihm nicht lassen.

Der Beschluß kann genutzt werden, wenn jetzt in der IG Druck überall nachgerechnet und festgehalten wird, daß unter 140 DM keiner aus der Lohnauseinandersetzung herauskommen darf. Daß diese 140 DM gegen die Kapitalisten nur durch Kampf durchzusetzen sind. – (hjh)

### Protest gegen die 9% Forderung

**Wiesbaden.** Acht Mitglieder der IG Druck und Papier bei den Druckwerkstätten Koehler & Hennemann protestieren in einer Protest-Resolution an den IG Druck-Hauptvorstand aufs schärfste gegen die Aufstellung der 9% Lohnforderung. Sie erklären: Diese Forderung dient nicht dem Zusammenschluß der Belegschaften im Lohnkampf (was eine Festgeldforderung wesentlich besser kann, denn da weiß jeder, für was er kämpft)...

Solch eine unqualifizierte Forderung können wir nicht hinnehmen, denn sie hat nicht zum Ziel, den Lebensstandard zu sichern, nein, sie wird ihn senken.

### Druckerdemonstration in Hamburg

**Hamburg.** Für den 5. März hat die IG Druck Delegiertenversammlung eine Demonstration der Hamburger Drucker gegen Rationalisierungen und Entlassungen beschlossen.

## Gewerkschaft gegen § 130 a und 88 a

**Köln.** Die DGB-Kreisjugendkonferenz fordert den DGB und die Einzelgewerkschaften auf, in den Gewerkschaften Information und Diskussion über die vom Bundestag beschlossenen Gesetzesänderungen 130a und 88a zu fördern mit dem Ziel, alle geeigneten Maßnahmen wie Öffentlichkeitsarbeit, Demonstrationen und sonstigen Widerstand gegen die Gesetzesänderungen zu organisieren.

### Weg mit dem KPD-Verbot!

**Wolfenbüttel.** Die IG Chemie Jugendgruppe Verwaltungsstelle Wolfenbüttel und der Verwaltungsstellenjugendausschuß faßten einstimmig am 23.2.76 eine Resolution gegen die beschlossenen § 130a und 88a. Ausdrücklich befürwortet die Jugendgruppe die Notwendigkeit von Volksgewalt und die Forderungen „Weg mit dem KPD-Verbot! Weg mit dem Radikalenerlaß! Weg mit den Maulkorbgesetzen!" Die Resolution wurde an den Vorstand weitergeleitet.

### IG Chemie Tarifrunde

Die Vertrauensleuteversammlung des Chemiebetriebes **Caltex bei Raunheim** (Verwaltungsstelle Darmstadt) hat beschlossen, dieses Jahr wieder Festgeldforderungen aufzustellen. Die Höhe der Forderung wird nächste Woche festgelegt.

### Lohnsteuer für Zuschläge erhöht

Der Finanzminister von Nordrhein Westfalen hat die Lohnsteuer für Lohnzuschläge ab 1. Januar 1976 erhöht. Diese Erhöhung ist der Vorreiter für gleiche Erhöhungen in den anderen Bundesländern. Wenn Überstunden am Sonntag, feiertags oder nachts gearbeitet werden, werden die Mischzuschläge höher besteuert. Steuerfrei ist nur noch der im Tarifvertrag festgesetzte Zuschlag für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit. Früher blieben zum Beispielbei einem 50-prozentigen Zuschlag für Überstunden in der Nacht 25% vom Effektivlohn steuerfrei. Wenn der Tarif für Nachtarbeit beispielsweise 20% vom Ecklohn bestimmt, so müßte der 50% Zuschlag (vom Effektivlohn) jetzt folgendermaßen versteuert werden: Zum Beispiel der Effektivlohn ist gleich 9 DM je Stunde, Ecklohn ist gleich 6 DM. Ein 50-prozentiger Zuschlag wird für Mehrarbeit in der Nacht gezahlt. Effektive Zuschlag ist gleich 4,50 DM je Stunde, steuerfrei gleich 1,20 DM je Stunde (20% vom Ecklohn), steuerpflichtig ist gleich 3,30 DM. Nach der alten Steuerordnung waren je 2,25 DM steuerfrei und steuerpflichtig. (Blick durch die Wirtschaft, 23.2.) Das Manöver von Wirtschaftsminister Friderichs, das Verbot der Überstunden ins Gespräch zu bringen, an den Ruf nach Beibehalten der Überstunden zu erzeugen, hatte also auch einen realen Kern: die Erhöhung der Steuer auf den Lohn, dem die Arbeiter für zusätzliche Verausgabung von Arbeitskraft erhalten.

# Köln: F&G Nippes muß erhalten bleiben

**Köln.** „Rationalisierung wird bei F&G groß geschrieben", so lautet die Devise der Felten und Guilleaume Kapitalisten. Im Werk Mühlheim sollen in diesem Jahr 25% der Belegschaft abgebaut werden, das sind knapp 1000 Arbeiter und Angestellte. Am 28. Januar gab der Vorstand bekannt, daß das Zweigwerk in Nippes mit 400 Beschäftigten geschlossen werden soll. Auch in Porz bei Dielektra, in Herford und Braunschweig sollen die Werke dichtgemacht werden, die Maschinen verlegt werden. „Mit einer geringeren Anzahl von Mitarbeitern werden wir dann die kommenden Aufgaben bewältigen, also noch mehr leisten müssen", so faßte der Personalchef Tenckhoff die Politik des Konzerns zusammen. Auf diesem Weg wollen die Kapitalisten weiter im weltweiten Kabelgeschäft vorankommen.

Im F&G Zweigwerk in Nippes gingen die Kapitalisten so vor: Nachdem seit der Übernahme des Werkes vor 3 Jahren das Typenprogramm bereinigt wurde und die Produktenpalette durch Auslagerung nach Mühlheim und Nürnberg auf Spezialkabel für den Bergbau eingeschränkt wurde, sank die Belegschaftszahl ständig – von 1200 auf inzwischen 405 –, allerdings blieben Umsatz und Umfang erhalten. Die Kollegen sehen das so: „Früher ruderten hier 1200, heute noch 400 und jetzt sind auch die noch zu viel!"

Dabei produziert das Werk trotz gegenteiliger Aussage des Vorstandes noch mit Profit: „Die beiden Werke in Berlin und Nürnberg, woher sind die denn wohl gebaut, wenn nicht mit dem Gewinn aus unseren Knochen."

### Die Kampferfahrungen der Belegschaft

Am 28.1. hat der F&G Vorstand offiziel bekanntgegeben, daß die Schliessung des Nippeser Werkes in Erwägung gezogen würde. Seit dieser Ankündigung entfalten sich die Gegenmaßnahmen der Belegschaft.

– Nachdem die Belegschaft am 29.1. über die drohende Schließung informiert wurde, findet am 30.1. ein einstündiger Warnstreik statt, der die beiden Forderungen „Keine Entlassungen! Keine Stillegungen!" aufstellt. Überall im Werk werden schwarze Fahnen gehißt, um auch die Bevölkerung zu informieren.

– Seit Anfang Februar sammelt eine Gruppe von Kollegen regelmäßig im Stadtteil Unterschriften gegen die Schließung; in kurzer Zeit kamen ca. 1500 Unterschriften zusammen; zahllose Betriebe, Gremien und Bereiche solidarisierten sich seitdem mit dem Kampf der Belegschaft.

– Am 11.2. machen die Kollegen erneut eine einstündige Versammlung, um ihren Protest gegen die Kapitalisten, die nach wie vor keine genaueren Informationen herausrücken, auszudrücken und ihre Forderungen zu bekräftigen.

– Nachdem am Montag, dem 3.2., schon die SPD-Prominenz Lück (MdL) und Weber (MdB) morgens um 5.30 Uhr am Tor stand und Flugblätter verteilte („die machen das hauptsächlich, weil demnächst Wahlkampf ist!") schaltet sich ab Montag, den 16.2., der Kölner Oberbürgermeister und die Landesregierung ein. Natürlich nicht, um den Kampf der Kollegen gegen jede Entlassung zu unterstützen, sondern um „Aufträge zu besorgen". Dabei weiß jeder Kollege, daß es an Aufträgen nicht mangelt – die sind noch für mindestens ein halbes Jahr da –, sondern an „Gewinnspanne". „Das Werk ist zu kostenlastig", heißt es immer so schön in den Vorstandsmitteilungen.

– Am 17.2. findet eine erweiterte Vertrauensleutesitzung statt, auf der sich 80% für schärfere Kampfaktionen in Form einer öffentlichen Demonstration aussprechen.

– Am 19.2. findet die 3. spontane Versammlung statt, auf der über weitere Aktionen verhandelt werden soll. Diese Versammlung endet ohne Ergebnis und Beschluß, da es unmöglich ist, die Einheit der Belegschaft über die vorgeschlagene öffentliche Demonstration herzustellen. Ein Teil der Kollegen ist nicht bereit, Aktionen, die über den Warnstreik hinausgehen, mitzutragen. Die IG Metall verteilte am Morgen vor der Versammlung eine Mitteilung, daß die Aufsichtsratssitzung an die holländische Grenze verlegt worden sei. Da diese Aufsichtsratssitzung allein als Grund der Demonstration angegeben worden war, konnte der öffentliche Protest und der Demonstrationszug durch die Stadt abgefangen werden. Zudem traten einzelne Kollegen (außertarifliche Angestellte) auf, die sich gegen jede Art von Kampfmaßnahmen verwehrten.

Der Vorschlag, den Kampf der Kollegen durch eine Demonstration in die Öffentlichkeit zu tragen, sich mit den Kollegen im Mülheimer Hauptwerk zu verbinden, und so gegen das F&G Kapital öffentlich die Forderung nach vollständigem Erhalt aller Arbeitsplätze zu bekräftigen, wurde nicht durchgesetzt. Die Belegschaft hat bisher keine konkreten Schritte zur Durchsetzung der früher aufgestellten Forderungen beschlossen.

Am 8.3. soll die endgültige Entscheidung bekannt gegeben werden. – (o., Stadtteilzelle Nippes)

## Kanzler Schmidt zur VFW-Stillegung in Speyer

# „... der unternehmerischen Gesamtverantwortung überlassen"

Vielfältig sind zur Zeit die Versuche des VFW-Betriebsrates, der Bürgerinitiative, der IG Metall-Spitze, des Oberbürgermeisters usw., führende Politiker zur Erhaltung der Arbeitsplätze bei VFW in Speyer einzuspannen. Einer der in diesem Zusammenhang angeschriebenen ist auch Bundeskanzler Schmidt, der nun in einem Fernschreiben antwortete. Unter anderem heißt es darin:

„Es (muß) der *unternehmerischen Gesamtverantwortung* überlassen bleiben, die Kapazitätsauslastung in den Einzelbetrieben dem vorhandenen Aufgabenvolumen unter angemessener Berücksichtigung sozialer Belange der Belegschaft anzupassen... Eine Garantie für den Arbeitsplatz in jedem Fall und an jedem Ort kann aber damit nicht verbunden werden." (Rheinpfalz, 2.3.1976)

Wer hier die Herren sind und wer die Arbeiter auf die Straße setzt, das ist allemal klar. Das Ganze „muß der unternehmerischen Gesamtverantwortung überlassen bleiben". Das Kapital herrscht und die Arbeiter haben sich zu fügen, schreibt der SPD-Kanzler aus Bonn.

Der Kampf gegen die drohende Betriebsstillegung (1350 Arbeiter und Angestellte) kann nur erfolgreich geführt werden, wenn die VFW-Arbeiter und -Angestellten sich nicht hinhalten lassen durch sogenannte Prüfungen („... prüfen die zuständigen Ressorts sorgfältig, ob und was noch getan werden könnte", so Schmidt) und nicht auf Eingaben an den Staat der Kapitalisten hoffen, sondern durch den selbständigen Kampf, mit dem Bewußtsein, im Kapitalismus nichts als ihre Ketten verlieren zu können. Sie müssen den Kampf für den Sieg des Sozialismus aufnehmen, um die Produktion und die Gesellschaft planvoll zu entwickeln. – (k., Speyer)

# Teldix: Arbeitsprogramm zur Wahl der Vertrauensleute

**Heidelberg.** Bei der Firma Teldix in Heidelberg, die als Produkte für die Rüstungsindustrie herstellt, finden Mitte März die Wahlen für den neuen Vertrauensleutekörper statt. Dazu wurde vom bisherigen Vertrauensleutekörper ein Arbeitsprogramm erstellt, das die wichtigsten Forderungen, unter denen sich die Belegschaft von Teldix zusammenschließen muß, formuliert.

Dieses Programm entstand auf Grund der Auseinandersetzungen, die die Belegschaft mit den Teldix-Kapitalisten geführt hat. So gab es bei der Firma Teldix in der Vergangenheit eine ganze Anzahl von Maßnahmen, wie z.B.

– Entlassungen in der Entwicklungsabteilung,

– Krankenlisten, in denen die Geschäftsleitung den Krankenzustand ermittelte und gegen einzelne Kollegen vorgehen wollte,

– Einführung von „Blaustrichzeiten", bei denen Kollegen, die die Vorgabezeiten überschreiten, z.B. Minderleistung bescheinigt wird (bei Teldix wird im Zeitlohn gearbeitet!),

– Einführung einer miserablen Urlaubsregelung, die schon fast einem Betriebsurlaub gleichkommt.

Alle diese Maßnahmen hat die Geschäftsleitung durchgeführt, um die Arbeitsbedingungen und die Arbeitshetze bei Teldix weiter zu verschärfen und damit den Profit für die Teldix-Kapitalisten Bosch und Telefunken zu vergrößern. Der Vertrauensleutekörper hat die Belegschaft bei diesen Auseinandersetzungen unterstützt. So konnten z.B. bei den Krankenlisten die geplanten Maßnahmen verhindert werden. Bei einer geplanten Kantinenpreiserhöhung erstellte der Vertrauensleutekörper ein Informationsblatt. Durch den darauf folgenden Kantinenstreik konnte diese Preiserhöhung verhindert werden.

Auch die Möglichkeit des Vertrauensleutekörpers, bei Tarifrunden direkt einzugreifen, wurde auch diesmal wieder genutzt. So wurde z.B. eine Unterschriftensammlung durchgeführt mit der Festgeldforderung von 140 DM. Diese Forderung wurde von über 200 Kollegen unterschrieben. Zur Sitzung der großen Tarifkommission der IG Metall in Stuttgart am 3.2. schickte der Vertrauensleutekörper ein Telegramm, in dem die Gewerkschaft aufgefordert wird, die Streichung der unteren Lohngruppen durchzusetzen, da bei der 8,5%-Forderung ja gerade die Kollegen der unteren Lohngruppen am stärksten betroffen sind. Diese Aktionen waren eine gute Grundlage für den dreiviertelstündigen Warnstreik, der am 6.2. von 100 Kollegen durchgeführt wurde.

Die Festgeldforderung, die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen sowie die Forderung nach Einführung des 7-Stunden-Tages sind unter anderem in dem Arbeitsprogramm für den neu zu wählenden Vertrauensleutekörper enthalten.

Der Betriebsrat von Teldix hat dieses Programm vom Vertrauensleutekörper im Betrieb am schwarzen Brett ausgehängt. Dort hing es allerdings nur knapp zwei Tage, da es dann auf Anordnung der Geschäftsleitung weggenommen werden mußte. Die Geschäftsleitung begründete es damit, daß der Vertrauensleutekörper nicht das Recht hat, einen Aushang am schwarzen Brett zu machen.

Kollegen vom Vertrauensleutekörper gingen daraufhin am 26.2. zur IG Metall Ortsverwaltung und wollten dieses Programm als Gewerkschafts-Informationsblatt gedruckt bekommen. Aber auch hier hatten die Kollegen Schwierigkeiten. Die IG Metall Ortsverwaltung in Heidelberg weigert sich, dieses Programm als Gewerkschafts-Info bei Teldix zu veröffentlichen, da die drei oben bereits genannten Gewerkschaftsforderungen nach Festgeldforderungen, Streichung der unteren Lohngruppen und 7-Stunden-Tag nicht in Einklang mit der Gewerkschaftsbeschlüssen zu bringen seien!

Der alte Vertrauensleutekörper von Teldix wird aber keinen Schritt von den richtigen Forderungen zurückweichen und wird vielmehr dafür sorgen, daß die Belegschaft für ihre Auseinandersetzungen die aktivsten Kollegen auf Grundlage des bestehenden Programms in den Vertrauensleutekörper wählen.

Das Programm war vor dem Aushang in der Belegschaft kaum bekannt. Spontan gab es aber von den Kollegen sofort Zustimmung dafür, daß ein Programm aufgestellt wurde und auch für die formulierten Forderungen. Es kommt jetzt darauf an, daß die Diskussion um das Programm im ganzen Betrieb geführt wird, damit das Programm die Richtschnur für den Zusammenschluß der Belegschaft gegen die Kapitalisten wird. – (e., Teldix)

*Gegen rechte Abweichungen*

# Den wirtschaftlichen Kampf mit politischen Enthüllungen verbinden!

Die Geschichte zeigt: Noch jede Welle der politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes wurde von der herrschenden Monopolbourgeoisie mit einer besonderen Unterdrükkung, mit einer besonderen politischen Entrechtung der Beschäftigten in öffentlichen Diensten eingeleitet.

Die erste Tat der Hitlerfaschisten an der Macht war es, ein „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" und eine riesenhafte Säuberung der öffentlichen Dienste einzuleiten.

Konrad Adenauer, den die westdeutsche Bourgeoisie nach dem Kriege mit der vollständigen Wiederherstellung ihrer uneingeschränkten Herrschaft betraut hatte, hat das KPD-Verbot und die Wiederbewaffnung ebenfalls mit einer Säuberung der öffentlichen Dienste eingeleitet. Diese wurde im Unterschied zur Entnazifizierungsfarce auch vollständig durchgezogen.

Die gegenwärtige Reaktion, die sich schon in einer Vielzahl von wüsten Unterdrückungsgesetzen äußert und vorbereitet, wird auch von einer Säuberung der öffentlichen Dienste und einer besonderen Unterdrückung im öffentlichen Dienst begleitet.

Adolf Hitler, der politische Sprecher der Monopolbourgeoisie, hat es fertiggebracht, die SS-Mörderbanden als „Schutzstaffel" zu bezeichnen. Und obzwar die Monopolbourgeoisie heute nicht im Gewand des Faschismus auftritt, ist die Bezeichnung „öffentliche Dienste" für den staatlichen Unterdrückungsapparat kaum weniger gekonnt frech erlogen.

Das Hauptgesetz für die Beschäftigten in öffentlichen Diensten ist die Treue zum Dienstherren und die *Verschwiegenheit* gegenüber der Öffentlichkeit. Und in den Dienstvorschriften ist die Behördenanmaßung gegenüber den Massen festgelegt. Von Dienst an der Öffentlichkeit kann keine Rede sein, wenn Tausende von Polizisten gegen Massenaktionen eingesetzt werden. Die öffentlichen Dienste sind weder öffentlich noch dienen sie der Öffentlichkeit. Es ist gesetzlich festgelegt, daß sie geheim sind. Dienen tun sie ausschließlich der herrschenden Kapitalistenklasse und zwar zum Zwecke der Volksunterdrückung.

Die herrschende Klasse verrichtet diese Unterdrückung nicht selber. Sie läßt sie verrichten. Durch Arbeiter, Angestellte und Beamte, deren Arbeitskraft sie für Lohn kauft. Das führt naturgemäß zu heftigen Widersprüchen innerhalb des öffentlichen Dienstes. Die Lohnabhängigen in öffentlichen Diensten können sich den Zielen der Arbeiterbewegung anschließen. Daß sie es tun, ist wirklich ermutigend für den Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes und ein Dorn im Auge der herrschenden Kapitalistenklasse.

Schon immer war es so, daß nicht alle Beamten mit den Zielen der herrschenden Klasse einverstanden waren. Trotzdem war der Widerstand, den das Beamtentum zum Beispiel dem Hitlerfaschismus entgegengesetzt hat, äußerst gering und ein großer Teil ist am Rocklatz des Führers gehangen. Auch bei der Säuberung der öffentlichen Dienste durch Adenauer gab es keinen breiten Widerstand im öffentlichen Dienst selber.

Das ist heute günstiger. Heute ist es nicht so, daß die Arbeiterbewegung einem fest mit der Bourgeoisie verwachsenen Staatsapparat gegenüberstünde, in dem es bloß einzelne gibt, die mit diesen reaktionären Zielen nicht einverstanden sind. Der „öffentliche Dienst" stellt sich heute, zu Beginn der Reaktion, bereits *gespalten* dar. Gespalten in die Millionenmasse der Beschäftigten und in die Dienstaufsicht.

Die Verbreiterung und Vertiefung dieser Spaltung ist für die Arbeiterbewegung eine Frage von hohem strategischem Rang. Die Arbeiterklasse muß den Staatsapparat zerschlagen, sonst kann sie den Sozialismus nicht aufbauen. Das ist unendlich leichter, wenn der Staatsapparat nicht einheitlich ist, sondern von Kämpfen geschüttelt und zersetzt wird.

Gegenwärtig, wo die Bourgeoisie reaktionäre Maßnahme auf reaktionäre Maßnahme und reaktionäres Gesetz auf reaktionäres Gesetz türmt und alles tut, um gegenüber der Arbeiterklasse und den Volksmassen in Machtfülle zu glänzen und sie von der Zwecklosigkeit und Aussichtslosigkeit des Kampfes um ihre Interessen zu überzeugen sucht, bedeutet es eine Ermutigung, daß sich die Klassenkämpfe innerhalb der öffentlichen Dienste verschärfen.

Es ist *nicht neu*, daß die herrschende Klasse den Unterdrükkungsapparat putzt, wenn sie die Unterdrückung verschärfen will. Es ist auch nicht neu, daß es innerhalb des öffentlichen Dienstes dagegen Widerstand gibt. Es ist ebenso nichts Neues, daß sich Teile von Lohnabhängigen in öffentlichen Diensten an den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter beteiligen und sich der Arbeiterbewegung zuwenden. Eine neue Erscheinung ist es jedoch, daß sich die Spaltung der öffentlichen Dienste in Lohnabhängige und Dienstherren in nahezu allen Abteilungen des Staatsapparates ausdrückt, bis hinein in die Polizei.

Anstatt diese günstige Entwicklung herauszuarbeiten, findet es die Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung für richtig, in der letzten Ausgabe der KVZ eine Reihe von Zuschriften, die diese Tatsache dokumentieren, folgendermaßen zu kommentieren:

„Fristlose Entlassungen von Personalräten, Klageerhebung vor Verwaltungsgerichten zwecks Enthebung aus dem Personalrat, Entlassungsverfahren, gestützt auf den Radikalenerlaß, gegen Personalratsmitglieder, von solchen Maßnahmen der Dienstherren ist in den letzten Monaten immer häufiger zu hören", und

„Man versteht diese Maßnahmen nur richtig, wenn man sich vor Augen hält, daß gegenwärtig unter zahlreichen Belegschaften im öffentlichen Dienst eine Einheit herausgebildet wird im Kampf gegen Rationalisierungsdruck und für den Lohn, wobei die betrieblichen Vertretungsorgane eine wichtige Rolle spielen".

Im weiteren Text wundert sich die KVZ, daß die Bourgeoisie die Kämpfe, gegen die diese Schläge gerichtet sind, als „kommunistische Umtriebe" und „Zersetzungsarbeit" auffaßt, daß die Bourgeoisie davor zurückscheut, über die „tatsächlichen Forderungen" der Belegschaft zu „berichten". Die KVZ schreibt weiter, „stattdessen", also anstatt über die „tatsächlichen Forderungen" zu berichten, würde die Dienstaufsicht

rungen" zu berichten, würde die Dienstaufsicht

dazu übergehen, die Belegschaft zu einem Sondergelöbnis auf die Verfassung zu verdonnern.

Die Bourgeoisie ist da wirklich reifer. Sie setzt in einem bestimmten Kampf ganz bewußt das Mittel ein, die Belegschaft an ihre besondere Entrechtung durch die im Beamtenrecht und den entsprechenden Tarifverträgen festgelegte Treue zur Verfassung zu erinnern, sie direkt zu unterdrücken. Darüber braucht man sich nicht zu wundern, das muß man *erklären*.

Die KVZ hingegen ruft der Belegschaft, die zum Sondergelöbnis auf die Verfassung gezwungen wird, zu:

„Die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst sitzen im Kampf um ihre betrieblichen Vertretungsrechte am längeren Hebel als die Dienstherren."

## Verengung des Horizonts auf Kampf um betriebliche Vertretungsrechte ...

Das ist vollständig falsch. Die Tatsache, daß die Bourgeoisie die besondere Entrechtung, das Beamtenrecht und das KPD-Verbot *auch* gegen den Kampf der Belegschaft auf betrieblicher Ebene einsetzt und anwendet, wird hier benutzt, um den Horizont der Bewegung auf den Kampf um betriebliche Vertretungsrechte einzuengen, wobei noch nicht einmal gesagt wird, daß Beamtenrecht und KPD-Verbot auch für die Kämpfe auf betrieblicher Ebene eine schwere Fessel bedeuten, sondern vom längeren Hebel rumgeredet wird. Das läuft auf eine ideologische Entwaffnung der Bewegung im öffentlichen Dienst hinaus.

Das Wirken der staatlichen Unterdrückungsapparate erzeugt täglich und millionenfach Haß gegen den bürgerlichen Staatsapparat. Es ist sattsam bekannt, daß die Bourgeoisie versucht, diesen Haß, den diese Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat verursacht, gegen die Kämpfe der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst zu wenden. Man soll nicht so tun, als ob dieses ideologische Manöver der Bourgeoisie von selber scheitert.

Die wirtschaftlichen Kämpfe, die sich spontan aus der Lohnabhängigkeit ergeben, und die Kämpfe für Arbeiterrechte, in denen diese spontanen wirtschaftlichen Kämpfe zusammengefaßt werden müssen, wenn der Willkür der Käufer der Arbeitskraft nicht freie Bahn gelassen werden soll: im öffentlichen Dienst bedeuten diese Kämpfe für die Bourgeoisie den Feind in der Festung. Also unterdrückt sie. Sie unterdrückt vermittels Beamtenrecht und KPD-Verbot. Ideologisch wird diese besondere Unterdrückung gerechtfertigt durch den „Dienst an der Öffentlichkeit".

## ...ideologische Entwaffnung der Bewegung im öffentlichen Dienst

Das Hervorstechende an der Bewegung im öffentlichen Dienst besteht darin, daß sie den Kampf an dieser ideologischen Front gegen die Bourgeoisie schon längst begonnen hat. Das ist eine entscheidende Voraussetzung zur Verhinderung der politischen Isolierung der Kämpfe im öffentlicht Dienst. Der Kampf an der ideologischen Front setzt *Bewußtheit* voraus. Er kann bloß unter einer politischen Führung erfolgreich geführt werden. Diese politische Führung zu stellen, ist die Aufgabe der Kommunisten. Daher verlangt die Unterdrückung im öffentlichen Dienst die Ausschaltung der Kommunisten.

Das Bewußtsein, daß die Interessen aller Lohnabhängigen bloß in einer Kampffront unter Führung der Arbeiterklasse durchgesetzt werden können, soll vernichtet und eine Komplizenschaft der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst mit der Bourgeoisie hergestellt werden. Das erklärt die KVZ in jenem Vorspann nicht, sondern verwischt die Tatsachen.

Die Kluft zwischen den Interessen der Dienstherren, die den staatlichen Unterdrückungsapparat leiten, und der Masse der Beschäftigten, erscheint demgegenüber heute schon in der Gewerkschaftspresse. In der Lohnfrage und an Hand der Forderung nach 135 DM für alle gleich wird gezeigt, daß die höheren Beamten sich be-

wird gezeigt, daß die höheren Beamten sich be-

reichern wollen und daß die Kämpfe der Belegschaften nicht in Gemeinsamkeit mit den Dienstherren geführt werden, sondern gegen diese.

Auf breiter Front wird heute im öffentlichen Dienst gesehen, daß es notwendig ist, sich von der staatlichen Dienstaufsicht loszusagen, herauszuarbeiten, daß ihre Ziele nicht die Ziele der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst sind, denn, man weiß, diese sind im Volk wegen ihrer Taten verhaßt, wird man in einen Topf mit ihnen geworfen, ist man isoliert. Dieser praktischen Notwendigkeit müssen die Kommunisten genügen. Und nicht den Leuten einreden, daß sie im Kampf um betriebliche Vertretungsrechte am längeren Hebel säßen.

Demgegenüber muß man festhalten: Die Bourgeoisie steigert die Verfolgung im öffentlichen Dienst. Das ist richtig. Sie steigert diese Verfolgung, weil sie unvermeidlich danach streben muß, für die weiteren Klassenkämpfe einen funktionierenden Unterdrückungsapparat zu haben. Sie steigert die Unterdrückung, weil es schon heute so weit ist, daß die Massen keineswegs einzeln in sich hineinfressen, was ihnen der bürgerliche Staatsapparat Tag für Tag antut, sondern es zu Kämpfen kommt. Gegen die Schulunterdrükkung, gegen die Kasernenunterdrückung, gegen die Ausplünderung durch Steuern und Abgaben.

Für alle diese gerechten Kämpfe der Massen bedeutet es eine große Unterstützung, daß innerhalb der öffentlichen Dienste immer mehr Lohnabhängige davon ausgehen, daß ihre Interessen und die Interessen des Dienstherren entgegengesetzt sind. Vor dieser Unterstützung der Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes hat die Bourgeoisie eine große Furcht. Daher die besondere Unterdrückung.

Die Kämpfe im öffentlichen Dienst, die sich spontan gegen die dauernd verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft entzünden, entsprechen Interessen der Arbeiterklasse. Das ist eine Wahrheit. Wie jede Wahrheit kann aber auch diese Wahrheit von der Bourgeoisie verdreht und verdeckt werden. So daß diese notwendigen Kämpfe zur Isolierung der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst führen.

## Den tatsächlichen Anforderungen der Bewegung hinterhergehinkt

Es ist rechts, den Beschäftigten in öffentlichen Diensten einzureden, sie „säßen" „im Kampf um betriebliche Vertretungsrechte" am längeren Hebel.

Das Gegenteil ist richtig. Zu einem mächtigen Hebel, ihre Lage zu verändern, kommen die Lohnabhängigen in öffentlichen Diensten nur, wenn sie sich erheben, statt herumzusitzen. Sie müssen sich mit der Arbeiterklasse auf Grundlage der Ziele der Arbeiterklasse verbinden. Der Kampf gegen das Beamtenrecht ist ein Schritt in diese Richtung und der Kampf gegen das KPD-Verbot ist auch ein Schritt in diese Richtung. Nicht etwa, weil wir glauben, die herrschende Klasse würde das Beamtenrecht aufgeben und das KPD-Verbot aufgeben und dann wäre es gut.

Die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten bleibt und damit bleibt die Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt. Alle diese Kämpfe um begrenzte Ziele haben bloß einen Sinn, wenn sie mit einem klaren Bewußtsein hin auf die soziale Revolution des Proletariats geführt werden, zu deren Gelingen der Staatsapparat zerschlagen werden muß.

Wenn schon heute Angehörige des Staatsapparates an Kämpfen der Volksmassen teilnehmen, wenn im öffentlichen Dienst die Kluft zwischen den Dienstherren und der Masse der Beschäftigten immer tiefer aufreißt, wenn hunderttausendfach die Einsicht wächst, daß man mit dem Dienstherren keine gemeinsamen Interessen hat, so ist das ein Faktor, der für das Herankommen an die proletarische Revolution von Bedeutung ist.

Wie kann man angesichts dieser Tatsachen, die erklärt werden müssen, hinstehen und sich beschweren, daß die Bourgeoisie die Bemühungen der Kommunisten, die objektiven Aufgaben, die von der Bewegung gestellt sind, zu erfüllen, als „kommunistische Umtriebe" und „Zersetzungsarbeit" mißversteht, anstatt endlich zu verstehen, daß die Kommunisten hinter den tatsächlichen Anforderungen der Bewegung hinterherhinken? Es gibt doch viel zu wenig „Umtriebe" und viel zu wenig „Zersetzungsarbeit"; wenn es nicht rasch mehr wird, dann ist die fortschrittliche Entwicklung der Klassenkämpfe im öffentlichen Dienst gefährdet und die Gefahr der Abspaltung von der Arbeiterklasse und den Volksmassen wächst.

Die Praxis zeigt, daß dort, wo die Kommunisten dieser Aufgabe genügen, auch Fortschritte im Zusammenschluß der Belegschaften gemacht werden. Die Kommunisten im öffentlichen Dienst brauchen sich nicht als U-Boote der Arbeiterklasse in einem Meer von Reaktion zu betrachten. Es ist so weit, daß ganze Belegschaften sich an den Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes beteiligen. Das ist gut. Es wurde nicht erreicht durch Einengung der Ziele derBewegung auf „Betriebliches". Es wurde erreicht durch die richtige Verbindung des täglichen Kampfes gegen die Ausbeutung der Arbeitskraft mit einer Propaganda über die Grundlagen dieser Ausbeutung und Unterdrückung. Gegen diese richtige Politik wurde in der letzten KVZ ein Verdunklungsmanöver ausgeführt. – (mf)

## Rektor unter Druck. Entlassungsverfahren eingestellt

**Oldenburg.** Wolfgang Müller, Mitglied des ZK des KBW, ist an der Universität Oldenburg als Assistenzprofessor tätig. Er sollte wegen Mangel an Verfassungstreue, bewiesen durch seine Kandidatur für den KBW bei den Bremer Bürgerschaftswahlen, aus dem Lehramt entfernt werden. In einer gut besuchten öffentlichen Anhörung verteidigte Genosse Müller die wissenschaftliche Richtigkeit unserer Ansichten gegen den Kanzler der Universität. 68 Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität Oldenburg unterzeichneten eine öffentliche Erklärung gegen den Versuch der Entlassung und forderten die unverzügliche Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Wolfgang Müller. Der Rektor verlor den Rückhalt im Kollegium. Er versuchte sich aus der Affäre zu ziehen. Er schreibt in seiner Verfügung vom 2. Februar: „Auch in Hinblick auf Ihre Forderung nach Zerschlagung des Staates, der Parlamente und des Staatsapparates der Kapitalisten durch die Arbeiterklasse läßt sich nicht mit letzter Sicherheit der Nachweis führen, ob sie sich gegen die Grundprinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung als solche richtet oder nur gegen eine nach Ihrer Meinung empirisch zu beobachtende konkrete politische Praxis." Und schließlich schreibt er über die Ausführungen des Genossen Müller vor 350 Studenten und Hochschullehrern in der öffentlichen Anhörung: „Ergänzend ist zu berücksichtigen, daß es sich bei Ihren Aussagen in der Anhörung um solche im internen Verhältnis des Beamten zum Beauftragten des Dienst- und Disziplinarvorgesetzten handelte, die erst auf dessen Veranlassung und Fragen zustandekamen. Solche Äußerungen im Rahmen eines Untersuchungsverfahrens dürfen in der Regel nur zum Nachweis des die Untersuchung auslösenden Dienstvergehens verwendet werden. Als eigenständiges Dienstvergehen kommen sie allenfalls unter ganz besonderen Umständen in Betracht, die nicht vorliegen." Das Verfahren wurde eingestellt.

## Kündigung wegen Eintretens für 200-Meilen-Zone

**Kiel.** Dr. Matthias Tomczak, Wissenschaftler am Institut für Meereskunde in Kiel, ist auf mehreren internationalen Konferenzen für die Richtigkeit und Berechtigung der 200-Meilen-Zone aufgetreten. Das schleswig-holsteinische Kultusministerium hat ihm jetzt gekündigt, weil er wissenschaftliche Arbeiten der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe verbreitet habe, in denen diese Auffassung vertreten wird. Dagegen gibt es unter den Angehörigen des Instituts und in der wissenschaftlichen Welt Protest. Der Projektleiter des Meeresinstituts der Welternährungsorganisation (FAO) in Lima schreibt an Dr. Tomczak, daß er ihm zu seinem Beitrag auf einem Kieler Kongreß gratuliere: „Ich bin schon lange der Meinung, daß die Argumente zugunsten der Freiheit ozeanographischer Forschung unter Mißachtung nationaler Grenzen jeder Art unecht sind und überwiegend aus teuflischen Zitaten aus der Heiligen Schrift bestehen; das Ganze mit der Absicht, die Vorrechte von Privilegierten zu schützen und zu erhalten, die ihre Vorrangstellung als natürliche Folge angeborener Überlegenheit betrachten – lassen sie dabei doch bequemerweise die Erkenntnisse der Geschichte außer acht, daß diese Vorrangstellung mindestens teilweise ihren Ursprung hat in der erfolgreichen Ausbeutung der Wehrlosen. Ich sehe, daß Ihr Standpunkt derselbe ist, und ich bin sehr erfreut darüber, daß endlich jemand diesen Standpunkt auf einem wichtigen internationalen Kongreß klar vertreten hat.

Hochachtungsvoll, Ihr
G.L. Kesteven
Project Manager"

## Weg in die Öffentlichkeit „Verletzung der Pflichten eines Angehörigen des öffentlichen Dienstes"

**Heidelberg.** Der Personalratsvorsitzende W. Samsel, gegen den sie jetzt eine Klage auf Entfernung aus dem Personalrat angestrengt hat, ist der Leitung des Deutschen Krebsforschungsinstituts ein Dorn im Auge. Er hatte in der Öffentlichkeit auf Reihenexperimente mit Schwangeren hingewiesen, die ohne Unterrichtung der Schwangeren durchgeführt wurden. Als er mithalf bei der Aufdeckung der Tatsache, daß auf einem Müllplatz in Obrigheim radioaktive Stoffe abgeladen waren, handelte er sich eine Verwarnung der Institutsleitung ein. Er habe die „Pflichten eines Angehörigen des öffentlichen Dienstes" verletzt, indem er nicht dazu beitrug, den Skandal durch heimliche Meldung bei den „zuständigen staatlichen Stellen" zu vertuschen, sondern „den Weg in die Öffentlichkeit" angetreten habe. Das sei „unvereinbar mit den Dienstpflichten nach § 8 BAT".

*In immer mehr Bundesländern Kämpfe gegen die Verhältnisse an den Schulen*

# Die Bewegung gegen die bürgerliche Schulpolitik festigt sich

1 000 Schüler der Kaufmann-Schule in **Krefeld** demonstrierten Ende Februar gegen die Schulraumnot an ihrer Schule. Im Rahmen eines Tages der offenen Tür wurden eine Schülervollversammlung, eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Industrie- und Handelskammer, des Schulamts, der Parteien und des Regierungspräsidenten, Informationsstände in der Stadt und die Demonstration durchgeführt. Proteste und Resolutionen gegen die Verschlechterung der Lage der Schüler, gegen Lehrmittelstreichungen, gegen Nichteinstellungen von Lehren und Unterrichtsausfall gibt es in **Nordrhein-Westfalen**, so jetzt in **Schwerte**, in **Baden-Württemberg**, wo die Referendare im Februar einen Aktionstag durchführten, und in **Rheinland-Pfalz**, z.B. in **Ludwigshafen**. In **Bad Kreuznach, Kirn** und **Obernheim** haben sich die Personalversammlungen der Gymnasien für die Einstellung aller Referendare ausgesprochen und beschlossen, keine Überstunden mehr zu leisten, unterstützt von den Elternbeiräten.



Kassel. Kundgebung der Berufsschüler von der May-Eyth-Schule

Gegen den Abbau des **Zweiten Bildungsweges** bereiten die Kollegschüler am 4. und 5. März Streiks und Aktionstage bundesweit vor.

In **Bremen** bereiten die Oberschüler nach einem Beschluß der Gesamtschülervertretung eine Urabstimmung für einen Streik gegen die Verschlechterung ihrer Lage und für ihre Rechte vor. In **Köln** protestierten Schüler gegen die Nichteinstellung der Lehrer Lehndorf und Holl, die wegen ihrer politischen Tätigkeit nicht eingestellt werden sollen. Die Schülermitverwaltung der Königin-Luisen-Schule verabschiedete dazu eine Solidaritätsadresse unter den Forderungen: Keine Berufsverbote, Weg mit dem Radikalenerlaß, Weg mit dem KPD-Verbot! Trotz Drohungen der Schulbehörde führten die Eltern und Schüler der Akkermann-Grundschule in **Frankfurt** mit den drei ersten und zweiten Klassen einen Schulstreik gegen die laufenden Stundenausfälle, gegen die Schulpolitik der Regierung und für die Einstellung aller Lehrer durch. Obwohl die Schulleitung die Eltern durch einen Brief auf die Ungesetzlichkeit eines Unterrichtsboykotts nach dem hessischen Schulpflichtgesetz hinwies, obwohl dieselbe Schulbürokratie Eltern, die im Schulhaus agitieren wollten, aus dem Gebäude verwies und die Lehrer durch Ermahnungen anhielt, selbst bei einem Schüler in der Klasse den Unterricht durchzuführen und auf keinen Fall den Schulraum zu verlassen, fand der Streik statt.

Man sieht, der Protest gegen die bürgerliche Schulpolitik breitet sich auf immer mehr Bundesländer aus. In den Orten, wo die Bewegung schon länger sich entwickelt hat, vertieft sich die Auseinandersetzung. Die Front gegen die bürgerliche Schulpolitik wird fester und die Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Staat und seinen Organen entwickelt sich mit immer größerer Heftigkeit. Zunehmend greifen die Arbeiter und ihre Jugend in diese Auseinandersetzung ein und kämpfen um die Führung der Bewegung. Deutlich wird das in Frankfurt und Kassel. In **Frankfurt** waren letzte Woche 170 Vertreter von Elternbeiräten, Schülervertretungen und Schulsprecher, der Gewerkschaftsjugend (IG-Metall-Ortsjugendausschuß und DGB-Kreisjugend), Vertreter der ÖTV, der Studenten, der Lehrer auf Einladung des Bezirksvorstandes der GEW zusammengekommen, um gemeinsam eine Schuldemonstration am 6. März in Frankfurt vorzubereiten. Unterstützt wurde die Versammlung vom KBW und den Jusos. Die Versammlung wurde zu einem Tribunal gegen die bürgerliche Schul- und Ausbildungspolitik. In einem Bericht aus Frankfurt heißt es:

„Vollends klar wurden die reaktionären Pläne des Staates durch die Enthüllungen zweier Lehrlinge von Siemens und aus einem Elektrohandwerksbetrieb. Beide führten aus, daß der Zugriff der Kapitalisten sowohl direkt durch das duale Ausbildungssystem (betriebliche und schulische Berufsausbildung) als auch indirekt durch die Schulhoheit des Staates dazu führt, die Masse der Arbeiterjugendlichen unausgebildet oder nur halb- oder konzernspezialisiert ausgebildet den Profitinteressen der Kapitalisten auszuliefern. Beispiel: **Bergius-Berufsschule**. Die Chemie-Abteilung soll ausgegliedert werden nach Höchst, was für die aus der ganzen Region um Frankfurt kommenden Lehrlinge zusätzliche Anfahrtswege von 20 bis 25 Kilometern bedeutet. Darüberhinaus kann der Höchst-Farbenkonzern durch die Bereitstellung von betrieblichen Ausbildern direkt die Ausbildungsinhalte für seine speziellen Produktionsinteressen bestimmen.

Die Zahl der Lehrlinge wird durch die Stufenausbildung und das Prüfungssystem, wo ebenfalls wieder in den Kammern die Höchst-Kapitalisten das Wort angeben, für die Höchst AG maßgeschneidert. Beispiel: Handwerksklassen der Installateure an der **Werner-von-Siemens-Berufsschule**. 70 Prozent sind bei der letzten Prüfung durchgefallen, d.h. ein weiteres halbes Jahr müssen sie für einen Hungerlohn malochen. Die Lehrlinge des Großkonzerns Siemens bekommen zwar seit Neuestem statt 7 nun 9 Stunden Unterricht, aber ein Tag sechs Stunden und danach in den Betrieb, am zweiten Tag drei Stunden und davor und danach in den Betrieb. Die zwei Stunden mehr werden für reines Eintrichtern von Siemens-Kenntnissen benutzt. Die inhaltliche Absprache zwischen Schule und Großbetrieb ist obligatorisch und klappt ausgezeichnet, was schon mancher Lehrling, der es gewagt hat aufzumucken, durch Anruf beim Ausbildungsleiter zu spüren bekommen hat. Letztes Beispiel: **Neckermann**. Jugendliche werden ans Fließband gestellt mit der Begründung, dies wär kein Fließ**band**, weil die Einzelstücke nicht auf einem Band, sondern durch eine Hängevorrichtung transportiert würden. Diese Fließbandarbiet gilt als Grundqualifikation. ‚Ist es nicht ganz klar', stellte ein Schülervertreter der Werner-von-Siemens-Schule dazu fest, ‚daß diese Zustände den Interessen der gesamten Arbeiterklasse widersprechen? Diese Zustände bedeuten kein Recht auf Ausbildung, sondern Recht der Kapitalisten, die Arbeiterjugend auszubeuten. Sie können uns spalten und arbeiten so gegen jeden Zusammenschluß von uns, der sich zum Ziel steckt, die Verhältnisse zu ändern, in denen Jugendliche einfach verkümmern, weil sie dem Profit nicht dienen. Unser Interesse kann nur eine theoretische und praktische Ausbildung sein, die es uns ermöglicht, auch eines Tages die Herren der Produktion zu werden.' "

So auch in **Kassel**. Eltern, Schüler und Lehrer bereiten dort einen Marsch zu Krollmann (Kultusminister) vor, der sich am 20. März in Kassel aufhält. Gerade wurde dies auf einer Versammlung von 800 Eltern, Schülern und Lehrern bekräftigt. Die Arbeiterjugend wird sich an diesen Kampfaktionen unter den Forderungen nach Rechten für die Schülervertretungen und Schüler und nach der Einheitsschule beteiligen (Beschluß der Schülervertretung der Max-Eyth-Berufsschule) und hat dafür schon eine Kundgebung mit 300 Schülern durchgeführt. Aus der Kritik der Verhältnisse heraus vertieft sich die Schulbewegung und verankert sich die Forderung nach unentgeltlicher und obligatorischer allgemeiner, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnder Bildung für die Kinder beiderlei Geschlechts – Einheitsschule, Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten. Unter dieser Forderung können sich die Massen zusammenschließen auf dem Weg zum Sturz der Ausbeuterherrschaft, die auch das Schulwesen völlig bestimmt. – (jk)

**Erklärung der Beratungskonferenz von Vertretern der Eltern, Schüler, Lehrlinge und Gewerkschaftsjugendorganisationen, der Lehrer und der Studenten am 26. Februar 1976 für eine Demonstration am 6. März in Frankfurt:**

1. Die Teilnehmer an der Beratungskonferenz der GEW Frankfurt erklären ihre Übereinstimmung in der Einschätzung der Situation im Bildungsbereich, die für alle Beteiligten unerträglich geworden ist. Die Ausbildungsbedingungen der Schüler haben sich spürbar verschärft: Auslese, Entqualifizierung, Beschränkung des Zugangs und inhaltliche Reglementierung bestimmen für alle Schüler und Lehrlinge den Alltag von Unterricht und Ausbildung. Durch die Nichteinstellung von Lehrern, die Verlängerung der Arbeitszeit, die Vergrößerung der Klassenstärken haben sich die Arbeitsbedingungen der Lehrer spürbar verschlechtert.

Die Teilnehmer an der Beratungskonferenz erklären, daß sie nicht bereit sind, die Kosten der Krise, für die weder sie noch die Jugendlichen verantwortlich sind, auf den Bildungsbereich abwälzen zu lassen. Sie werden es nicht zulassen, daß auf Kosten der Zukunft der Jugendlichen die Krise gelöst werden soll.

2. Die versammelten Vertreter der Eltern, Schüler, Lehrlinge und Gewerkschaftsjugendorganisationen, die gewerkschaftlichen Vertreter der Lehrer und der Studenten auf der Beratungskonferenz am 26. Februar 1976 in Frankfurt erklären, daß sie diese Zustände im Ausbildungsbereit nicht hinnehmen werden. Als ersten zusammenfassenden Schritt unterstützen sie die von der GEW, Bezirksverband Frankfurt, initiierte Demonstration für die sozialen und politischen Rechte von Schülern und Lehrern am 6. März (12.30 Uhr Opernplatz) und fordern:

– **Einstellung aller Lehrer! Besetzung aller und Schaffung neuer Planstellen! Umwandlung aller Lehraufträge in Planstellen! Gegen Unterrichtskürzung und Ausfall aufgrund Lehrermangels!**

– **Ausbildung aller arbeitslosen Jugendlichen in Fachklassen ihrer Wahl! 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen! Keine Aushöhlung der Berufsschulpflicht durch das geplante Berufsbildungsgesetz! Für ein neues Berufsbildungsgesetz auf der Grundlage der DGB-Forderungen! Weg mit dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz! Arbeitslosengeld für arbeitslose Jugendliche und Lehrer!**

– **Keine Arbeitszeitverlängerung und Gehaltskürzung von Lehrern!**

– **Keine weitere Entrechtung der Eltern, Schüler und Lehrer durch die geplante Neufassung des hessischen Schulverwaltungsgesetzes! Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung an den Schulen!**

– **Gegen die soziale Demontage! Weg mit den Sparbeschlüssen zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung! Für Festgeldbetrag und Reallohnsicherung, gegen Lohnabbau!**

Die versammelten Vertreter der Eltern, Schüler, Lehrlinge und Lehrer unterstützen die Forderung von ÖTV, DPG und GdED nach voller Durchsetzung der 135 DM in dieser Tarifrunde.

## VW-Wolfsburg: Gier nach frischer und billiger Arbeitskraft

**Wolfsburg.** Der Plan, im VW-Werk in Wolfsburg 500 arbeitslose Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren ans Band für die Golf-Montage zu stellen, den die KBW-Betriebszelle in der KVZ Nr. 7 enthüllt hatte, ist offenbar fallengelassen worden. Nicht fallengelassen dagegen ist der Plan, die Jugendlichen in die Produktion zu stecken. So äußerte sich der Betriebsratsvorsitzende Siegfried Ehlert in der letzten „Wir Metaller", daß zur Zeit überlegt werde, wie die Jugendlichen unter „Berücksichtigung der Jugendschutzgesetze" in der Produktion beschäftigt werden können. Das sei ein Schritt zur Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit Fragt sich, in welchem Interesse dieser Schritt ist. Das Interesse der Jugendlichen jedenfalls nicht, denn deren Interesse ist es, eine vernünftige Ausbildung zu erhalten und nicht ihre Arbeitskraft zu ruinieren durch Bandarbeit usw. Die Kapitalisten dagegen tun diesen Schritt mit Begeisterung. Da kriegen sie frische Kräfte für die Profitauspressung und dazu noch zum niedrigsten Preis, denn nach den Tarifverträgen brauchen sie für die völlig unausgebildeten Jugendlichen unter 18 nur die geringsten Löhne zu zahlen.

## VW-Kassel: Mit Arbeitergeldern Arbeitsplätze eingespart

**Kassel.** 1,3 Millionen aus den Beiträgen der Versicherten und aus Bundesmitteln will das Kasseler Arbeitsamt im Rahmen eines „Hilfs"programms für 230 arbeitslose Jugendliche den Kapitalisten zuschieben. Wie das gemacht wird, darüber berichtete eine Jugendvertreterin von VW-Baunatal auf einer Veranstaltung des DGB und der GEW zur Jugendarbeitslosigkeit. Bei VW machen 14 Mädchen einen „Grundausbildungslehrgang Hauswirtschaft". Sie müssen die Arbeit von Küchen- und Kantinenpersonal erledigen. 45 Jungen machen einen „Lehrgang Metall". Zum Beispiel müssen sie Tausende von Synchronringen entgraten, Regale für die Werkstatt bauen und sogar Getriebeteile für die laufende Produktion anfertigen. Die Kapitalisten bezahlen dafür keinen Pfennig. Die Gelder der Versicherten werden also direkt dazu benutzt, Arbeitsplätze einzusparen. Dabei sind die Jugendlichen völlig rechtlos gegenüber den Kapitalisten. Nach dem Gesetz können sie als „Nichtbetriebsangehörige" weder vom Betriebsrat noch von der Jugendvertretung vertreten werden.

## John Deere Mannheim: Lehrlinge wehrten sich gegen Akkordarbeit

**Mannheim.** Die Lehrlinge vom dritten Lehrjahr wurden vor zwei Wochen runter in den Betrieb geschickt. „Damit ihr mal seht, wie das so läuft", meinte der Ausbildungsleiter. Obwohl sie noch in der Ausbildung standen (sie hatten ihre mündliche Facharbeiterprüfung noch nicht gemacht), mußten sie voll im Akkord arbeiten, vor allem diejenigen Lehrlinge, die an die Montagebänder kamen. Es gab heftige Empörung unter den Lehrlingen: „Wir sind doch in der Ausbildung! Die wollen mit uns jetzt das dicke Geld machen. Schuften sollen wir, aber zahlen tun sie nur die paar Pfennige. Was soll denn bei dieser Maloche am Band Ausbildung sein? Wir machen das nicht länger mit." Nach fünf Tagen, nachdem auch der Betriebsrat eingetriffen hatte, mußte der Abteilungsleiter Kloß die Lehrlinge wieder hoch in die Lehrwerkstatt schicken, unter großem Geschimpfe über die „Aufsässigkeit" der Lehrlinge.

Die Kapitalisten probieren schon aus, wozu sie das neue Jugendarbeitsschutzgesetz ermächtigt.

*Jugendzentrum Emsdetten*

# Trotz Verbot – Veranstaltung gegen Maulkorbgesetze

**Emsdetten. Mit großem Erfolg haben in Emsdetten in der Nähe von Münster die Jugendlichen trotz Verbot durch die Stadtverwaltung eine Veranstaltung gegen die Maulkorbgesetze 130 a und 88 a durchgeführt.**

Ursprünglich sollte am 27.1. eine Veranstaltung der Kommunistischen Gruppe Emsdetten gegen die Maulkorbgesetze im Jugendzentrum stattfinden.. Auf Beschluß der Hausversammlung. Die Emsdettener Stadtverwaltung setzte sich über den Beschluß der Jugendlichen hinweg und verbot die Veranstaltung. 60 Besucher fanden am 27.1. das Haus von Polizei umstellt. Die Jugendlichen ließen sich das nicht gefallen. Auf einer Vollversammlung des Jugendzentrums wurde von 250 Jugendlichen eine Protestresolution gegen das Veranstaltungsverbot verabschiedet und ein Ausschuß gebildet, um eine Veranstaltung zum gleichen Thema vorzubereiten. Vertreter der Stadtratsparteien, der Verwaltung und verschiedener Jugendorganisationen wurden eingeladen. Die Stadtherren verboten daraufhin auch diese Veranstaltung und eine weitere Veranstaltung der DFG/VK gleich mit. Gedroht wurde mit der Schließung des Jugendzentrums und mit Entlassung der Sozialarbeiter.

Die Jugendlichen ließen sich von diesen Unterdrückungsmaßnahmen und Drohungen und von Hetztiraden gegen Kommunisten in der bürgerlichen Lokalpresse nicht beeindrucken. 120 Jugendliche kamen zu einer Kundgebung in der Innenstadt. „Das Recht auf freie politische Betätigung lassen wir uns nicht nehmen!" war die Losung. In kurzer Zeit wurden über 150 Unterschriften gesammelt. Nach einer Abstimmung zogen sie geschlossen zur Sitzung des Hauptausschusses im Rathaus, um die Ratsherren mit ihren Forderungen zu konfrontieren. Die hatten gleich die Türen des Rathauses schließen lassen. Als die Jugendlichen lauthals Einlaß forderten, erklärten die „Volksvertreter" kurzerhand den „öffentlichen Teil" der Sitzung für beendet. Doch die Jugendlichen ließen nicht locker und die Ratsherren saßen wie die Maus in der Falle. Sie konnten weder vorne noch hinten raus. Zu ihrer Rettung riefen sie die Polizei. Unter einem minutenlangen Pfeifkonzert ließen sich die Stadtherren von der Polizeigewalt in ihre Stammkneipe schleusen. Dieser schimpfliche Abgang der bürgerlichen Parlamentarier bestärkte die Jugendlichen nur noch darin, den Kampf um ihre Rechte selbständig weiterzuführen.

Am Freitag, den 27.2., war es dann soweit: Werden sich die Jugendlichen sich daran hindern lassen, sich gegen die Reaktion zusammenzuschließen oder werden sie sich den Erpressungsversuchen von Stadtverwaltung und Trägerverein entgegenstellen? Die Antwort war eindeutig: Über 200 Jugendliche drängten sich im „Weißen Saal". Nur zwei Polizisten trauten sich, ihre Nase in die Eingangshalle zu stekken.

Das Referat, das den reaktionären Charakter der neuen Gesetze darstellte, wurde mehrmals von heftigem Beifall unterbrochen. Besonders, als ausgeführt nwurde, daß der Kampf für die Rechte des Volkes nur im Vertrauen auf die eigene Kraft geführt werden kann. Zum Schluß der Veranstaltung, noch über 120 waren im Saal, wurde eine Resolution verabschiedet, in der es u.a. heißt:

„Die Veranstaltungsteilnehmer verurteilen aufs Entschiedenste die Maulkorbgesetze 130a und 88a . . . Gerade für den Kampf um Selbstverwaltung stellen diese Strafgesetze ein Hindernis dar. Die Jugendlichen weisen die Drohung mit der Schließung des Jugendzentrums entschieden zurück und werden jeden Versuch, das Haus zu schließen, energisch bekämpfen . . . Weg mit dem Maulkorbparagrafen 130 a und 88 a! . . ." – (bm/ale, Emsdetten)

## Menden: Gegen Kürzung des Jugendetats demonstiert

**Menden/Iserlohn.** Am Samstag, dem 21. Februar, demonstrierten etwa 200 Jugendliche in der Mendener Innenstadt gegen die angekündigten Kürzungen des Jugendzentrumsetats. Aufgerufen hatte der Jugendzentrumsrat und die Vollversammlung der Jugendzentrumsbesucher; unterstützt wurde die Demonstration von den Jusos, dem KVZ-Lesekreis und der Kommunistischen Gruppe.

Vorausgegangen war der Beschluß des Jugendwohlfahrtsausschusses der Stadt Menden, nur noch 17 000 DM für Jugend- und Kinderzentrum (geplant waren 26 000 DM) bereitzustellen. Dies bedeutet aber, daß das Kinderzentrum geschlossen werden muß und daß auch die Arbeit im Jugendzentrum brach liegt, weil noch nicht einmal die nötigsten Gelder vorhanden sind. Die Demonstration war durch Leserbriefe in den Lokalzeitungen und eine Unterschriftensammlung (1 000 Unterschriften in zwei Tagen – Menden hat 30 000 Einwohner) vorbereitet worden.

### „Unsere Schule ist ein Beweis"

**Hannover.** Die Schülervertretung der Integrierten Gesamtschule Roderbruch hat am 10.2. im Rahmen einer Aktionswoche gegen den § 218 beschlossen, einen Brief an den Bundestag zu schreiben. In dem Brief wird ausgeführt, daß 80 % der Oberstufenschüler die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 unterschrieben haben. Unter anderem heißt es: „Sie wollen diesen § aufrechterhalten und ihn wieder anwendbar machen. Wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln eine fortgesetzte Anwendung dieses Paragrafen zu verhindern suchen. Ganz gleich, was Sie beschließen, so werden Sie die Mehrheit der Bevölkerung gegen sich haben, unsere Schule ist dafür ein Beweis . . . Nicht das Bundesverfassungsgericht, nicht der Bundestag sollen entscheiden, sondern die Bevölkerung selbst. Wir sind davon überzeugt, daß diese Entcheidung eindeutig ausfallen wird, weil die Mehrheit der Bevölkerung gegen den § 218 ist. Wir sind darüberhinaus davon überzeugt, ganz gleich, was Sie beschließen werden, wird das Volk diesen Paragrafen weiterkämpfen . . ."

### DGB-Podiumsdiskussion

**Kelsterbach.** 50 Menschen kamen zu einer Podiumsdiskussion des DGB-Ortskartells in Kelsterbach zum § 218. Eingeladen waren Vertreter der bürgerlichen Parteien, des Komiotees gegen den § 218, des Frauenforums Rüsselsheim und ein evangelischer Pfarrer. Neben dem Komitee trat auch das Frauenzentrum für die ersatzlose Streichung des § 218 ein. Zum Schluß der Veranstaltung wurde zur Gründung einer Initiative für die ersatzlose Streichung des § 218 aufgerufen.

### Erfolgreiche Veranstaltung auf dem Land

**Walzbachtal/Bretten.** Am 25.2., zum Jahrestag des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, veranstaltete das Komitee gegen den § 218 in dem kleinen Ort Walzbachtal eine Podiumsdiskussion zum § 218. Von den etwa 30 Teilnehmern wurde mit großer Mehrheit eine Resolution verabschiedet, in der es heißt: „Das Volk wird den § 218 in alter und neuer Form nicht hinnehmen! Ersatzlose Streichung! Volksentscheid!" Die Veranstaltung war sehr erfolgreich, eine Frau, die vorher noch für den § 218 eingetreten war, unterschrieb zum Beispiel nach der Veranstaltung die Komitee-Forderungen. Die Landtagskandidaten von SPD und FDP waren nicht erschienen. Ein Vertreter der Jusos meinte: „Das können die sich doch im Wahlkampf nicht leisten." Daß der Kampf gegen den § 218 auch in den ländlichen Gebieten Fuß faßt, zeigt die Tatsache, daß in kurzer Zeit dreihundert Unterschriften für die Komiteeforderungen gesammelt werden konnten.

*IG Chemie Frauenausschuß Köln fordert erneut:*

## Ersatzlose Streichung des § 218 !

**Köln.** Nach der Verabschiedung des verschärften § 218 im Bundestag hat der Frauenausschuß der IG Chemie, Verwaltungsstelle Köln, erneut die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 erhoben. Schon im Oktober 1975 hatte der Ausschuß auf der Bezirksfrauenkonferenz der IG-Chemie in Oberhausen eine Resolution für die Streichung des § 218 eingebracht, die von der Frauenhauptversammlung der IG Chemie in Köln unterstützt worden war. Die Bezirkskonferenz stimmte der Resolution mit großer Mehrheit zu. Der Versuch von Liesel Winkelsträter, Mitglied des Bundesfrauenausschusses der IG Chemie, die Konferenz für den SPD/FDP-Entwurf zu gewinnen, wurde entschieden zurückgewiesen. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Faust in der Tasche zu ballen und dem reaktionären Gesetzesentwurf der Regierungskoalition Beifall zu spenden, darin sahen die Gewerkschafterinnen nicht ihre Aufgabe. Die Resolution wurde auf die Bundesfrauenkonferenz in Mainz weitergeleitet. Dort empfahl die Antragskommission die Ablehnung der Kölner Resolution und die Annahme einer Resolution, die die Parlamentarier aufforderte, den Regierungsentwurf „möglichst schnell und ohne Abstriche zu verabschieden". Obwohl die beiden Kölner Delegierten und die Delegierten aus dem Bezirk Nordmark darlegten, daß die Annahme dieser Resolution den Forderungen der Werktätigen vollständig entgegengesetzt sei, daß sie nichts anderes als Zustimmung zur Bevormundung und Schikanierung durch den Staat bedeute, wurde die Resolution für den Regierungsentwurf von der Konferenz verabschiedet.

Wenn die Sozialdemokraten im Bundesausschuß geglaubt haben, mit diesem Beschluß die Frage des § 218 in der IG Chemie erledigt zu haben, so war das ein Irrtum.

Den Mitgliedern des Kölner Frauenausschusses war klar, daß die Begrüßung des Regierungsentwurfes nichts anderes bedeutete, als den Rücken krumm zu machen gegenüber den Angriffen der Reaktion, und daß das nicht hingenommen werden kann. Nach der Verabschiedung des neuen § 218 berieten sie, wie weiter vorgegangen werden kann. Als die Gewerkschaftssekretärin Ilse Mademann vom Bezirksfrauenausschuß Nordrhein den Kölnern vorwarf, sie würden statt des Machbaren, statt jede „kleine Erleichterung für die in Not geratenen Frauen" zu begrüßen, das „Utopische" fordern, wurde ihr nachgewiesen, daß das am 12.2. verabschiedete Gesetz keinerlei Fortschritt oder Erleichterung enthält, sondern die Unterdrückung nur noch verschärft. Ilse Mademann meinte darauf, die ersatzlose Streichung sei eben im Moment nicht durchzusetzen. Im Herzen sei sie ja auch dafür, aber als erfahrene Taktikerin sei sie der Ansicht, daß man diese Forderung im Moment nicht öffentlich vertreten dürfe. Eine schöne Taktik, wo man seine gerechten Forderungen „im Herzen" behält und die Reaktion dann machen läßt.

Das ist die Taktik, die Gewerkschaft zur Hilfstruppe für die Sozialdemokraten in der Regierung zu machen. Das ist nicht die Taktik, die sich von den Interessen der Lohnabhängigen leiten läßt. Wenn die Gegner des § 218 heute noch nicht stark genug sind, den § 218 zu Fall zu bringen, dann kommt es darauf an, den Zusammenschluß für die gerechte Forderung nach der ersatzlosen Streichung des Strafparagrafen 218 voranzubringen, und das vor allem in den Gewerkschaften, wurde der Ilse Mademann entgegengehalten. Der Kölner Frauenausschuß beschloß, zur Delegiertenhauptversammlung der Verwaltungsstelle am 13. März eine Resolution einzubringen, in der es heißt:

„Wir protestieren gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und das neue Gesetz, das am 12.2. zum § 218 im Bundestag verabschiedet wurde. Wir fordern die ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch." In der Begründung heißt es unter anderem:

„Die Aufrechterhaltung des § 218 widerspricht den Interessen der Lohnabhängigen . . . Wenn die Kräfte, die in dieser Frage den Fortschritt wollen, noch nicht stark genug sind, so müssen gerade wir dafür sorgen, daß sie stark genug werden und wir müssen nach wie vor alles daran setzen, den § 218 zu Fall zu bringen." – (u., Komitee gegen den § 218, Köln)

„Welt der Arbeit" zum § 218

## Den Kampf gegen das Strafgesetz aufgegeben

Die Wochenzeitung des DGB „Welt der Arbeit" hat in der Nr. 8 vom 20. Februar in einem winzigen Artikel zu dem neuen § 218 Stellung genommen. Das Gesetz könne „nicht besonders befriedigen". Daran seien die Richter in Karlsruhe schuld. Soweit nichts Neues. Nun das Folgende. Da heißt es: „Wenn die vielen Initiativen gegen den Paragraphen 218 jetzt nicht versagen, wird es schon bald für jede Schwangere, die ihr Kind nicht austragen kann, Hilfen geben. Für diese Frauen- und Bürgeraktionen leitet sich aus ihrem Engagement gegen den Paragraphen 218 jetzt die Verpflichtung ab, Frauen die Scheu vor der Beratungs- und Begutachterprozedur zu nehmen. Und mehr noch: Sie werden die Adressen von seriösen Ärzten sammeln müssen, die zu legalen Abtreibungen bereit sind. Wenn die privaten Initiativen überall im Land ihre Aufgabe so verstehen, dann wird der Paragraph 218 schon bald kein Thema mehr sein."

Tatsächlich ist der erste Gedanke bei den Volksmassen angesichts des Strafgesetzes 218 ohnehin, wie man es unterlaufen oder umgehen kann. Und millionenfach wird das auch mit dem neuen Gesetz geschehen, weil im Einzelfall kein anderer Ausweg bleibt.

Aber der Widerstand gegen das Gesetz ist längst schon weiter entwikkelt. Es handelt sich bei den Gegnern des § 218 keineswegs um „private Initiativen", sondern um öffentliche, die gegen ein staatliches Strafgesetz sich gebildet haben. Wer ihnen einreden will, sich auf private Hilfe einzuschränken und den politischen Kampf gegen das Gesetz aufzugeben, der erleichtert in Wahrheit den Polizeigriff auf jede Frau, die eine Abtreibung durchführen lassen will, auf jeden, der ihr dabei hilft, und auf den Arzt, der sie durchführt.

Das Frankfurter Frauenzentrum hat sich inzwischen auf die von der „Welt der Arbeit" empfohlene Linie schon begeben. Es hat verlauten lassen, es wolle die Möglichkeit, „die die soziale Indikation zuläßt, voll ausschöpfen" und suche Ärzte, die „nach Prüfung der Anforderung an eine soziale Indikation" „bereit seien", „die gewünschte Bescheinigung auszustellen". Die bürgerliche Presse war angetan von dem Zurückweichen: Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" und die „Frankfurter Rundschau" widmeten dem Frankfurter Frauenzentrum einen eigenen Artikel.

Die „Welt der Arbeit" weiß, daß sie das vorliegende Strafgesetz 218 in den Gewerkschaften nicht verkaufen kann. Also muß es erstrebt werden, daß das Gesetz, das die sauberen SPD-Brüder in der Regierung verbrochen haben, bald „kein Thema mehr" ist.

Es wird ein Thema bleiben. Der Widerstand dagegen hat fest in den Gewerkschaften Fuß gefaßt. Es ist eine Einbildung zu glauben, mit diesem Polizeigesetz könne man sich einrichten.

## Aktionen gegen den § 218

Über Demonstrationen und Kundgebungen am 21. Februar gegen den § 218 sind bei der Redaktion inzwischen aus weiteren Städten Meldungen eingegangen. Wir setzen im folgenden die Übersicht über die Teilnehmerzahlen der Demonstrationen und Kundgebungen (Zahl in Klammern) fort:

Achim 12, Bensberg (12), Böblingen 20 (40), Flensburg 20 (35), Gummersbach 50, Kamen (10), Konstanz 50 (180), Ludwigshafen (6), Mölheim/Ruhr (35), Neuss (15), Nordenham 15, Nürnberg (20), Oldenburg 100, Osterholz-Scharmbeck (10), Pinneberg (50), Pirmasens (50), Preetz (20), Saarbrücken (6), Speyer (20), Uelzen 20 (60), Verden 45, Worms 30 (Korrektur!).

*Wyhl:*

## Eine Niederlage für die Landesregierung

**Wyhl.** Am letzten Freitag, auf dem Delegiertentreffen der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen, stimmten 8 Delegierte gegen das Verhandlungspapier, 34 Vertreter der Bürgerinitiativen stimmten gegen das Papier in seiner jetzigen Fassung und verlangten Änderungen und 3 Bürgerinitiativen stimmten der Vereinbarung zu.

Auch wenn sich damit ein klares Nein nicht durchsetzen konnte, ist die Abstimmung eine Niederlage für die Landesregierung. Das wird deutlich, wenn man sich die verlangten Änderungen anschaut. In Punkt 6 der Vereinbarung sollte der Landesregierung zugestanden werden, daß sie bauen kann, wenn **ihre** Bedenken ausgeräumt sind. In der geforderten Änderung heißt es jetzt, daß nur gebaut werden kann, wenn die Bedenken der Bevölkerung und der Bürgerinitiativen ausgeräumt sind. Das ist schon schmerzlich für die Reaktionäre und ungeheuerlich, wenn sich das Volk solche Rechte herausnimmt und kein Vertrauen in die Regierung setzt.

Weiter wird die Änderung des Punktes 7 gefordert, wo die Bürgerinitiativen darauf festgelegt werden sollen, in Zukunft „gesetzwidrige Handlungen, ihre Unterstützung gegen Landesregierung und Kernkraftwerk Süd" abzulehnen. Da soll es jetzt heißen: „Die Bürgerinitiativen bekennen sich wie bisher zur Gewaltlosigkeit und dem Prinzip, Konflikte auf dem Boden des Rechts auszutragen." Diese Formulierung läßt vieles offen. Da gibt es einige Interpreten, die aus dem Boden des Rechts gleich den Boden des „Rechtsstaates" machen. Die Landesregierung erklärt klar, wie schmerzlich für sie diese Formulierung trotzdem ist. Was sie stört, ist das „bisher", weil damit die Bauplatzbesetzung gemeint ist, und der „Boden des Rechts", weil sie weiß, daß das Volk unter Recht etwas anderes versteht als das Recht der Geldsäcke. Sie äußert: Die von der Mehrheit der Bürgerinitiativen vorgeschlagene Neufassung des Abschnitts „Gewaltlosigkeit" könnte für die Kernkraftgegner alle bürgerlichen Gesetze praktisch abschaffen. Abschaffen, so weit ist es zwar noch nicht, aber klar wird, daß die Rechte des Volkes völlig entgegengesetzt sind den Gesetzen des bürgerlichen Staates. Daher auch die Angst der Landesregierung, das Volk wird das, was gegen seine Interessen ist, letztlich auch abschaffen.

Weiter verlangen die Bürgerinitiativen, daß nicht mit der Landesregierung der Vertrag geschlossen wird, sondern mit dem Land Baden-Württemberg, damit er auch nach den Wahlen gültig ist. Das wird zwar nichts daran ändern, daß nur die Kraft der Kaiserstühler das Kernkraftwerk verhindern wird. Aber die Landesregierung ist erschüttert über diese Forderung. „Staatsverträge können nur zwischen Staaten und staatlichen Einrichtungen geschlossen werden, aber nie zwischen ‚staatlich und privat' ", heißt es. (Badische Zeitung, 2. März)

### Rückschritt für wen?

Während die bürgerlichen Zeitungsfritzen anfangs noch davon ausgingen, daß man für diese Forderung nur den Briefkopf der Vereinbarung ändern müsse, haben sie jetzt umgestellt auf Weltuntergangsstimmung. So schreibt einer: „Bürgerinitiativen bringen ins ausbalancierte Spiel Verwirrung und Rückschritt, weil sie letztlich wieder das Recht des Stärkeren geltend machen wollen." (Badische Zeitung, 28/29. Februar)

Mit dem Stärkeren meint er die Interessen der Mehrheit des Volkes. Er meint, das ist Rückschritt. Allerdings, für eine kleine Schar von Ausbeutern ist letztlich ihre Entmachtung Rückschritt, oder umgekehrt, wenn das Volk seine Interessen zu den herrschenden macht und die Produktion nach dem Willen und den Interessen der großen Mehrheit betreibt, ist das für sie Rückschritt.

Weil der Redakteur so treu schreibt, was der Herr Zeitungsbesitzer will, ist es auch für solche Redakteure Rückschritt, weil er dann so einen Mist nicht mehr schreiben könnte und einer körperlichen Arbeit zugeführt würde, dann, wenn sich die Stärkeren, die Mehrheit des Volkes, durchsetzen.

Man kann feststellen, die Landesregierung und das sie versammelte Lumpenpack wissen so langsam weder vor noch zurück. Erst reiben sie sich die Hände über die Vereinbarung und machen einen Schnaufer, schon kommt der nächste Schlag. Und das, obwohl die letzte Woche eine der intrigenreichsten seit langem war.

### Fehlgeschlagene Intrigen

Nach der großen Kundgebung in Wyhl erkundigte sich Kistner vom Wirtschaftsministerium beim Pfarrer Richter aus Weisweil, was denn zu tun sei, daß das Verhandlungsergebnis doch noch angenommen wird. Die empfahlen dann die Rechtsanwälte der kleinen Verhandlungskommission. Sie sind ein bißchen verärgert, weil sich die Landesregierung nicht an sie gewandt hat. Sie machen der Landesregierung selbst einen Vorschlag, was zu tun ist, um das Ergebnis doch noch durchzubringen, und schlagen vor, Punkt 6 so zu ändern, daß nicht gebaut werden darf, bis „die Bedenken ausgeräumt sind". Dieser Vorschlag unterschied sich insoweit von der Formulierung im Verhandlungspapier, daß eben gar nicht festgelegt war, wer entscheiden sollte über den Baubeginn. Das war so großartig, daß sie dann selber nicht mehr so recht wußten, ob es so geht. Das einzig Richtige, diese Intrigen und Spaltungsmanöver zurückzuweisen und zu erklären, die Bürgerinitiativen entscheiden am Freitag und damit basta, das wollten die Rechtsanwälte aber auch nicht. Pfarrer Richter appellierte am Freitag vor der Abstimmung noch einmal, sich nicht unbedingt an die Abstimmung im Dorf zu halten, sondern das Gewissen entscheiden zu lassen für ein Ja zur Vereinbarung. Das ist auf große Empörung gestoßen. Die Landesregierung ist mit ihrer Intrige nicht durchgekommen. Jetzt erklärt sie, sie werde nicht mehr verhandeln. Da schnüffeln die SPD und ihr Vorsitzender Eppler Morgenluft. Die SPD werde diese Woche noch einen Vorschlag machen zur Lösung des Kernkraftwerkstreits. (Badische Zeitung, 2. März) Während die Landesregierung erklärt, sie werde nicht mehr verhandeln, erklärt die SPD, sie würde, wenn sie dran wäre, noch einmal verhandeln. Es spricht nichts dafür, im angekündigten Vorschlag der SPD mehr zu sehen als ein Wahlmanöver und einen Aufruf, den Kampf gegen das Kernkraftwerk in die Hände der SPD zu legen.

Das wäre schön, wird sich Eppler sagen, weil genau das notwendig ist, um das Energieprogramm der Bundesregierung durchzusetzen. Man sieht, es braut sich viel Reaktionäres gegen den Widerstand der Kaiserstühler zusammen. Die Bewegung gegen das Kernkraftwerk in Wyhl hat die Manövrierfähigkeit der Landesregierung ein Stück weiter zugedreht, und die Haltung der bürgerlichen Parteien und der Kernkraftwerk Süd wird deutlich machen, daß man weiter drehen muß zu dem Ziel: Kein Kernkraftwerk in Wyhl! Bei der Wahlveranstaltung von Filbinger und Kohl in Freiburg wird man das tun. – (r., Emmendingen)




**Westberlin.** Gegen Fahrpreiserhöhungen bei der BVG demonstrierten am Montag erneut 1 200 Menschen. Aufgerufen hatte die Ortsgruppe des KBW und die Rote Hilfe. Auf einer vorbereitenden Veranstaltung am Samstag hatten 800 Menschen teilgenommen. Schon am 25. Februar hatten 2 500 gegen die Ausplünderungsbeschlüsse des Senats demonstriert und ihre Rücknahme gefordert. Zu dieser Demonstration (unser Bild) hatten der KBW und die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) gemeinsam aufgerufen. Auch der Landesschülerausschuß hatte mit aufgerufen, aber die Aktion vorzeitig verlassen, bevor die Polizei die Demonstration massiv angriff. Es ist dann nicht mehr gelungen, die Aktionseinheit gegen die Fahrpreiserhöhungen, die auch von der Ortsgruppe zu spät vorbereitet worden war, zu erweitern. Die Senatsbeschlüsse konnten noch nicht mehr zu Fall gebracht werden.

*Mensa- und Mietboykotts:*

# Die Antwort der Studenten auf die staatliche Ausplünderei

**In fast allen Bundesländern sind die Landesregierungen im letzten Semester daran gegangen, mit Hilfe der von ihnen kontrollierten Studentenwerke die Studenten auszuplündern über die Erhöhung der Preise für das Mensaessen. über erhöhte Wohnheimmieten.**

Ursprünglich waren die Studentenwerke als Selbsthilfeorganisationen der Studenten und Professoren einst geschaffen worden, um mit ihnen die sozialen Belange der Studenten, hauptsächlich Mensaessen und Wohnheime, zu regeln. Das war in einer Zeit, wo sich der Gegensatz der Masse der Studenten zur bürgerlichen Klasse und ihrem Staat noch nicht herausgebildet hatte. Die Studentenwerke, die als eingetragene Vereine organisiert wurden, wurden daher finanziell vom Staat unterstützt, ohne daß dieser die volle Kontrolle über diese Studentenwerke verlangte.

## „Studentenwerksgesetze": Gesetze zur Verschärfung der staatlichen Gängelung

Daß die Studenten in den Studentenwerken ihre politischen und sozialen Interessen zur Geltung bringen konnte, wurde der Bourgeoisie, den bürgerlichen Politikern zum Ärgernis, als die Studenten zunehmend begannen, sich von der Knebelung durch die bürgerliche Eigentumsideologie zu lösen, und die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes und der Völker der Dritten Welt breit unter ihnen debattiert und propagiert wurden.

Politisch erwiesen sich die Studentenwerke als eingetragene Vereine für die Bourgeoisie jetzt als Hindernis, die Studenten auch über die Sozialeinrichtungen zu kontrollieren, und als Hindernis bei dem Versuch, den Studenten das Geld aus der Tasche zu ziehen. Nichts lag für die Bourgeoisie näher, als die Sozialeinrichtungen nach Art der staatlichen Sozialhilfeämter zu organisieren. Wo nur der Staat das Sagen hat, die Betroffenen sich jeder Schikane beugen müssen und jede ihrer kane beugen müssen und jede ihrer Regungen kontrolliert werden kann.

In den meisten Bundesländern wurden daraufhin in den letzten Jahren „Studentenwerksgesetze" verabschiedet, deren Inhalt man kurz so umschreiben kann: Die Studentenwerke als eingetragene Vereine sind aufgelöst, ab jetzt verfügt und kontrolliert der Staat die studentischen Sozialeinrichtungen, legt fest, welche Leistungen erbracht werden, zu welchen Preisen, und bestimmt die Verkehrsformen, die in den studentischen Sozialeinrichtungen zu herrschen haben.

Im baden-Württembergischen Studentenwerksgesetz z.B. wird festgehalten, daß der Kultusminister als absoluter Fürst über die studentischen Sozialeinrichtungen befiehlt: „ . . . Das Kultusministerium kann im Rahmen seiner Aufsicht Beschlüsse und Maßnahmen beanstanden und ihre Aufhebung verlangen . . . Kommt ein Studentenwerk dem Verlangen nicht binnen einer ihm gesetzten Frist nach, so kann das Kultusministerium die beanstandeten Beschlüsse und Maßnahmen selbst aufheben und ändern und die erforderlichen Anordnungen oder Maßnahmen treffen . . ."

Durch die neuen Studentenwerksgesetze wurde die Finanzbourgeoisie und ihr Staat zum Kontrolleur der studentischen Sozialeinrichtungen gemacht. Im Beirat des Studentenwerks des Landes Niedersachsen trifft man z.B. so illustre Gestalten wie den Generalstaatsanwalt Mützelburg, die Freifrau von Knigge, den hannoverschen Stadtschulrat. Im Verwaltungsrat des Studentenwerkes Braunschweig z.B. sitzt ein Bankdirektor.

## Verschärfte Kontrolle – verschärfte Ausplünderung

Die gesetzliche Liquidierung der Studentenwerke als eingetragener Vereine und ihre Übernahme durch den Staat wirkte sich für die Studenten unmittelbar in verschärfter Kontrolle und Disziplinierung und in verschärfter Preistreiberei aus.

Nachdem sich der Staat nun das Recht zur Verwaltung der studentischen Sozialeinrichtungen angeeignet hatte, ging er auch sofort daran, die Sozialeinrichtungen in Instrumente der Kontrolle und Unterdrückung zu verwandeln, das Ordnungs- und Hausrecht konnte nun auch in Wohnheimen und Mensen angewandt werden. Noch bevor das Studentenwerksgesetz in Baden-Württemberg verabschiedet worden war, wurde es durch die Landesregierung bereits praktiziert. Der Allgemeine Studentenausschuß der Pädagogischen Hochschule Reutlingen schrieb damals: „Eine Auswirkung in der Praxis zeigt sich darin, daß Plakate, die bisher ungehindert aufgehängt werden konnten, . . . nicht mehr angeschlagen werden dürfen (Hausrecht des Rektors)." In Heidelberg wurden nach Verabschiedung des Gesetzes Büchertische in der Mensa geräumt und Ordnungsverfahren eingeleitet. In Kiel wurde der von den Studenten betriebene Mensafunk durch das Kultusministerium unter Berufung auf das Studentenwerksgesetz verboten, die Benutzung der Mensa für eine Veranstaltung über die Volksrepublik China untersagt, Studenten, die an einem Streik teilgenommen hatten, das BAFöG gestrichen.

Zur verschärften Kontrolle und Unterdrückung gesellte sich die verschärfte Ausplünderung durch die staatlich kontrollierten Sozialeinrichtungen. In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen wurden im letzten Semester die Mensapreise erhöht, anderen Universitäten stehen Preiserhöhungen für das kommende Semester ins Haus: so an der Sporthochschule Köln oder an der Fachhochschule für Technik in Mannheim, wo eine Vollversammlung den Beschluß für einen Mensaboykott Anfang des Semesters bereits faßte.

Ähnliche Preiserhöhungen wurden im Bereich der studentischen Wohnheime vorgenommen. In Baden-Württemberg wirkt sich die staatliche Kontrolle über die studentischen Sozialeinrichtungen dahingehend aus, daß die Landesregierung die studentischen Wohnheime am liebsten ganz liquidieren möchte. Im Nachtragshaushalt 1976 formuliert sie in nicht zu überbietender Klarheit: „Angesichts der günstigeren Wohnungsmarktlage und der Unrentabilität von Studentenwohnheimen will das Land auf ein neues Bauprogramm verzichten."

So verfolgen die Landesregierungen

So verfolgen die Landesregierungen mit den studentischen Sozialeinrichtungen eine Politik der kasernenmäßigen Disziplinierung der Studenten bei gleichzeitiger Verschlechterung der sozialen Leistungen.

Auch auf die Lohnabhängigen in den studentischen Sozialeinrichtungen bleibt diese reaktionäre Politik der Landesregierungen nicht ohne Auswirkung. Auch sie werden diszipliniert und verschärften Arbeitsbedingungen unterworfen, und wo immer es geht werden Arbeitsplätze wegrationalisiert. In einem Bericht aus Mainz zu einer Demonstration gegen die Verteuerung der Mensapreise, an der über 1 000 Studenten teilnahmen, heißt es: „Daran teil nahmen ebenfalls die Mensaangestellten, vorwiegend Ausländerinnen in weißer Arbeitskleidung mit Häubchen als Block vorweg, um gegen die drohende Entlassung zu demonstrieren. Weiterhin beteiligten sich an dieser Demonstration Angestellte der BAFöG-Stelle, die gegen Stellenstopp und Unterbesetzung protestierten."

## Breite Mensa- und Mietboykotts

Daß sich gegenüber dieser Unterdrückungs- und Ausplünderungspolitik der studentische Protest entwickelt, ist zwingend. Denn so ist ihre Lage: Durch weitere Verschlechterungen der Ausbildungsförderung hat die Masse von ihnen heute kaum das Geld, um alle Studienkosten zu bestreiten. Jede weitere Preiserhöhung der staatlichen Sozialeinrichtungen treibt sie weiter nach unten, stellt sie immer schärfer vor die Alternative, sich entweder allen Bedingungen der Bourgeoisie zu unterwerfen, und das heißt voll als deren Propagandist und Funktionär aufzutreten, oder ihr Studium unter unerträglichen Bedingungen weiterzuführen oder gar abzubrechen. Getroffen werden von dieser Ausplünderungspolitik nicht die Studenten, die reiche Eltern haben. Aus der letzten Sozialerhebung der Bundesregierung über die Lage der Studenten weiß man z.B., daß 5 Prozent der Studenten in Restaurants u.ä. essen, während die Masse in den Mensen regelmäßig oder häufiger ißt. Man kann sich auch leicht denken, um welche 5 Prozent es sich hierbei handelt.

Mietzahlungs- und Mensaboykotts im letzten Semester, bestehende Beschlüsse zur Fortführung dieser Boykotts im nächsten Semester machen deutlich, daß die Masse der Studenten den Weg gewählt hat, diesem Druck der Bourgeoisie nicht nachzugeben. Im Februar fand ein zentraler Mensaboykottag in Baden-Württemberg statt. In Worms, wo bis zu Semesterende eine Notmensa eingerichtet war, wurde diese von über 60 Prozent der Mensabesucher unterstützt. In der Mensa in Mainz wurden, während eine Notmensa von den Studenten eingerichtet worden war, statt üblicherweise 5 000 nur noch 500 Essen ausgegeben. An einem Mietstreik in hannoverschen Studentenwohnheimen, der seit über einem Jahr läuft, beteiligen sich immer noch 674 Studenten, davon im größten Wohnheimsilo mit über 500 Studenten noch 78 Prozent. In Aachen, wo ein Notvorstand des Studentenwerks e.V., in welchem der Staat das Sagen hat, 1972 eine Mieterhöhung von 95 auf 115 Mark verfügte, läuft seit jetzt vier Jahren ungebrochen der Mietstreik der Studenten. Die durchschnittliche Streikbeteiligung beläuft sich hier auf 85 bis 90 Prozent.

Auf den Zwang ihrer Lage reagieren die Studenten völlig gerechtfertigt, indem sie gegenüber diesen staatlichen Preistreibereien wie die Bevölkerung gegenüber Fahrpreiserhöhungen in den Städten fordern: Keine Preiserhöhungen. Und auf dieser Linie entwikkelt sich der Widerstand.

Als schlechte Vertreter dieser Forderung der Studenten haben sich oftmals die Reformisten und Revisionisten in diesen Kämpfen der Studenten erwiesen. In Braunschweig faßte die studentische Vollversammlung den Beschluß zu einem Mensaboykott. Organisierte reaktionäre Studenten traten offen gegen diesen Beschluß auf, besorgten sich mehrmals Essen in der Mensa, um dort die Essensausgaben in die Höhe zu treiben. Der Juso/MSB-AStA, statt sich darum zu kümmern, wie der Vollversammlungsbeschluß durchgesetzt werden kann, rief per Megaphon dazu auf, die Reaktionäre Megaphon dazu auf, die Reaktionäre essen zu lassen. Auf Initiative des Kommunistischen Studentenbundes bildeten die Studenten aber Ketten und verhinderten dies. Daß man einen Vollversammlungsbeschluß in die Tat umsetzt und dazu auch Ketten bildet, das hält dieser AStA jetzt für ungerechtfertigt. Bei dem Mietstreik in Hannover, wo es um eine Mieterhöhung von 100 auf 125 Mark geht, schlug ein Juso, Vertreter der Studenten im Vorstand des Studentenwerks, vor, man solle der Landesregierung vorschlagen, die Mietschuld, die durch den Mietboykott entstanden sei, in ein Darlehen umzuwandeln, das die Studenten nach Abschluß ihres Studiums zurückzahlen. Hinter diesen Vorschlägen verbirgt sich der kleinmütige Gedanke, daß die Studenten letztlich doch dem bürgerlichen Staat unterworfen sind, woran man nichts ändern könne.

## Das Recht auf Selbstverwaltung behaupten

Vollständig zu Recht organisieren die Studentenmassen den Widerstand die Studentenmassen den Widerstand gegen die Politik, die die bürgerliche Staatsmacht mit den Studentenwerken betreibt, nachdem sie deren Kontrolle usurpiert hat. Die Erfahrungen der Studenten in diesem Kampf sind eindeutig: Für die Kultusministerien und Hochschulbehörden sind die studentischen Sozialeinrichtungen ein weiteres Mittel zur Verschärfung der Abhängigkeit, Disziplinierung und Gängelung der Masse der Studenten, die auf dieseEinrichtungen angewiesen sind. Gleichzeitig wachsen von Semester zu Semester die Beträge, die die Studenten aufbringen müssen für die Benutzung dieser Einrichtungen und mit denen die bürgerliche Staatsmacht die Aufblähung des bürokratischen Zwangsapparates finanziert, mit dem sie die Masse der Studenten an den Hochschulen unterdrückt und schikaniert.

Dieser Politik der Staatsmacht ist das Interesse der Studentenmassen geradewegs entgegengesetzt. Im Kampf geen diese Politik behaupten sie das Recht auf Selbstverwaltung und staatliche Finanzierung ihrer Sozialeinrich- liche Finanzierung ihrer Sozialeinrich- tunge. Im vergangenen Semester hat sich dieser Kampf schwungvoll entwikkelt. Die Rechnung der Kultusbehörden geht nicht auf: Gegenüber der Verschärfung der materiellen Abhängigkeit und politischen Entrechtung, die die bürgerliche Staatsmacht mittels der Kontrolle über die studentischen Sozialeinrichtungen betreibt, beginnt sich die Masse der Studenten zusammenzuschließen und den Kampf für Selbstverwaltung und staatliche Finanzierung der Sozialeinrichtungen zu führen als Bestandteil des Kampfes für ihre unverzichtbaren Rechte gegenüber dem bürgerlichen Staat. – (Red.)

S P E I S E K A R T E

Die Landesregierung empfiehlt:

A la carte ( Kohl )

Vorspeise: Soupe demontage sociale

Hauptgericht: Geschnetzeltes a la Lohnraub

Sauce inflaticnaire

Nachspeise: Krümmel vom großen Kuchen

Getränke: Nur bis 5%

Den großen Schluck aus der

Pulle gibt es nicht.

Bon Apetit!

Während der Essenspreis für die Mainzer Studenten zum Jahresbeginn von 1,50 DM auf 1,70 DM erhöht wurde, wurde er für die Angestellten gleich um 50 Pfennig erhöht, wozu noch die vom Landtag beschlossene Streichung des Essensgeldzuschusses in Höhe von 1 DM kommt. Auf Initiative des Klinikpersonals wurde daraufhin gemeinsam mit den Medizinstudenten das „Casino" bestreikt. Zu dem Essensboykott der Studenten und Angestellten gab die ÖTV-Kreisverwaltung Mainz ein Flugblatt mit der oben abgebildeten Rückseite heraus.

## *‚Mehr Elastizität und Anpassungsfähigkeit'*

Einschränkungen des Hochschulzugangs seien infolge von „überlangen Studienzeiten" und „Faulheit der Studenten": Das ist eine der Behauptungen, mit denen die bürgerlichen Politiker seit langem den Bankrott des bürgerlichen Ausbildungssystems und ihrer Politik zu verstekken versuchen. Gleichzeitig beabsichtigen sie mit der Behauptung, die Studenten würden den Oberschülern die Studienplätze wegnehmen und sich ein feines Leben machen, den Kampf der Studenten gegen ihre Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat vor den Volksmassen schlecht zu machen. Jetzt wird diese Hetze durch eine Empfehlung des Wissenschaftsrates auf 143 Seiten „wissenschaftlich" untermauert und aufgewärmt.

Der „Spiegel" hat über den Kern dieser Empfehlung als „Geheimplan des Wissenschaftsrats" in dieser Woche berichtet. Dieser Kern besteht darin, den Numerus Clausus überflüssig zu machen binnen dreier Jahre, indem für die Hälfte der Studenten die jetzt durchschnittlich 6,5-jährige Studiendauer auf drei Jahre beschränkt wird. Für solche Hochschulabsolventen würde auch „ein wachsender Bedarf . . . zu verzeichnen sein". Die andere Hälfte der Studenten solle – ausgesucht nach Abiturnoten und Prüfungsergebnissen in den ersten Semestern – vier Jahre studieren. Damit von diesen Zwangsmaßnahmen auch nicht die Falschen getroffen werden, soll es den Sprößlingen der Kapitalisten und Reichen möglich sein, eine Verlängerung ihres Studiums durch eine Gebühr zu erkaufen, deren „spürbare Höhe" eine Überschreitung der Regelstudienzeiten durch die Masse der Studenten unmöglich werden läßt.

Die Rechnung, die der Wissenschaftsrat der herrschenden Klasse empfiehlt, ist leicht zu durchschauen. An die Stelle der bürokratischen Einschränkung des Hochschulzugangs durch den Numerus Clausus soll die drastische Verschärfung der Konkurrenz um Studienplätze und um die Fortsetzung der Ausbildung an der Hochschule unter den Studenten treten, gesteuert und entschieden durch die Festsetzung der Prüfungsanforderungen und der Durchfallquoten in den Kultus- und Hochschulbehörden.

Wenn die Studenten sich gegenseitig „unter angespannten und veränderten Bedingungen" und durch „härtere Konkurrenz" die Fortsetzung der Ausbildung bestreiten und vielleicht auch hinterher mit ihrer so erworbenen Ausbildung keine Arbeit finden würden, so sei dies „gesellschaftspolitisch weniger bedenklich". Es fördere im Gegenteil größere „Elastizität und Anpassungsfähigkeit" der Hochschulabsolventen. Dagegen bei „Zurückweisung von künftigen, heute bereits in der Sekundarstufe befindlichen Studienberechtigten" würden „schwerwiegende Konsequenzen eintreten".

Die bürgerlichen Politiker wissen: Unter der Masse der Oberschüler wächst Empörung und Unzufriedenheit über die Ausbildungsbedingungen, die ihnen durch die staatliche Schulaufsicht aufgezwungen werden.

An den Hochschulen ist es ihnen trotz gewaltiger Verschärfung der Reaktion nicht gelungen, die Masse der Studenten den politischen Zwecken der herrschenden Klasse zu unterwerfen. Die „Empfehlung des Wissenschaftsrates" zielt darauf, die in den nächsten zehn Jahren rund 500 000 durch den Numerus Clausus von den Hochschulen ausgeschlossenen Abiturienten einzusetzen, um die Masse der Studenten solcher Konkurrenz und Abhängigkeit von den staatlichen Zwangsmaßnahmen zu unterwerfen, daß sich die Bourgeoisie davon eine gefügige Studentenschaft verspricht. Gleichzeitig soll die Empörung und Unzufriedenheit der Oberschüler auf die Studenten gerichtet werden.

### Forderungen von Soldaten

**Homberg/Kassel.** Am 12. Februar haben die Mannschaftsdienstgrade vom Stamm der Instandsetzungs-Ausbildungskompanie 15/2 in Homberg eine Versammlung abgehalten, auf der die zwei folgenden Resolutionen verabschiedet wurden. Die erste einstimmig, die zweite wird von 11 Mann unterstützt (von insgesamt etwa 20).

1. „Da wir
- oft Wochenenddienste machen (Unteroffizier vom Dienst, Gefreiter vom Dienst, Wache),
- daran interessiert sind, so oft als möglich nach Hause zu unseren Familien, Freundinnen und Bekannten zu kommen,
- in vielen Fällen weit weg vom Heimatort stationiert sind,
- besonders in Ausbildungskompanien viele Stunden zusätzlich Dienst machen müssen (abends und sonntags),
- feststellen, daß der Dienst genauso aufrechterhalten bleibt, wenn 10 bis 15 Mann von den Ausbildern z.B. wegen Wache ausfallen, daß es also keine Schwierigkeiten geben wird beim Dienstausgleich,

fordern wir:
- Dienstausgleich für Wochenenddienste (z.B. Samstag Dienst – Sonntag und Montag frei; Sonntag Dienst – Freitag und Samstag frei),
- Ausgleich für alle Überstunden (Grundlage: 40-Stunden-Woche).“

2. „Da wir
- in der Mehrzahl Arbeiter oder Lohnabhängige sind bei der Bundeswehr,
- darauf angewiesen sind, von dem, was unsere Arbeitskraft einbringt, unseren Unterhalt zu bestreiten und unser Leben zu gestalten,
- daran interessiert sind, immer das zu erhalten, was unsere Arbeitskraft wert ist,
- bei der Bundeswehr unsere Arbeitskraft für 15 Monate zur Verfügung des Staates stellen müssen,
- feststellen, daß viele unter uns nur deswegen Zeitsoldaten sind, weil sonst das Geld nicht reicht, und
- feststellen müssen, daß Zeitsoldaten kein Kündigungsrecht haben, weshalb man sie keinesfalls durchweg als Freiwillige bezeichnen kann,

fordern wir:
- Lohnfortzahlung während der Bundeswehrzeit,
- Bezahlung von Schülern und Studenten gleich wie Zeitsoldaten,
denten gleich wie Zeitsoldaten,
- Kündigungsrecht für alle Zeitsoldaten.“

Die erste Resolution ist gerichtet an Kompanie- und Bataillonsführung, an die anderen Kompanien und an die Öffentlichkeit. Die zweite Resolution an das Verteidigungsministerium und an die Öffentlichkeit. – (Mannschaftssoldaten der Inst.Ausb.Kp. 15/2, Homberg/Kassel)

*25 Jahre Bundesgrenzschutz*

# Der Bundesgrenzschutz – eine Bürgerkriegsarmee

**Der Bundesgrenzschutz (BGS) besteht 25 Jahre. Ist er auch nicht offen im Blickfeld wie Bundeswehr und Polizei, so ist er doch eine bewaffnete Hauptstütze der Bourgeoisie. Er verdient somit die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse.**

Am 21. März 1951 wurde vom Bundestag das Bundesgrenzschutzgesetz verabschiedet. Ursprünglich eine Formation, die das Bundesgebiet gegen verbotene Grenzübertritte und „sonstige die Sicherheit der Grenzen verletzende Störungen der öffentlichen Ordnung im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von dreißig Kilometern“ zu sichern hatte (§ 2 BGS-Gesetz), ist er heute mit der reaktionären Entwicklung des bürgerlichen Staates und des Ausbaus der staatlichen Unterdrückungsmaschinerie zu einer reinen Bürgerkriegsstruppe geworden.

### Kaderschule für die Bundeswehr

Von Anfang an wies der BGS von Organisation und Bewaffnung her militärische Züge auf. Er diente u.a. der Bundeswehr beim beschleunigten Aufbau ihres Offizierskorps (67 % der Stabsoffiziere und 82 % der Dienstgrade Leutnant bis zum Hauptmann wurden 1956 in die Bundeswehr übergliedert).

1965 wurde durch den neueingefügten § 2 b des BGS-Gesetzes festgelegt, der BGS habe „mit Beginn eines bewaffneten Konflikts mit militärischen Mitteln geführte Angriffe gegen das Bundesgebiet mit der Waffe abzuwehren.“ Die 30 km-Zone wurde aufgehoben. Wehrpflichtige können zur Ableistung ihrer Wehrpflicht zum BGS herangezogen werden. Zur Zeit werden nur noch Freiwillige genommen, die sich für längere Zeit verpflichten, denn für offensichtlich volksfeindliche Aufgaben muß sich die Bourgeoisie die Leute genau aussuchen. Die Beamten des BGS sind dem Wehrgesetz und nicht dem Beamtenrecht, wie die Polizei, unterstellt.

1972 wurden per Gesetz die Aufgaben abgedeckt, die der BGS schon kurz nach seiner Gründung wahrnahm. Noch handelte es sich dabei offiziell um den Schutz des Bundespräsidenten und einiger Ministerien. Aber bereits überwachte der Bundesgrenzschutz Flughäfen. „Objektschutz“ nennt man das. Wir kommen später noch darauf zurück. 1972 bei Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen in Hannover und im April 1973 anläßlich des Thieu-Besuchs in Bonn wurde er direkt in Alarmbereitschaft versetzt.

Der SPD-Abgeordnete Konrad drückte das in einer Bundestags-Debatte am 22.6.72 so aus: „Ich möchte abschließend noch einmal betonen, daß mit dem neuen Bundesgrenzschutzgesetz vieles nur so gesetzlich geregelt wird, wie die Praxis längst, ... und zwar weitgehend zur Zufriedenheit von Bund und Ländern verfährt.“

Der BGS kann nach der Gesetzesänderung nun offiziell zur Unterstützung der Polizei der Länder verwendet werden (§ 9 BGS-Gesetz) unter folgenden Voraussetzungen: „... auf Anforderung der zuständigen Landesbehörde nach Art. 35 GG zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Fällen von besonderer Bedeutung, soweit es das Landesrecht vorsieht und die Polizei des Landes ohne die Unterstützung ihre Aufgabe nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten erfüllen könnte.“

Im Zuge der Notstandsgesetze von 1968 ist der BGS „zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes“ einsetzbar. Auch gegen den Willen eines Bundeslandes, z.B. wenn es in Arbeiterhand ist. (Man denkt da an die blutige Niederschlagung der Rätedemokratie in Bremen und München 1918/19.) Eingesetzt kann er werden, wenn die Ordnung auch nur gefährdet zu werden droht. Also jederzeit, wenn sich das Volk für seine Interessen zusammenschließt und auf die Straße geht.

### Vorbereitung auf den Einsatz gegen das Volk

Noch genügt die Polizei. Aber der BGS wird systematisch auf seine Aufgabe, den Einsatz gegen die westdeutsche Bevölkerung, vorbereitet. Er nimmt diese Aufgaben in Form von Machtdemonstrationen und Provokationen auch schon wahr. Wie das aussehen soll, legte der damalige Innenminister Genscher im Februar 1970 bei einer Kommandeurstagung des BGS in Hangelar dar: „Einsatz gegen organisierte, geschlossene Störergruppen zum Schutze lebenswichtiger Betriebe und Einrichtungen und zusätzlich Abwehr an Schwerpunkten subversiver Aktionen zum Schutze der Bevölkerung, ziviler Behörden, Betriebe, einschließlich Bandenbekämpfung.“ Klarer wird Bundesverfassungsgerichtspräsident Ernst Benda in einem Beitrag der BGS-Zeitschrift „Die Parole“ (Nr. 4, 1971): „Schließlich muß die Ausrüstung des BGS auch auf Auseinandersetzungen mit Störern eingestellt sein, die nicht mit Schußwaffen ausgestattet sind, sondern mit Pflastersteinen und Tomaten. Es muß damit gerechnet werden, daß z.B. ein Land die Unterstützung durch den BGS anfordert, wenn die eigene Polizei durch Massendemonstrationen, die unbewaffnet sind, aber unfriedlich verlaufen und vielleicht an verschiedenen Orten gleichzeitig auftreten, überfordert ist. Der Grenzschutzbeamte der Zukunft muß nicht nur in Wald und Feld, sondern auch auf dem Asphalt der Großstädte allen polizeilichen Aufgaben gerecht werden können.“ Ins gleiche Horn bläst der Grenzschutzgeneral Ettinger, Kommandeur des Grenzschutzkommandos Süd. Er hält den Einsatz des BGS bei „verfassungswidrigen Streiks“ für angebracht. Auf die Frage, was verfassungswidrige Streiks seien, antwortete er: „Politische Streiks“ (Konkret Nr. 9, 1973). Dem braucht man nichts hinzuzufügen. Diese Herren sprechen eine zu deutliche Sprache. Vorbereitet wird schon seit geraumer Zeit kräftig und zur „Abschreckung“ bereits eingesetzt.

### Übungen werden durchgeführt

1965 sperrte der BGS das Werksgelände der Caltex Raffinerien in Raunheim mit Stacheldraht ab und postierte Schützenpanzer an strategischen Punkten des Werks, um zu proben, wie man Werksanlagen „gegen aufrührerische Elemente“ schützt. Im Vogelsberg simulierte der BGS im Jahre 1971 mit über 2000 Beamten und über 300 Fahrzeugen den Bandenkampf. Ähnliche Übungen fanden z.B. im Oktober 1970 in Alsfeld mit ca. 2000 Mann und tausend Fahrzeugen und im September 1971 im Raum Lüneburg statt. Während der Vorverhandlungen in der Metalltarifrunde im Bezirk Nordbaden/Nordwürttemberg im Jahre 1971 fuhren im Raum Stuttgart während des Schichtwechsels immer wieder 20 LKW's des BGS mit vollbewaffneten BGS-Beamten vor den Werkstoren auf.

### Polizeifunktion und Sonderkommandos

Nicht zu vergessen ist, daß der BGS jederzeit Personen vorladen und „erkennungsdienstlich“ behandeln kann. Er kann durchsuchen und verhaften, Sachen beschlagnahmen, Wohnungen durchwühlen. Sondertruppen werden aus dem BGS rekrutiert, wie die Grenzschutzgruppe 9, ein 170 Mann starkes Einsatzkommando, das unter dem Vorwand der Ereignisse bei der Olympiade in München 1972 aufgestellt wurde. Diese Truppe allein hat bisher Millionen von Mark verschlungen. Personell wird der BGS verstärkt von 19500 Beamten bis 1980 auf 23000 Mann. Der Etat wurde allein zwischen 1972 und 73 um 107 Millionen Mark oder 21,7 % aufgestockt (Antimilitarismus Information Nr. 7, 1973).

Der damalige Polizeiminister Genscher erklärte 1972: „Der Bundesgrenzschutz ist eine Polizei des Bundes, und niemand wird künftig seinen polizeilichen Charakter noch in Frage stellen können.“ (Genscher in einer Debatte vom 22.6.1972). In Wirklichkeit hat sich der bürgerliche Staat eine „halb“militärische Truppe geschaffen, die er hegt und pflegt. Er kann sie einsetzen, wann und wo er will. Er braucht eine solche Truppe, ein „jederzeit abrufbares Sicherheitspotential“ (Genscher). Genscher hat weiterhin angekündigt, den BGS in die Ballungszentren der BRD zu verlegen (Frankfurter Rundschau vom 14.7.72). Die Voraussetzungen, daß wir diesen wehrmachtbehelmten Grauröcken in der Fabrik begegnen (und bestimmt sind die nicht zum Arbeiten da) sind also geschaffen. – (nr, BASF)

### Informationsveranstaltung mit einem Vertreter der Demokratischen Militärunion

**Frankfurt/M.** An einer Veranstaltung am 28.2. mit einem Vertreter der spanischen UDM, der Demokratischen Militärunion, nahmen rund 200 Personen teil. Die Veranstaltung und eine Pressekonferenz wurden durchgeführt, um die Öffentlichkeit über die Ziele der UDM zu informieren. Zur gleichen Zeit wurde in Spanien ein Pionierhauptmann festgenommen wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zur UDM. Außer ihm sitzen in verschiedenen Militärgefängnissen acht weitere Offiziere wegen der Mitgliedschaft in der UDM in Haft. Ihnen soll demnächst der Prozeß gemacht werden.

Die UDM, die 1974 gegründet wurde, tritt ein für die „volle Herstellung der Menschenrechte und aller demokratischen Rechte“ in Spanien, für „sozio-ökonomische Reformen, die zu einer gleichen Verteilung der Reichtümer führen und Anerkennung der Gesamtheit der Rechte der Arbeiter, wozu bei dem Streikrecht das Recht der Arbeiter gehört, ihre eigenen Gewerkschaften frei zu führen und zu organisieren.“

Weil diese demokratischen Forderungen im Gegensatz stehen zu Funktion und Aufgaben der spanischen Armee und zersetzend wirken hinsichtlich der Einsatzbereitschaft der Soldaten gegen das Volk, werden die UDM-Mitglieder verfolgt und vor Militärgerichte gestellt.

# Menschen schinden und schlapp machen

**Hann. Münden.** Soldaten, die vom Arzt „innendienstkrank“ geschrieben werden und z.B. wegen einer Erkältung nicht am Außendienst teilnehmen dürfen, gelten in den Augen von Vorgesetzten, besonders von Offizieren, als „Memmen“, „Feiglinge“, „Verpisser“ usw. Weil den Offizieren die Gesundheit der Soldaten gleichgültig ist, befehlen sie den Innendienstkranken häufig die Teilnahme am Außendienst und setzen sich über die Anordnung der Ärzte hinweg. Wie das Demokratische Soldaten- und Reservistenkomitee Hann. Münden (DSRK) enthüllte, ist offenbar als Folge eines solchen Vorgangs kürzlich der Soldat Lasse aus der in Münden stationierten Panzerpionierkompanie 50 gestorben. Ein weiteres Beispiel

„Folgender Vorfall in der 3. Kompanie, am Freitag, dem 29.1.76: Fähnrich Heim führte die Kompanie, die in Marschordnung vor dem Unterrichtsgebäude angetreten war, in Richtung Kompanie. Da es bei der Formale nicht so klappte, wie es sich Heim vorstellte, verständlich, da es kalt war und die Kameraden nur leicht bekleidet waren – abgesehen davon, daß sie keine Lust an dem Quatsch hatten – ließ er die Kameraden aus reiner Schikane erstmal in die Wendeplatz bis zum Wendeplatz hinter der PzPi 340 marschieren und nicht gleich auf den Antreteplatz der 3. Kompanie. Aber es kam noch dicker: Auf dem Wendeplatz gab Heim das Kommando ‚links schwenk marsch', welches aber von den Soldaten in den ersten Reihen nicht wahrgenommen werden konnte und so die Soldaten verwirrt wurden und weder wußten, ob sie nach links oder nach rechts sollen. Endlich auf dem Antreteplatz angekommen, befahl Heim ihm nochmal zum großen Ausbildungsplatz zu gehen. Als sich nun einige Kameraden meldeten und ihn darauf aufmerksam machten, daß sie innendienstkrank seien und sich nach Anordnung des Arztes nur in geschlossenen Räumen aufhalten dürfen, bzw. nur sitzende Tätigkeiten ausführen dürfen, reagierte Heim gar nicht. Kein Wunder, der Fähnrich, der für seine menschenverachtende Haltung gegenüber den Kameraden bekannt ist, beschimpft Innendienstkranke als Verpisser und schlaffe Säcke. Das gegen sich die Innendienstkranken nicht gefallen und entfernten sich einfach in Richtung Kompanie. Leutnant Rammo stauchte dafür die Kameraden noch einmal beim Antreten zusammen, obwohl die Kameraden ja nur die Weisung des Arztes ausführten. Dieser zackige Fähnrich, der kranke Kameraden beschimpft, klappte beim letzten 20 km Marsch in der Nähe von „Kaspers Baum“ fast zusammen. Einige Kameraden boten ihm Unterstützung an, er lehnte aber ab (das gehört sich anscheinend nicht für einen Fähnrich). Als er schließlich in der Kompanie ankam, lag er 5 bis 10 Minuten über der angegebenen Zeit. Heim hätte diesen Marsch eigentlich nochmal machen müssen, aber seine Freunde, die diesen Marsch bewerteten, schummelten bei der Eintragung, und, oh Wunder, der feine Fähnrich lag 5 Minuten innerhalb der vorgegebenen Zeit.“

## *Die „Gleichbehandlung“ des Prinzen Ferdinand*

**Schwanewede/Bremen.** Im Bremer Teil der „Bild“-Zeitung vom 19.2.76 kann man lesen, daß der Urenkel des von der deutschen Arbeiterklasse gestürzten Kaisers Wilhelm II., Prinz Ferdinand von Preußen, die dreiwöchige Wehrübung beim Panzer-Spähzug 320 in Schwanewede bei Bremen freiwillig durchführt. Nach Aussage eines Hauptfeldwebels, der in der „Bild“-Zeitung zitiert wird, soll der Prinz nicht anders behandelt werden wie gewöhnliche Soldaten. „Junker Preußen wird genauso behandelt wie jeder andere Soldat.“ Daß das gelogen ist, merkt man daran, daß die Zeitung diesem „Ereignis“ gleich einen großen Artikel einräumt. Aus meiner Wehrdienstzeit weiß ich, wie das mit der Gleichbehandlung aussieht.

Im Februar 1975 nämlich besuchte der Herr Prinz während einer dreiwöchigen Wehrübung – damals noch Unteroffizier – in Begleitung eines Oberleutnants die Panzerpionierkompanie 320 in Barme. Er wurde vom Kompaniechef empfangen. Panzer wurden aufgefahren und dem Herrn Prinzen vorgeführt und erklärt. Am Abend fand im Unteroffizierskeller der Kompanie noch ein Saufgelage statt. Unser Kompaniefeldwebel, den ich am Abend auf dem Flur traf, kam ins reinste Schwärmen, was für ein feiner Mensch die Kaiserliche Hoheit doch sei.

Während sich die Herren kräftig besoffen, mußte der Kraftfahrer vom Dienst bis gegen Mitternacht warten und die Herren Offiziere, besoffen wie sie waren, zurück in die Schwaneweder Lützow Kaserne fahren. Für diese glanzvollen militärischen Leistungen wurde die Kaiserliche Hoheit vom Unteroffizier zum Fahnenjunker (Offiziersanwärter) befördert. Anders wird die Wehrübung und die „Gleichbehandlung“ auch diesmal nicht aussehen, wobei auffällig ist, daß die Wehrübungen des Prinzen immer dann sind, wenn gerade keine Manöver sind, wie es bei fast allen anderen Wehrübungen der Fall ist. Da müßte er ja etwas tun und arbeiten liegt der Kaiserlichen Hoheit offensichtlich nicht. Jetzt soll er zum Fähnrich befördert werden und wie er sagt, will er Oberleutnant werden. – (Gefreiter der Reserve B., Bremen)

### 12 Tage Bau für Teilnahme an Demonstration gegen den § 218

**Mannheim.** Der Gefreite Dieterich aus dem schweren Fernmelde-Verbindungsbataillon wurde mit 12 Tagen Arrest bestraft, weil er sich am 21. Februar in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 beteiligt hatte. In der Begründung heißt es, als Abiturient wisse der Soldat genau, was er tue. Die Teilnahme in Unifom an der Demonstration sei eine vorsätzliche Übertretung des Soldatengsetzes, nachdem vor der Demonstration sogar noch in einer Kampaniebelehrung ausdrücklich darauf verwiesen worden sei. Zuvor war bereits der Stabsarzt Voigt disziplinarisch bestraft worden, weil er in Uniform an der Demonstration in Bonn gegen den § 218 teilgenommen hatte.

### Revision im Lüneburger Wehrkraftzersetzungsprozeß

**Lüneburg.** Gegen den kürzlich erfolgten Freispruch im Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen den ehemaligen Soldaten Oellerer hat die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt beim Bundesgerichtshof. Oellerer war angeklagt wegen „verfassungsfeindlichen Einwirkens auf die Bundeswehr während seiner Wehrdienstzeit 1973 in Hannover. Diesen Tatbestand der Anklage hatte in dem Prozeß die Staatsschutzkammer Lüneburg als in erwiesen angesehen, dem ehemaligen Soldaten jedoch das sogenannte Parteienprivileg zugebilligt, wonach niemand wegen der Verfolgung der Ziele einer nichtverbotenen Partei vertritt. Oellerer, der während seiner Bundeswehrzeit als Sympathisant der Gruppe Rote Fahne (KPD) auftrat, wurde damit freigesprochen. Die Absicht, die das Gericht damit verfolgt, wird jetzt deutlich mit dem Revisionsantrag. Es geht ihnen darum, den Mechanismus in Gang zu setzen, der notwendig ist, die revolutionären Organisationen zu verbieten.

*Bericht über eine Hygienekampagne in Cap Verde*

# „Für die Gesundheit sorgen bedeutet die Revolution verteidigen"

**Unter der Führung der PAIGC, der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und Cap Verde, haben die Cap Verdianischen Inseln im vergangenen Jahr ihre Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Portugal erlangt. Das Volk von Cap Verde entwickelt seitdem viele Initiativen zum Aufbau des Landes. In dem folgenden Brief wird berichtet, wie eine Aktion der Beschäftigten des Krankenhauses von Praia, der Hauptstadt von Cap Verde, gegen Durchfallerkrankungen zusammen mit Soldaten der Revolutionären Volksarmee (FARP) vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet wird.**

## „Den Kolonialismus zerstören – ein neues Bewußtsein schaffen"

Unter dieser Überschrift hat das Ministerium für Gesundheit und soziale Angelegenheiten der Republik Cap Verde am 16. Januar einen Artikel in der „Voz di Povo" (Stimme des Volkes – wöchentlich vom Informationsministerium herausgegebene Zeitung von Cap Verde) veröffentlicht. Dort wird unsere Aktion zur Verbesserung der Hygiene begründet:

„Das größte Verbrechen, das das faschistische Kolonialregime unserem Land angetan hat, hat nicht in dem Errichten von Gefängnissen, den Folterungen oder darin bestanden, daß Tausende von Menschen verhungert sind. Das Unterlassen jeglicher wirtschaftlicher Entwicklung ... ist lediglich eine der katastrophalen Seiten der kolonialen Herrschaft und Ausbeutung gewesen, aber vielleicht nicht die schlimmste von 500 Jahren westlicher Zivilisation."

„Die verhängnisvollste Folge der letzten Jahrhunderte unserer Geschichte ist die Kolonisierung des Geistes, die Durchdringung des Bewußtseins, was sich in der Art und Weise zu denken und zu handeln ausdrückt, in der unseren gemeinsamen und individuellen Interessen völlig entgegengesetzten Art und Weise zu reagieren und manchmal sogar auch zu fühlen."

Die koloniale Mentalität zu verändern, ist eine der Hauptaufgaben in der gegenwärtigen Phase der Revolution, heißt es in dem Artikel weiter.

„Das ist unbestreitbar ein fortwährender Kampf, individuell und kollektiv, ständige Arbeit; das ist eine echte Revolution, eng verbun-

beit; das ist eine echte Revolution, eng verbun-



Wohnverhältnisse auf Cap Verde

den mit dem Fortschritt im Inneren der Gesellschaft ... Dazu ist es notwendig, die Fähigkeit zur Kritik zu entwickeln. Ohne Kritik kann man nichts schaffen. Man kann sich wiederholen, weitermachen, aber nichts Neues hervorbringen. Man muß sich immer fragen: Warum? Wieso? Und für alle Fragen kritische Antworten finden ..."

Der Artikel gibt einige Beispiele aus dem Gesundheitsbereich, wo man sich fragen soll, warum dieses und jenes so und nicht anders ist. An diesen Beispielen wird deutlich, daß Krankheit nicht unabänderlich ist: wenn man sich nämlich fragt, warum, und den Grund für einen Mißstand bzw. eine Krankheit daraufhin erkennt und Abhilfe schaffen kann.

Der Artikel schließt mit der Ankündigung, daß jetzt regelmäßig Berichte und Artikel zum Gesundheitswesen erscheinen sollen, als Teil einer breiten Kampagne im Bereich des Gesundheitswesens.

Anschließend werden praktische Hinweise gegeben und erklärt: Nur abgekochtes Wasser trinken; Hände waschen vor und nach dem Essen sowie nach dem Austreten; den Müll vergraben; bei Durchfall sofort den Sanitätsposten aufsuchen, damit der Kampf gegen die (sehr zahlreichen) Durchfallerkrankungen unverzüglich aufgenommen werden kann usw.

## Vorbereitung der ersten großen Hygienekampagne in Praia, der Hauptstadt von Cap Verde, und ihren umliegenden Wohnsiedlungen

Das Gesundheitsministerium hatte die Kampagne initiiert und organisiert. Durch's Radio war die Bevölkerung auf diese Kampagne vorbereitet worden; in mehreren Sendungen wurde die Notwendigkeit einer solchen Kampagne und der Plan zu ihrer Durchführung erklärt.

Die Kampagne stand unter dem Motto „Kampf den Durchfallerkrankungen", da Durchfallerkrankungen sehr häufig vorkommen und viele Kinder an Durchfallerkrankungen sterben.

Am Sonntag, den 18. Januar, trafen sich die Teilnehmer an der Kampagne auf dem Krankenhaushof: fast alle Beschäftigten des Krankenhauses und des Ministeriums, zusammen etwa 70 Menschen, und etwa hundert Soldaten der FARP (Forças Armadas Revolucionarias de Povo – Revolutionäre Volksarmee). Als die Soldaten anrückten – wir anderen waren schon auf dem Hof versammelt – wurden sie begeistert begrüßt.

Von der Leitung des Krankenhauses waren Gruppen eingeteilt, zu denen jeweils noch etwa 10 Soldaten der FARP kamen. Das Ministerium hatte eine kleine Broschüre angefertigt, in der mit einfachen Worten und Bildern erklärt wurde, worum es ging und was jeder einzelne zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation beitragen könnte. Alle waren gespannt auf die Brauchbarkeit der Broschüre und diskutierten nach der Verteilung über die beste Art der Durchführung der Kampagne. Einige meinten, es sei besser, wenn man in die einzelnen Häuser ginge und mit den Bewohnern über die Notwendigkeit der Hygienemaßnahmen diskutieren würde. Andere schlugen vor, an mehreren Stellen in den Orten nach einer Ankündigung in den Straßen kleine Versammlungen abzuhalten, auf denen jeweils einer das Wichtigste kurz erklären sollte, um danach mit der Bevölkerung darüber zu diskutieren. Anschließend könnten sich dann alle Menschen an der Säuberung der Straßen und Plätze beteiligen.

Nach diesen Diskussionen ging es los, bepackt mit Broschüren und noch einem Informationsblatt des Ministeriums für die Teilnehmer der Kampagne sowie mit Besen und Schaufeln.

## Die Arbeit beginnt

Bei der Ankunft in „unserem" Dorf wurden wir sofort von vielen Menschen umringt, die wissen wollten, was wir vor hätten. Wir schickten die Kinder und Jugendlichen in die nächsten Straßen, um allen interessierten Menschen Bescheid zu sagen. Nach kurzer Zeit hatten sich über hundert

sagen. Nach kurzer Zeit hatten sich über hundert

Menschen versammelt. Zwei von unserer Gruppe blieben da und fingen mit den Erklärungen an, unterbrochen von vielen Zwischenfragen. Die anderen teilten sich in Gruppen zu zweit und zu dritt auf und begannen in anderen Teilen des Dorfes mit der Kampagne. Ein Jugendlicher, der vorher im Krankenhaus lag, weil er hohes Fieber und Durchfall hatte, meinte zu uns, daß wir das man früher hätten machen sollen, dann wäre er vielleicht nicht krank geworden. Er hat an der ganzen Kampagne teilgenommen.

Die Stadtteil- bzw. Dorfkomitees der PAIGC, die die Kampagne lokal vorbereitet hatten, machten einzelne Vorschläge, wie die Arbeit konkret für diesen Tag angegangen werden sollte: Raus aus den Häusern, in den Straßen mit der Säuberung anfangen und den Müll auf den umliegenden, sehr verdreckten Flächen verbrennen. Eine ganze Reihe von Menschen fing nach der Diskussion der verschiedenen Vorschläge gleich mit der Arbeit an; nach all der Zeit, die die Menschen daran gewöhnt waren, alles – Abfall, Wasser, Exkremente usw. – auf die Straße zu werfen: ein wichtiger Anfang! Andere lasen die Broschüre und sprachen darüber in kleinen Gruppen oder erklärten denen, die nicht lesen konnten, was darin stand. Die Genossen von der FARP waren inzwischen mit einigen Leuten damit beschäftigt, die größten Müllhalden durch Verbrennen zu vernichten.

Eine Diskussionsgruppe fand lebhaftes Interesse; eine Frau meinte, das alles habe doch keinen Sinn; was solle sie denn mit der Müllbeseitigung anfangen und Wasser abkochen, wenn sie nur einen ganz kleinen Spirituskocher habe und der Brennstoff noch nicht mal immer zum Essenkochen für ihre Familie – Großeltern, Eltern, drei Geschwister und 9 Kinder zusammen in zwei etwa 14 Quadratmeter großen Zimmern – ausreiche.



Kundgebung auf Cap Verde für die Unabhängigkeit

Daraus entwickelte sich eine lebhafte Diskussion; in deren Verlauf wurde klar, wer die Schuld an solchen Zuständen hat: Der Kolonialismus, der das Land jahrhundertelang ausgebeutet hat, und der für die Bevölkerung eine Existenz in äußerst kümmerlichen Verhältnissen bedeutete. Ein Vertreter des Komitees versuchte zu erklären, warum jetzt nach der Unabhängigkeit es nicht heißen kann: Jetzt ist alles besser, und nun warten wir mal schön darauf, bis es uns allen gut geht, sondern daß es nach der Unabhängigkeit erstens nur langsam besser werden kann, und zweitens nur dann, wenn alle einsehen, daß man für die Verbesserung der Lebensverhältnisse hart arbeiten muß, gemeinsam und ohne daß die Situation sofort ganz anders wird. Ein Nachbar der Frau meinte, anstatt solange zu diskutieren, solle sie lieber mit anpacken, hinterher sehe sie schon, was sich verändert habe; auf lange Sicht bedeute das zumindest Verbesserung der Überlebens-

das zumindest Verbesserung der Überlebens-

chancen ihrer Kinder: immerhin seien von ihren 12 Kindern ja drei im Kleinkindesalter gestorben. Diese Frau ließ sich diesmal nicht überzeugen, sie machte nicht mit, aber die anderen meinten: „Wartet mal ab, wenn das bei uns tatsächlich mal sauber ist, dann macht sie auch mit!"

Anschließend fuhren wir noch in eine kleine Wohnsiedlung, die uns zugeteilt war. Dort hatten wir nicht ganz so viel Resonnanz und Mithilfe der Bevölkerung. Wie uns der PAIGC-Vertreter im Dorfkomitee erzählte, arbeitet dort die Partei noch nicht so wirksam, es fehlt an Kadern. Viele, die früher in dem Dorf aktiv waren, sind heute an anderen Stellen eingesetzt, und darunter leidet die Arbeit im Dorf. Auf der Komitee-Tafel sahen wir übrigens Nachrichten über ähnliche Kampagnen in Guinea-Bissau.

Nachdem wir auch hier mit Hilfe der Bevölkerung und der FARP mit der Abfallverbrennung begonnen hatten, fuhr der ganze Trupp noch in einige andere Dörfer, um die Erfolge der jeweiligen Gruppen zu sehen. Als wir in eines der Dörfer hereinfuhren, waren die Straßen bereits sauber, wenigstens in der Hälfte des Dorfes, wie wir sahen. Irgendjemand hatte große Abfalltonnen organisiert, in die der Dreck getan wurde. Mit Lieferwagen wurde der Dreck dann nach außerhalb in eine große Grube transportiert und dort verbrannt. Die Genossen dieser Gruppe waren gerade dabei, in die einzelnen Häuser zu gehen, und die Menschen von der Notwendigkeit zu überzeugen, mit der Kampagne nicht an der Haustür haltzumachen. Wie sie uns hinterher erzählten, hatten sie unterschiedlichen Erfolg: Einige machten begeistert mit, weil sie schon verstanden hatten, worum es ging, andere waren nicht zur Mitarbeit zu bewegen und schauten sich das Ganze verständnislos an.

## Die Fortsetzung der Kampagne wird gefordert

Als wir nach 6 Stunden zum Krankenhaus zurückkamen, fuhr eine andere Gruppe nach dem Mittagessen gerade wieder los, um am Nachmittag noch weiterzumachen. Unsere Gruppe verabredete, daß jeder einen kleinen Bericht machen sollte mit seiner Kritik an der Kampagne und was er gut gefunden hätte.

Ein paar Tage später trafen wir uns noch zweimal, um den Bericht gemeinsam auf der Grundlage der einzelnen Berichte fertigzustellen. Diese Berichte sind von fast allen Gruppen gemacht worden und werden jetzt im Ministerium für die nächsten Kampagnen ausgewertet.

Wie wir schon gehört haben, sind auch an anderen Orten auf Santiago und auf anderen Inseln ähnliche Kampagnen mit Mithilfe der Bevölkerung geplant. Die PAIGC hofft, daß nach einer Phase der Mobilisierung solche Kampagnen von der Bevölkerung selber initiiert und getragen werden. Im Krankenhaus hoffen wir, daß diese Kampagne noch lange diskutiert und ihre regelmäßige Fortführung gefordert. Für viele war es das erste Mal, daß sie an einer Mobilisierungsarbeit teilgenommen haben. Einige Genossen haben uns auch erzählt, daß sie für sich persönlich viel durch diese freiwillige Arbeit gelernt hätten; das hätte z.B. auch Auswirkungen in ihrer Arbeit im Krankenhaus.

Eine Woche später hatte das Ministerium für Gesundheit und soziale Angelegenheiten für die Teilnehmer dieser Kampagne und für die Bevölkerung eine kulturelle Veranstaltung organisiert: Verschiedene Musikgruppen sangen und spielten cap verdianische Musik. Am Anfang erklärte ein Genosse: Das Problem der Identität, der gemeinsamen kulturellen Geschichte ist von dem Kolonialregime in seiner Wichtigkeit für den Kampf des Volkes um Unabhängigkeit und Freiheit durchaus richtig eingeschätzt worden: Deshalb haben sie mit mehr oder weniger Erfolg auch immer versucht, diese Identität zu zerstören oder zu verhindern mit Verboten und durch das Aufzwingen einer fremden Kultur. Den ca. 800 Zuhörern – unter ihnen auch der Generalsekretär

hörern – unter ihnen auch der Generalsekretär

der PAIGC und Präsident der Republik Cap Verde, Genosse Aristides Perreira – hatten viel Spaß an der Veranstaltung und drückten das auch lautstark aus. Besonders eine Gruppe von Frauen, die Batuk – eine besondere, cap verdianische Art von Folklore – sangen, tanzten und trommelten, hatte es den Zuhörern angetan: Erst nach mehrfachen „Zugaben" konnte die nächste Gruppe spielen.

Vor einigen Tagen hatten wir ein gutes Erlebnis: Auf der Straße sprach uns jemand aus dem Dorf an, wo wir waren, wann wir denn das nächste Mal kämen, es wäre noch viel zu tun! – (b. und chr.b., zur Zeit in Cap Verde)

## Projekt zum Aufbau eines Gesundheitswesens im Dienste des Volkes

Seit Dezember 1975 unterstützen zwei Ärzte aus dem Komitee Südliches Afrika Heidelberg den Aufbau des Gesundheitswesens im befreiten Cap Verde. Sie arbeiten im Krankenhaus in Praia und führen Konsultationen in den umliegenden Dörfern durch. Nach 500 Jahren portugiesischer Kolonialherrschaft ist die Lage im Gesundheitswesen wie in allen anderen Bereichen des Lebens der Massen katastrophal und stellt die PAIGC vor schwierige Aufgaben. Für eine Bevölkerung von 300 000 Menschen gibt es zwei kleine Krankenhäuser und einige Sanitätsposten. Es herrscht ein akuter Mangel an ausgebildeten medizinischen Kräften, Medikamenten und Geräten. Zum Aufbau des Gesundheitswesens im Dienste des Volkes, das sich auf die Initiative der Massen selber stützt, will das Komitee Südliches Afrika durch die beiden Ärzte und Bereitstellung von Medikamenten, medizinischen Geräten und Geldspenden beitragen. Besonders benötigt werden Antibiotika, Herzmittel und Kreislaufmittel, Vitaminpräparate, medizinisches Gerät, selbst wenn es für den Standard in der BRD veraltet erscheint.

Diese können über das Komitee Südliches Afrika, Postfach 103 368, 6900 Heidelberg, nach Cap Verde geschickt werden. Wir bitten um zusätzliche Geldspenden für den Transport.

Für Veranstaltungen in kleinerem und größerem Rahmen können Dia-Sätze und Informationsmaterial zur Verfügung gestellt werden.

**Spendenkonto:**
**Postscheckamt Karlsruhe**
**B. Köhn**
**Nr. 75 292 754**
**Stichwort Cap Verde**

# Wirtschaftsprogramm der Regierung Arias

Verschärfung der Repression und der Unterdrückung gegenüber den Volksmassen ist die Begleitmusik für ein Wirtschaftsprogramm der Regierung Arias, das den internationalen Monopolgesellschaften in Spanien nützt. Gefordert wurde dieses Programm besonders von den spanischen Großbanken, die im Besitz der spanischen Grund- und Geldaristokratie sowie des internationalen Finanzkapitals sind. Das Wirtschaftsprogramm, das in der vorletzten Woche mit einer elfprozentigen Abwertung der Peseta eingeleitet wurde, hat in der letzten Woche zu einem neuen Höhepunkt und zu einer entscheidenden Verbreiterung der demokratischen Massenbewegung in Spanien geführt: Zum ersten Mal verhalten sich breite Teile des Kleinbürgertums nicht mehr nur passiv in der bisher von der Arbeiterklasse durch breite Streiks geführten Auseinandersetzung mit den Fortsetzern des Franco-Regimes. Die Händler, die Kleinproduzenten, wie die Bäcker zum Beispiel, die selbständigen Transportunternehmer und selbst die Eigentümer mittelgroßer spanischer Betriebe sowie die Sparkassen lehnen die von der Regierung eingeleiteten Wirtschaftsmaßnahmen ab und beteiligen sich direkt an den Massenaktionen der Arbeiter. Damit hat sich die Klassenkampfsituation in Spanien entscheidend verändert: Die Verbreiterung und der Aufschwung der Massenbewegung hat unmittelbar dazu geführt, daß sich der Spielraum für das Regime gewaltig verkleinert hat.

## Das Wirtschaftsprogramm der Regierung Arias

Am 16. Februar wurde das neue Wirtschaftsprogramm über Radio und Fernsehen verkündet. Für die Lohnabhängigen sieht es das Verbot von Lohnerhöhungen, die über die Inflationsrate von 16,5 % hinausgehen, vor. Dann eine Reihe von demagogischen Maßnahmen wie Preiskontrollen für Grundnahrungsmittel, andererseits aber deftige Preiserhöhungen für Benzin, für öffentliche Dienste, Nahverkehr und 40 % Preissteigerung für Wein. Kontrolle der Dividenden soll erreichen, daß mehr von den immensen Profiten im Land investiert wird. Steuervergünstigungen für Export und Erleichterung für ausländische Investitionen sollen das Geschäftsklima für das Kapital, insbesondere das ausländische, verbessern.

Eingeleitet worden ist dieses Programm mit einer Abwertung der Peseta um 11 Prozent, die die EG als Bedingung für einen Kredit erpreßt hat. Diese Maßnahme zeigt zugleich am deutlichsten, wem dieses Programm nützt: Es stärkt die internationalen Monopolgesellschaften, die in Spanien über Produktionsstätten verfügen und dort für den europäischen Markt bzw. den Weltmarkt produzieren, nicht aber für die Versorgung der Volksmassen in Spanien. Es stärkt ferner die fünf großen Banken Spaniens, die mit dem internationalen Finanzkapital eng verflochten sind und an den internationalen Monopolen beteiligt sind. Die Klein- und Mittelbetriebe dagegen haben von dieser Abwertung nur Nachteile. Sie produzieren nicht für den Export, sondern ausschließlich für den nationalen Markt. Andererseits sind sie auf Rohstoffe und Teilprodukte aus dem Ausland angewiesen, die sich jetzt für sie verteuert haben. Das erklärt, warum die Klein- und Mittelbourgeoisie jetzt ebenfalls gegen die Regierung Arias zu Aktionen greift und sich gegenüber den Aktionen der Arbeiterklasse zustimmend verhält.

## „Liberalisierungskurs“ und Verschärfung der Repression

Um dieses Wirtschaftsprogramm im Interesse des internationalen Finanzkapitals durchzusetzen gegenüber den spanischen Massen, wird die Repression verstärkt

Angekündigt hat sich das bereits mit der vom Ministerpräsidenten Arias am 28. Januar gehaltenen Rede. In dieser Rede ging er präzise auf keines der in der hiesigen bürgerlichen Presse immer wieder herausgestellten Reformprojekte mehr ein. Die Einfügung der „Reformminister“ in die geschlossene Phalanx der spanischen Reaktion läßt sich deutlich erkennen an den wieder mit äußerster Brutalität durchgeführten Polizeieinsätzen. Die Polizei untersteht dem Innenminister Iribarne, der als einer der Exponenten der „Liberalisierung“ von sich reden machte. Iribarne und Areilza, der andere Exponent der „Reformer“, führen derzeit Gefechte in Presse und Fernsehen der Imperialisten: Am 26. Februar erklärte zum Beispiel Iribarne im amerikanischen Fernsehen: Die Todesstrafe für Terroristen würde beibehalten. Von den sich noch in den spanischen Gefängnissen befindlichen 550 politischen Gefangenen würden 300 noch mit ihrer Amnestie im Sommer rechnen können, während 250 in Haft bleiben und verurteilt würden. Im spanischen Fernsehen dagegen lehnte der Innenminister jede weitere Amnestie ab. Areilza seinerseits, der sich derzeit in Großbritannien aufhält, sprach in einem Interview in der „Times“ von einer schrittweisen Entlassung aller 660 politischen Häftlinge durch Gnadenakte des Königs während der Monate Juni bis August und von der Beseitigung des politischen Strafrechts überhaupt.

Die Finanzbourgeoisie Europas braucht Meldungen über „Liberalisierung in Spanien“, um Spanien in EG und NATO aufnehmen zu können, ohne daß durch diese Aufnahme ein schlechtes Licht auf diese imperialistischen Organisationen selbst fällt. Und sie wollen zugleich diese Meldungen von dem bestehenden Regime haben, weil sie dieses Regime aufnehmen wollen, das ihnen ihre ökonomischen und politischen Interessen in Spanien garantiert. Denn die Kontinuität der imperialistischen Herrschaft über Spanien wird am besten durch die Kontinuität des faschistischen Nachfolgeregimes aufrechterhalten werden. Weder soll in absehbarer Zeit das „Antiterrorismus-Gesetz“ abgeschafft werden noch soll es zu einer allgemeinen Amnestie für politisch Verfolgte unter dem Franco-Regime kommen noch sollen demokratische Rechte wie Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Demonstrationsfreiheit gewährt werden. Auch will die Regierung weder alle Parteien in Zukunft zulassen noch die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, die diese zur Bildung von Gewerkschaften brauchen.

Den angestrebten Kurs brachte der Syndikatsminister Rudolfo Martin Villa in einem Interview in der „Zeit“ auf den Begriff: Er trat dort zwar für die Bildung von „Einheitsgewerkschaften“ ein, aber eben für „Einheitsgewerkschaften“, die von oben gebildet werden sollen, die aus den bestehenden vertikalen Syndikaten hervorgehen sollen.

Die Syndikate in Spanien sind Zwangsorganisationen, denen sowohl die Arbeiter wie die Kapitalisten angehören. Der Aufbau ist hierarchisch, an der Spitze steht der Syndikatsminister. Er ist der oberste Kommandant, seinen Anordnungen haben die Mitglieder Folge zu leisten. Über diese Syndikate, die gut vergleichbar sind mit der Deutschen Arbeitsfront während des Hitlerfaschismus, hat das Franco-Regime direkt Einfluß genommen auf Löhne und Produktion. Die Regierung einschließlich der Reformer möchte diese Organisation, die eine umfassende Kontrolle und Aufsicht der Arbeiterklasse ermöglichte, so verändern, daß diese Funktion erhalten bleibt. Eine Arbeiterorganisation wird also nur unter der Voraussetzung zugelassen, daß sie eine Ordnungsfunktion im Interesse von Staat und Kapital erfüllt. Deshalb der Plan, eine Einheitsgewerkschaft von oben zu gründen, wobei die Bürokratie der derzeitigen Syndikate erhalten bleiben soll, was schließlich auf eine simple Entflechtung des derzeitigen Syndikats hinausläuft.

Die bestehenden illegalen Gewerkschaftsorganisationen, die Commissiones obreras, die sich die Arbeiterklasse geschaffen hat, sollen ausdrücklich nicht legalisiert werden.

In dieser Situation, wo sich die Klassenkampfsituation in Spanien ungeheuer verschärft, wo sich offen zeigt, daß die Regierung Arias der verlängerte Arm der internationalen Monopolgesellschaften und des spanischen und ausländischen Finanzkapitals ist, wo im ganzen Land Streiks stattfinden, wo zum Beispiel in den Industrievierteln rund um Barcelona „praktisch Rebellionen“ stattfinden, erklärte der Führer der revisionistischen Kommunistischen Partei Spaniens (PCE), daß man „Gewalt“ anwenden würde, wenn die „Reformminister“ der Regierung nicht bald Gespräche aufnähmen mit der demokratischen Opposition. Das heißt: Sie drohen mit den Massen, um einen Kompromiß mit dem Regime zu erringen. In dieser in Rom auf einer Pressekonferenz der „Demokratischen Junta“ gemachten Äußerung zeigt sich die Gefährlichkeit der Revisionisten, die noch über maßgeblichen Einfluß auf die Massenbewegung verfügen. Sie sind bereit zu einem Kompromiß mit der Regierung und bieten dafür die Unterwerfung der Massen unter die Interessen jener an, denen Iribarne, Areilza und Co. verpflichtet sind.

Die Massenbewegung hat jedoch Erfolge errungen, sie hat zum Teil Lohnerhöhungen erreicht, die Wiedereinstellung von entlassenen Kollegen durchgesetzt und die Freilassung von verhafteten Kollegen erzwungen. Vor allem aber ist sie ununterbrochen stärker geworden und gewinnt eine Kraft und Selbständigkeit, die das Regime immer mehr erschüttert. Die Erfahrungen der Massen in diesem langwierigen und hartnäckigen Kampf sind gute Voraussetzungen für die Marxisten-Leninisten, den zerstörerischen Einfluß des Revisionismus zu besiegen und die Massen auf den Weg der Revolution zu führen.



Erste Demonstration der Arbeiter in einer Stadt im Süden Spaniens.

*Vorbereitung der Wahlen in Portugal*

# Kandidaten des Volkes gegen die Parteien der Konterrevolution

Von den Revisionisten der PCP bis zur halbfaschistischen CDS haben sich die konterrevolutionären politischen Parteien in Portugal auf einen neuen Verfassungspakt mit den regierenden Offizieren geeinigt. Am 25. April soll ein Parlament gewählt werden, am 25. Juni der Staatspräsident, der gleichzeitig Vorsitzender des Revolutionsrates der Offiziere und Oberbefehlshaber der Streitkräfte sein soll. Für die nächsten vier Jahre soll der Staatspräsident das Recht haben, gegen Beschlüsse des Parlaments sein Veto einzulegen.

Im Grunde stand dieses Ergebnis schon vor drei Wochen fest. Den Parteien fiel nur schwer, durch ihre Unterschrift ihre grundsätzliche Einigkeit offen zu erklären, wo sie doch gerade im laufenden Wahlkampf zum Parlament alles tun, um sich voneinander abzugrenzen. So mußten über drei Wochen hinweg alle möglichen Lappalien zu Streitigkeiten ersten Ranges erhoben werden, damit heute jede Partei den neuen Pakt als Ergebnis eines zähen Ringens „in Verteidigung der Demokratie“ bezeichnen kann. Keine Partei allerdings hat bisher den Pakt in einer ihr zugehörigen Zeitung im Wortlaut vollständig veröffentlicht, was zeigt, daß darin von Demokratie weniger, sondern mehr vom Staat und seiner volksfeindlichen Neuordnung die Rede ist.

Die bürgerlichen Parteien haben auch allen Grund, mit Vorsicht in den Wahlkampf zu gehen. Denn es beginnt sich in Portugal seit zwei Wochen eine Bewegung im Volk auszubreiten, die immer klarer die Selbständigkeit der Volksmassen gegen die konterrevolutionären Parteien zum Ausdruck bringt.

In Braga fand am 21. Februar eine große Kundgebung gegen Faschismus und die Abwälzung der Krise auf das Volk statt. In Beja demonstrierten Tausende gegen die Entlassung eines Antifaschisten aus der dortigen Delegation des Arbeitsministeriums. Die Bauernbewegung im Küstengebiet zwischen Porto und Lissabon, wo vor allem Milch und Kartoffeln produziert werden, entfaltete in der letzten Woche und gerade gestern eine solche Wucht, daß die Regierung zurückweichen mußte.

Nachdem die Regierung ein Gesetz aufgehoben hatte, wonach nur der Staat Saatkartoffeln importieren durfte, hatten sich die Zwischenhändler und Importeure auf dieses Geschäft geworfen und überhohe Preise gefordert. Außerdem wurden die Kooperativen dieses Gebietes nicht mehr beliefert, da sie nach dem 25. April die reaktionären Häuptlinge von PPD und CDS aus ihren Verwaltungen hinausgesäubert hatten.

Die Bauern und Kooperativen haben also jetzt zur Aussaat zum großen Teil keine Saatkartoffeln mehr erhalten. Der Reihe nach erhoben sie sich in den verschiedenen Städten unter der Forderung, daß die Regierung ihnen Saatkartoffeln zum alten Preis liefern müsse. Als diese sich weigerte, wurde in der vorigen Woche die Milchzufuhr nach Lissabon kurzfristig abgeschnitten, und gestern wurden die Züge nach Lissabon von Kleinbauern aus Bombal nahe bei Lissabon angehalten und nicht weiter gelassen. Die Regierung wich sofort zurück und versprach die Kartoffeln zu liefern. Die Bauern ließen von der Besetzung aber erst ab, als die Regierung mit den Lieferungen begann. Diese Bauernbewegung entgleitet den Reaktionären zunehmend und wendet sich gegen sie.

Ebenso ist es in der Industrie zu weitreichenden Streiks gegen Entlassungen und Lohnkürzungen gekommen. Die letzte „Bandeira Vermelha“, Zentralorgan der PCP (R), schreibt in der vorigen Woche zusammenfassend: „Neu an diesen Bewegungen ist, daß das Volk auf die Straße geht, im Bewußtsein, daß es nicht mit dem Schutz fortschrittlicher Offiziere rechnen kann. Es geht vorwärts, ohne über den reaktionären Charakter von Regierung und Armee Illusionen zu haben, und mit der Bereitschaft, die Verteidigung seiner Errungenschaften in die eigene Hand zu nehmen.“

Die UDP hat in dieser Lage den Wahlkampf in einer Weise angepackt, die den Herrschenden Sorge macht. Sie hat nämlich beschlossen, in allen Distrikten große öffentliche Debatten über die Ziele des Volkes abzuhalten und auf diesen Volksversammlungen in den Dörfern, den Kooperativen und den einzelnen Fabriken das Volk aufzufordern, selber Kandidaten zu benennen, die für die Demokratische Volksunion (UDP) kandidieren sollen. Dies tut die UDP in dem Bewußtsein, daß ihr Wahlkampf dem Zusammenschluß des Volkes dienen muß, und dazu die vom Volk heute anerkannten Menschen zu Sprechern des Volkes im Wahlkampf zu machen.

Die konterrevolutionären Parteien haben als Gegenmaßnahmen beschlossen, die Fristen für die Aufstellung der Kandidaten auf eine Woche zu begrenzen. So wurde am vorigen Freitag bekannt, daß bis zum Freitag dieser Woche die Listen abgegeben sein müssen. Natürlich hatten die Regierungsparteien zuvor allesamt Kenntnis über den Termin, und es fiel ihnen nicht schwer, schon heute mit dem größten Teil der Listen in der Öffentlichkeit aufzuwarten. Da in diese Woche zusätzlich der heutige Feiertag fällt und alle Notariate zu haben, ist die Begrenzung der Frist auf eine Woche offenkundig ein Versuch, den kleinen und organisatorisch weniger kräftigen Parteien es unmöglich zu machen, in allen Distrikten Portugals Kandidaten aufzustellen.

Die UDP hat unter diesen Bedingungen auf die Durchführung einiger Versammlungen verzichten müssen. Aber ich konnte erleben, daß dennoch im Norden des Landes zahlreiche Menschen aus dem Volk als Kandidaten aufgestellt wurden, und zwar durch das Volk selber. So kandidiert in Vila Real ein fortschrittlicher Priester für die UDP, in Braga ein Arbeiter, der parteilos ist, aber ehemals der Sozialistischen Partei angehörte, u.a. auch in Osnabrück bei Karmann gearbeitet hat und dort am Streik der Portugiesen beteiligt war. Einwohnerkommissionen wurden im Norden befragt, welchen Kandidaten sie vorschlagen; in den Dörfern wurden Versammlungen abgehalten und Kandidaten von den Einwohnern gewählt.

„Es kommt uns nicht auf die Zahl der Sitze und Stimmen so sehr an als vielmehr darauf, daß das Volk sagt, wer für seine Sache auftreten soll. Wir sind keine Partei wie die bürgerlichen Parteien, wo man eingetragenes Mitglied sein muß, um zu kandidieren. Wir sind eine Front des Volkes und es kommt uns darauf an, daß das Volk selber sich gegen die Demagogie der bürgerlichen Parteien und ihren Staat zusammenschließt und selbständig eingreift“, sagte mir ein Genossen in Braga.

Die anderen Parteien halten sich an das System der Spitzenkandidaten und bieten auf, was Rang und Namen hat. Die CDS-Führung überdies traf sich in der vorigen Woche insgeheim mit den obersten Kirchenfürsten des Nordens in Braga. Auch die PPD versucht sicht des Einflusses der Kirche zu versichern, denn wie der „Expresso“ schreibt: „Die diskrete aber effiziente Überzeugungskraft dieser Institutaiton in dieser Zone des Landes ist bekannt.“

Die Reaktionäre können im Norden in der Gegend von Braga auch auf die zurückgekehrten Kapitalisten setzen. In einer anderen Zeitung hieß es, daß wenn der Textilkapitalist Manuel Goncalves es wolle, dann würde er alle seine Arbeiter dazu bringen, CDS zu wählen. Wie er das tut, ist offensichtlich. Er setzt den Arbeitern die Drohung der Arbeitslosigkeit in den Nakken und hat sie schon in der letzten Zeit zur Unterschrift unter eine Reihe von reaktionären Erklärungen erpreßt. Dies können sich die Kapitalisten überall dort rausnehmen, wo die Arbeiterklasse noch nicht organisiert ist. Dort aber, wo in Braga von Revolutionären geführte Gewerkschaften entstehen, erhebt sich die Arbeiterbewegung rasch und wird zum Mittelpunkt einer einheitlichen Front des Volkes gegen den bürgerlichen Staat.

Trotz der von der Regierung diktierten Umstände wird die UDP allerdings Kandidaten in allen Bezirken aufstellen, und diese werden nach Kräften dafür sorgen, daß die Reden der bürgerlichen Politiker mit der Realität des Lebens der Volksmassen konfrontiert werden. – (kkw, Lissabon, 2. März)

## *FNLA, MPLA und UNITA zum Tode von Ministerpräsident Tschou En-lai*

Holden Roberto, Präsident der Nationalen Front für die Befreiung Angolas, drückte in einer Botschaft an Vorsitzenden Mao Tsetung sein tiefstes Beileid zum Tod des Ministerpräsidenten Tschou En-lai aus. Es heißt darin: „Das angolanische Volk und die Nationale Front für die Befreiung Angolas werden die Selbstlosigkeit, den Geist des Opfermutes dieses hervorragenden Sohnes Chinas und seine Beiträge für die chinesische Revolution und für den Kampf der Völker der Dritten Welt niemals vergessen."

Jonas Savimbi, Präsident der Nationalen Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas (UNITA), erklärte in einem Telegram an Vorsitzenden Mao Tsetung: „Der historische Beitrag von Genossen Tschou En-lai zur Revolution Chinas, zum Kampf der unterdrückten Völker der Welt im allgemeinen und zum Kampf des unterdrückten angolanischen Volkes im besonderen ist von geschichtlicher Bedeutung. Sein Beitrag ist und bleibt eine Quelle des Ansporns für den Kampf der unterdrückten Völker gegen Imperialismus und Sozialimperialismus. Genosse Tschou En-lai war einer der größten Staatsmänner des 20. Jahrhunderts. Das unterdrückte Volk Angolas trauert in diesem Augenblick gemeinsam mit dem chinesischen Volk, mit der Partei und der Regierung Chinas über den Verlust eines großen Revolutionärs unseres Jahrhunderts. Das heroische chinesische Volk wird, das ist gewiß, wie in der Vergangenheit imstande sein, die Trauer in eine Quelle der Kraft zu verwandeln, die China stärker machen wird, auf diese Weise noch besser für den Frieden, die Unabhängigkeit und die Befreiung der Menschheit beitragend."

Lucio Lara, Sekretär des Politbüros der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA), erklärte in einem Telegramm an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas: „Im Namen des Zentralkomitees der MPLA drücke ich dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas unser tiefes Beileid zum Tod von Genossen Ministerpräsidenten Tschou En-lai aus. Er war ein großer Freund des angolanischen Volkes. Sein Tod ist für das chinesische Volk wie für alle für Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit eintretenden Völker ein schwerer Verlust." (Aus: Peking Rundschau Nr. 7/76)

### Palästina: Die Supermächte bringen nichts Gutes

Der Außenminister der Republik Yemen (Nord Yemen) Abdulla al Asnag stellte in einem kürzlichen Interview für die Zeitung „Al Ukadh", die in Saudiarabien erscheint, fest: „Die Beziehungen der Arabischen Republik Yemen mit anderen hängen von den Interessen des Yemen ab. Der Yemen gibt fremden Mächten keine Gelegenheit, eine direkte oder indirekte Intervention durchzuführen." Zum Palästina-Problem bemerkte er: „Im Effekt läuft es auf dasselbe hinaus, ob man sich auf die Vereinigten Staaten oder auf die Russen stützt. Sie bringen beide so oder so nichts Gutes für die Lösung dieses Problems, weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft." (Nach Hsinhua, 20. Februar)

### Aktionen gegen die zionistische Besetzung

Im ganzen Februar kam es der palästinensischen Presseagentur WAFA zufolge zu Kämpfen der palästinensischen Volksmassen in dem von den Zionisten besetzt gehaltenen Westufer des Jordan. In Jerusalem, Nablus, Ramallah „und ganz Judäa"
Nablus, Ramallah „und ganz Judäa"
brachen Unruhen aus. (Neue Zürcher Zeitung, 21. Februar) „Palästina, Palästina", riefen die Demonstranten. In Jerusalem zogen sie durch die Straßen aus Protest gegen das Gerichtsurteil, das Juden erlaubt, ihre Gebete in der Al Aqsa-Moschee, einer der zentralen Moscheen der Moslem, zu verrichten. Sie führten Transparente mit, auf denen sie ihre Opposition gegen die zionistische Besetzung ausdrückten und sich aussprachen für die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO als einzig legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes. In Ramallah forderten die Lehrer der Sekundarschule und in Al-Bira auch der Leiter der Schule die sofortige Beendigung der breiten Verhaftungswelle unter den palästinensischen Lehrern und Schülern, die Freilassung der Gefangenen und die Wiedereröffnung der Schulen. In Ramallah wurde der Kampf einer Schule unterstützt durch einen entschlossenen Streik der palästinensischen Arbeiter. In Nablus kam es zu heftigen Kämpfen zwischen den Demonstranten und den israelischen Soldaten, die mit aller Brutalität gegen sie vorgingen. In Jerusalem wurden zwei Palästinenser von der Polizei ermordet und 300 Schüler in einer einzigen Woche verhaftet, in Bethlehem 40 Schüler.

Yasser Arafat, Präsident des Exekutivkomitees der PLO und Oberkommandierender der Befreiungsarmee Palästinas, hat am 18. Februar in einem Aufruf an die Palästinenser auf dem Westufer des Jordan, ausgestrahlt im Radio „Die Stimme Palästinas", die heroische Haltung und die Entschlossenheit begrüßt.
die Entschlossenheit begrüßt.
Arafat erklärte: „Ihr greift die Arroganz der zionistischen Besatzer und ihre Kriegs- und Zerstörungsmaschinerie an mit unerschütterlichem Vertrauen, das sich von Tag zu Tag steigert. Ihr stellt heraus, daß diese Gebiete den Arabern gehören, jetzt und in Zukunft." (Hsinhua, 20. Februar)

### Rhodesisches Siedlerregime metzelt afrikanisches Dorf nieder

In Rhodesien verfolgt das Siedlerregime gegenüber dem Kampf der afrikanischen Bevölkerung für nationale und soziale Befreiung die gleiche Völkermordstrategie, wie sie die USA im Indochina-Krieg praktizierten. In einem Artikel am 27. Februar in der britischen Zeitung „Daily Mirror" berichtete ein junger Brite über die Ermordung von 60 Afrikanern in einem rhodesischen Dorf unweit der Grenze zu Mozambique. „Laut dem Artikel stieß der 22-jährige Tom McCarthy während seines Dienstes in den rhodesischen Streitkräften mit einer Infanterieeinheit in ein Dorf unweit des Berges Darwin vor. Nachdem 17 Guerilleros im Dorf eingetroffen seien, hätten die rhodesischen Soldaten bald aus automatischen Waffen und mit Raketen das Feuer auf die Hütten eröffnet." (Neue Zürcher Zeitung, 28. Februar) Den Soldaten sei mitgeteilt worden, daß nur Guerilleros gefangengenommen werden sollten. Aber „nach dem ersten Feuerüberfall habe man Kinder, die schon laufen konnten, erschossen und dann an ihren Beinen in eine Grube geschleift. Dort habe man sie mit Benzin übergossen. Er sei von einem rhodesischen Offizier gezwungen worden, einen verwundeten Guerilla zu erschießen. Die Soldaten seien durch das Dorf gegangen und hätten jeden erschossen, den sie gefunden hätten. Einige Kinder, die von ihren Müttern noch getragen worden seien, seien getrennt erschossen worden." (Stuttgarter Zeitung, 28. Februar)

### Der Widerstand gegen das Siedlerregime wächst

In der Region Chitenga, etwa 200 Kilometer südlich von Umtali, verwikkelten die Befreiungskämpfer die rhodesischen Truppen in heftige Kämpfe. Diese mußten zahlreiche Verluste hinnehmen. Danach fielen sie nach Mozambique ein und sengten und mordeten dort im Grenzgebiet.

In Mozambique wurden von der FRELIMO 16 rhodesische Bahnangestellte festgenommen und der Eisenbahnverkehr von Rhodesien zum Hafen von Maputu, der Hauptstadt, wurde eingestellt.

Gleichzeitig verstärkt Großbritannien seine Anstrengungen, das Siedlerregime zu einem Ausgleich mit Nkomo, dem kompromißbereiten Führer der ZAPU, zu zwingen. „Außenminister Callaghan habe in Absprache mit Washington und den europäischen Partnerländern" Smith unter Druck gesetzt, „eine rasche Lösung" anzustreben, „da der Westen kein Interesse habe ... an der Etablierung einer afrikanischen Regierung in Salisbury, die auf der politischen Linie der FRELIMO von Mozambique und der MPLA von Angola liegt". (Neue Zürcher Zeitung, 28. Februar)

## *Afrika*
# Erklärung der EG-Staaten

Der BRD-Imperialismus verstärkt seine Anstrengungen, um sich auf dem afrikanischen Kontinent festzusetzen. Das westdeutsche Monopolkapital benutzt dazu seinen Staat sowie eine eigens gegründete Gesellschaft, die „Deutsche Entwicklungsgesellschaft" (DEG). Diese ist „eine Gesellschaft, die sich am haftenden Kapital von Gemeinschaftsgründungen deutscher Unternehmen mit lokalen Partnern in der Dritten Welt beteiligt". (Welt, 18.2.) Im Vergleich zum Vorjahr hat die DEG ihr Investitionsvolumen um 53 % auf 89,5 Millionen DM gesteigert. „Das regionale Schwergewicht des Neugeschäfts lag mit 55 % der Zusagen 1975 wiederum in Afrika. Auf Lateinamerika entfielen 19, auf Asien 16 und auf die europäischen Entwicklungsländer 10 %. Die Konzentration auf Afrika ist politisch gewollt. Zum einen liegen hier 16 der 25 Ärmsten der Armen unter den Entwicklungsländern, zum andern wird der Kontinent als Rohstofflieferant immer wichtiger." (Welt) Entsprechend ist Bundeswirtschaftsminister Friderichs vor dem Afrikaverein in Bonn aufgetreten und hat die Länder Afrikas aufgefordert, „beim Ausbau ihrer Industrie mehr noch als bisher Privatinvestitionen von Unternehmen der Industrieländer einzubeziehen". (Welt, 25.2.) Allerdings soll die Ausbeutung schrankenlos sein – Friderichs warnte ausdrücklich vor einem „dirigistischen Programm der Entwicklungsländer".

Bundesaußenminister Genscher ist dafür angestellt, das Interesse des Monopolkapitals an Kapitalexport und Ausbeutung von Rohstoffen den Ländern Afrikas als Freundschaftsdienst zu verkaufen. Gegenwärtig steigert er seine Aktivitäten. Die BRD ist beunruhigt, daß die Supermacht Sowjetunion jetzt offen und gewalttätig ihren Anspruch auf Unterwerfung Afrikas angemeldet hat. In Angola hat sie bereits Truppen stationiert. Dies ist eine Tat, die sich gegenwärtig der BRD-Imperialismus nicht leisten kann, weil er dafür noch zu schwach und aufgrund seiner guten Beziehungen zu den Rassisten- und Siedlerregimes zu Recht verrufen ist. Deshalb tritt Genscher in der Pose eines Gegners der Einmischung und Freundes der Unabhängigkeit auf: „Für Genschers Afrika-Politik steht, wie aus seinen Erklärungen hervorging, die Parteinahme für die Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten im Vordergrund. Die Position des Wortführers des Antikolonialismus dürfe man auf keinen Fall der Sowjetunion und ihrem kubanischen Verbündeten überlassen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.2.)

Gegen die Einmischung der Sowjetunion ist der Chef-Unterhändler der westdeutschen Imperialisten bestimmt. Freund der Unabhängigkeit bestimmt nicht. Unter der Flagge des Antikolonialismus streiten sich hier imperialistische Mächte um Afrika. Ausschlaggebend ist die ökonomische, politische und militärische Macht.

Deshalb hat die Bundesregierung auf der letzten EG-Außenministerkonferenz eine gemeinsame Erklärung der EG-Staaten zur Afrikapolitik angestrebt und erreicht. In dieser Erklärung hat die EG-Außenministerkonferenz den afrikanischen Ländern erneut ausdrückliche Zugeständnisse machen müssen:

„Die Minister haben die grundsätzliche Haltung der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft bestätigt:
- Die Bereitschaft der Neun, die Beziehungen der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten in dem Maß aufzunehmen, wie diese es selbst wünschen, und jegliche Handlungen, von welchem Staat auch immer, zurückzuweisen, die auf die Errichtung einer Einflußzone in Afrika abzielt,
- Achtung der Unabhängigkeit aller afrikanischen Staaten und deren Recht, in Ausübung ihrer vollen Souveränität und ohne Einmischung von außen ihre nationale Politik zu bestimmen,
- Unterstützung der Maßnahmen der OAU, die afrikanische Zusammenarbeit weiter zu fördern,
- Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Bevölkerung von Rhodesien und Namibia,
- Verurteilung der Apartheid-Politik Südafrikas." (Frankfurter Rundschau, 26.2.)

Diese politischen Zugeständnisse müssen die Imperialisten machen, um ihren Fuß in Afrika behalten zu können, um die Chance auf Ausweitung ihres Einflusses zu bewahren. Denn nach wie vor ist der BRD-Imperialismus einer der wesentlichen Garanten der Existenz des Rassistenregimes in Südafrika, nach wie vor ist er maßgeblich an der Ausbeutung Namibias beteiligt und unterhält dort ein Konsulat, nach wie vor durchbricht er beständig den UNO-Boykott gegen das rhodesische Siedlerregime. Genauso Frankreich, das derzeit die Unabhängigkeit Djibouts sabotiert, entgegen seinen Zusagen vom souveränen Staat der Komoren die Insel Mayotte abgespalten hat. Die Erklärungen und die Taten der Imperialisten sind tatsächlich zwei Paar Stiefel. Darin unterscheiden sie sich von der Sowjetunion, deren Vorgehen in Angola die Erklärung verurteilt, überhaupt nicht.

Daß die EG-Staaten heute zu solchen Erklärungen gezwungen sind, zeigt jedoch die Verschärfung des Gegensatzes zwischen den imperialistischen Ländern und den Ländern der Dritten Welt. Früher sind diese Imperialisten mit Waffengewalt eingefallen, heute müssen sie erklären, daß sie Beziehungen gemäß dem Wunsch der afrikanischen Staaten aufnehmen. Früher sind sie allesamt als Kolonialherren auf den Völkern mit Stiefeln herumgetrampelt. Heute müssen sie ausdrücklich deren gerechte Forderungen nach politischer Unabhängigkeit, Souveränität und wirtschaftlicher Selbständigkeit anerkennen. Die revolutionäre Kraft der Völker und Länder der Dritten Welt sowie die Konkurrenz der beiden Supermächten zwingen die EG-Staaten zu solchen Zugeständnissen. Von diesen kommen sie ohne weiteres nicht herunter. Dafür wird der Befreiungskampf der afrikanischen Völker sorgen. – (hjh)

### Bombenangriff der US-Luftwaffe auf Kambodscha

In einer Rundfunkbotschaft gab der kambodschanische Informationsminister Hu Nim bekannt, das am Mittwoch, 25.2., drei aus Thailand kommende Flugzeuge der US-Luftwaffe Bomben auf die nordwestlich von Phnom Pneh gelegene Stadt Siem Reap abgeworfen hätten. Dabei seien 15 Personen getötet und 30 weitere verletzt worden. Wie ein Sprecher des Außenministeriums der Demokratischen Republik Vietnam ergänzend erklärte, seien Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen in Siem Reap getroffen worden. Die amerikanische Regierung streitet den Bombenangriff ab. Tatsache aber ist, daß die US-Imperialisten nach ihrer Niederlage in Kambodscha bereits mehrfach solche Provokationen gegen das vietnamesische Volk durchgeführt haben. Jetzt, wo die US-Armee gezwungen ist, sich auch aus Thailand zurückzuziehen, geht es den amerikanischen Imperialisten offenbar darum, zwischen Thailand und Kambodscha Zwietracht zu säen und Streitigkeiten anzuzetteln, um einen neuen Grund für eine erneute Einmischung und eine weiteres Verbleiben in Thailand zu schaffen. – (nach Süddeutsche Zeitung, 28.2., 2.3.)




### Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe

**Frankfurt.** Die Solidarität mit dem Kampf der ZANU hat hier tiefe Wurzeln geschlagen. Auf der Veranstaltung mit dem Genossen Mugabe sowie durch Ankündigung in der Ortsbeilage der KVZ hat die Ortsgruppe des KBW angeregt, an einem bestimmten Tag gut erhaltene Kleidungsstücke und Schuhe, vor allem auch für Jugendliche und Kinder, sowie technische Geräte wie Transistorradios, Kassettenrecorder, Fotoapparate, Armbanduhren u.a.m. abzuliefern. Ein ganzer VW-Bus mit Kleidern konnte nach Bremen abgeschickt werden, eine Reihe von technischen Geräten, darunter ein hochwertiger Weltempfänger, gingen nach Mannheim. Am selben Tag mußten wir in einem Solidaritätsfußballspiel gegen die Frankfurter Spontaneisten erneut mit 2 : 1 eine Niederlage einstecken. Die ZANU bekam aber 250 DM dabei. (Im letzten Jahr hatten wir schon 6 : 4 verloren und fast 600 DM für die ZANU gewonnen.)

Wie wir bereits in der letzten KVZ berichtet haben, ist die erste Sendung Kleider für die Lager der Kämpfer in Mozambique abgegangen. Dem Aufruf in der KVZ folgend wurden außerdem folgende Gegenstände in gutem Zustand zur Verfügung gestellt für die politische Propagandaarbeit in den Lagern:

aus Frankfurt: 3 Kofferradios, 1 Schreibmaschine, 1 Tonbandgerät, 1 Kassettenrecorder, 9 Armbanduhren, 1 Feldstecher
aus Heidelberg: 2 Armbanduhren;
aus Bremen: 1 Spiegelreflexkamera Marke Praktika;
aus Mannheim: 1 Kofferradio mit Tonbandgerät, 1 Kassettenrecorder, 1 Plattenspieler, 1 Entwicklungsset zur Entwicklung von Kleinbildfilmen;
aus Berlin: 1 alte Nähmaschine mit Pedalantrieb.

**Kontaktanschrift: W. Hischer, Friedrich-Klippert-Straße 16, 2820 Bremen-Grohn**

**ZANU-Spendenkonto Volksbank Mannheim Nr. 10 68 326**



Der Hörsaal zu Beginn der Veranstaltung in Göttingen



... beim Schlußwort der DKP

# *„Streitgespräche“ der DKP:* Die Marxisten-Leninisten können sie nutzen, um den Revisionismus zu vernichten

Seit ein paar Monaten führt die DKP landauf, landab Veranstaltungen gegen den „Maoismus“ durch, in denen sie den Revisionismus propagiert und gegen den Marxismus-Leninismus polemisiert. Das ist nicht neu. Neu ist, daß die DKP zu diesen Veranstaltungen die Ortsgruppen des KBW einlädt und ihnen anbietet, den einen oder anderen Beitrag zu halten. Die DKP nennt das Streitgespräche.

Bei den Bedingungen achtet sie sorgfältig darauf, daß sie selber die Regie in der Hand hält. Wie sie jedesmal im Verlauf der Veranstaltungen betont, soll das Streitgespräch „ihre“ Veranstaltung bleiben, in der sie die Zügel führen will. Den Ortsgruppen des KBW wird nicht die gleiche Redezeit gewährt, die sich die DKP selber vorbehält.

Die Absicht ist klar. Die DKP hat gemerkt, daß zu ihren Veranstaltungen gegen den Marxismus-Leninismus nicht sehr viele Leute kommen. Durch die Einladung an die Ortsgruppen des KBW will sie das Interesse der Massen an Auseinandersetzungen über richtig und falsch ausnutzen. Indem sie die Bedingungen zu ihren Gunsten regelt und die Zügel der Veranstaltung in der Hand halten will, soll der bürgerlichen Auffassung der Revisionisten der Sieg gesichert werden. Es gehört kein sonderlicher Scharfsinn dazu, um das zu durchschauen.

Der Kommunistische Bund (Nord) hat unter Berufung auf diese ungleichen Bedingungen die Teilnahme an einer solchen Veranstaltung in Hamburg abgelehnt. Die Ortsgruppen des KBW haben das nicht gemacht. In der festen Zuversicht, daß der Marxismus-Leninismus auch unter ungünstigen formalen Bedingungen über den Revisionismus siegen wird, haben sie sich mit eigenen Beiträgen an diesen Veranstaltungen der DKP beteiligt und werden dies auch weiter tun.

Der Rahmen, den die DKP diesen Veranstaltungen geben wollte, ist dabei häufig gesprengt worden. So ist es der DKP z.B. in Göttingen nicht gelungen, die Beiträge der KBW-Mitglieder mittendrin zu unterbrechen, und als Günther Weiß, der Vorsitzende der Schiedskommission der DKP, zu einem Schlußwort ansetzte, um einen weiteren Beitrag des KBW zu verhindern, haben über 80 Prozent der rund tausend Versammelten den Saal unter Protest verlassen. Der Revisionistenhäuptling mußte seinen revisionistischen Unrat vor leeren Bänken abladen. Fast niemand außer DKP-Mitgliedern wollte das noch mit ansehen. In Gießen hat die DKP die Veranstaltung gleich gar nicht eröffnet, weil auf Initiative des KBW verhindert wurde, daß die DKP die Gruppe Rote Fahne (KPD) aus der Veranstaltung ausschloß. Die große Mehrheit der Zuhörer blieb da und diskutierte die Referate der Ortsgruppe.

## Die „Streitgespräche“ der DKP sind eine neue Methode, um das alte Ziel zu erreichen

Zwischen Revisionismus und Marxismus-Leninismus kann es nur den unversöhnlichen Kampf geben mit dem Ziel der gegenseitigen Vernichtung. Als bürgerliche Ideologie versucht der Revisionismus mit allen Mitteln, die Arbeiterklasse der Bourgeoisie zu unterwerfen, sie zu entwaffnen und zu spalten, um sie an ihrer Befreiung von der Herrschaft der Bourgeoisie zu hindern. Der Marxismus-Leninismus als Wissenschaft der Arbeiterklasse dagegen befähigt das Proletariat, sich durch die proletarische Revolution von der Herrschaft der Bourgeoisie zu befreien, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen und die Diktatur des Proletariats zu errichten, um den Sozialismus aufzubauen.

Lehrt der Marxismus-Leninismus, daß sich die Arbeiterklasse nur durch die gewaltsame Revolution befreien kann, daß sie die Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats ersetzen muß, um diese bis zur Verwirklichung der klassenlosen Gesellschaft, des Kommunismus, aufrechtzuerhalten und die Restauration des Kapitalismus zu verhindern, so predigt der Revisionismus den friedlichen Übergang zum Sozialismus, verherrlicht unter Berufung auf das Grundgesetz die Diktatur der Bourgeoisie und zieht die Diktatur des Proletariats unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Personenkult durch den Dreck. Der Revisionismus bereitet den Machtantritt der Bourgeoisie und die Restauration des Kapitalismus in den sozialistischen Ländern den ideologischen Boden, indem er behauptet, mit der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sei der Klassenkampf beendet und verliere die Diktatur des Proletariats ihren Sinn.

Bei all dem ist der Revisionismus entsprechend seinem Ursprung aus dem Opportunismus äußerst prinzipienlos. Seit sich die Sowjetunion in eine sozialimperialistische Macht verwandelt hat, die nach der Weltherrschaft strebt, nach innen heftige Unterdrückung der Arbeiterklasse und der nichtrussischen Nationalitäten betreibt und nach außen Aggression gegen fremde Völker vorbereitet und durchführt, beginnen die Revisionisten auf einmal wieder von der gewaltsamen Revolution und von der Diktatur des Proletariats zu sprechen. Darin kommt nicht eine Kehrtwendung auf dem eingeschlagenen Weg zum Ausdruck, sondern die Konsequenz, zu der dieser Weg führt: Erleichterung der Aggressionsbestrebungen des Sozialimperialismus durch Putschversuche in fremden Ländern und Unterdrükkung der Arbeiterklasse in den revisionistischen Ländern mit offen terroristischen Methoden.

Das gleiche zeigt sich im Verhältnis zu den Befreiungskämpfen der unterdrückten Völker. Wurden diese früher als Störung der Politik der friedlichen Koexistenz diffamiert und wurde versucht, ihnen „politische Lösungen“ aufzudrängen und ihren bewaffneten Kampf zu unterdrükken, so versucht der Sozialimperialismus heute mit Hilfe bürgerlicher Elemente in den Befreiungsbewegungen den bewaffneten Kampf der unterdrückten Völker seiner Rivalität mit dem US-Imperialismus dienstbar zu machen, die unterdrückten Völker zu spalten und Befreiungsorganisationen in Abhängigkeit zu bringen, um sie für seine imperialistischen Interessen kämpfen zu lassen. Wohin das führt, kann man an Kuba sehen. Wie sich der Sozialimperialismus das in Zukunft denkt, zeigt Angola.

Im Vernichtungskampf zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus ist der Revisionismus und die DKP in Westdeutschland in die Defensive gedrängt worden. Die Massen beginnen die Revisionisten an ihren Taten zu messen, und das kann dem Einfluß der Revisionisten nur schaden. Die Revisionisten können auf diese Entwicklung nur mit dem Versuch antworten, durch einen neuen und noch größeren Wortschwall über den Charakter ihrer Taten hinwegzutäuschen. Je mehr ihre Taten das Gegenteil beweisen, desto mehr müssen sie in Worten beschwören, wie nützlich diese Taten doch für die Arbeiterklasse sind.

Ist der Sozialimperialismus in Angola dabei, dem angolanischen Volk die Früchte seines Unabhängigkeitskampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus zu rauben, dann posaunen die Revisionisten in der Welt hinaus, daß sich das angolanische Volk nur durch die Hilfe der Sowjetunion befreien könne. Haben die Revisionisten die chilenische Arbeiterklasse in die Niederlage geführt, dann behaupten sie, das hätte nur daran gelegen, daß ihre Führung über die chilenische Arbeiterklasse nicht vollständig gewesen sei.

Haben die Revisionisten in Westdeutschland von Anfang an die proletarische Revolution verraten und sind immer deutlicher als Agentur des Sozialimperialismus aufgetreten, so leiten sie aus der Besorgnis der westdeutschen Monopolbourgeoisie über diese Dienstfertigkeit für den sozialimperialistischen Konkurrenten ab, was für großartige Revolutionäre sie doch seien. Daß sie sich die Legalität nur durch Gekungel mit dem westdeutschen Staatsapparat erschlichen haben, sollen die Massen vergessen.

Durch ihre Taten sind die Revisionisten gegenüber den Marxisten-Leninisten in die Defensive geraten. Durch einen wilden Wortschwall wollen sie aus dieser Defensive wieder herauskommen, um ihr Ziel, die Vernichtung des wachsenden Einflusses des Marxismus-Leninismus, doch noch zu erreichen. Gerade diesem Zweck sollen die „Streitgespräche“ dienen, die die DKP gegenwärtig den Ortsgruppen des KBW anbietet.

Dabei schickt sie ihre Oberschwätzer durch die Gegend und hofft, diese Oberschwätzer würden mit den örtlichen Führungskadern des KBW endlich fertig werden, nachdem die örtlichen DKP-Führer schon lange jeder ideologischen und politischen Auseinandersetzung mit den Marxisten-Leninisten aus dem Weg gehen. Es ist auch schwer, auf der einen Seite in jedem Kampf offen oder versteckt auf der Seite der Bourgeoisie zu stehen und dann in einem Streitgespräch plötzlich zu behaupten, all dies diene der Arbeiterklasse. Zu solchen Betrugsmanöver sind bloß Leute zu gebrauchen, die erstens dafür ausgebildet sind und dafür bezahlt werden und die zweitens noch nicht direkt dabei beobachtet werden konnten, wie sie mit der Polizei zusammenarbeiten, wie sie kommunistische Gewerkschaftsmitglieder bei der Gewerkschaftsführung und den Kapitalisten denunziert haben. Deshalb muß die DKP Leute wie Steigerwald, Gerns oder Günther Weiss ins Gefecht schicken. Gut, sagen sich die Ortsgruppen des KBW. Um so besser wird der Revisionismus und nicht nur dieser oder jener Konterrevolutionär entlarvt werden können. Das ist die Auffassung des KBW.

## Bei ihrem Versuch, gegenüber dem Marxismus-Leninismus wieder in die Offensive zu kommen, rechnen die Revisionisten mit der Spaltung der Marxisten-Leninisten und versuchen den Kampf zweier Linien in der marxistisch-leninistischen Bewegung zu ihren Gunsten auszunutzen

Der Revisionismus versucht den Marxismus-Leninismus zu vernichten und muß dies versuchen. Will er den Marxismus-Leninismus vernichten, dann muß er sich vor allem an den KBW halten. Dem KBW ist es gelungen, durch seine Praxis bereits eine Verbindung mit den Massen herzustellen. Um ihrem Ziel näher zu kommen, versuchen die Revisionisten deshalb dem KBW alle möglichen opportunistischen Abweichungen vom Marxismus-Leninismus aufzulasten und ihn dadurch von den Massen zu trennen. So greifen die Revisionisten in diesen Streitgesprächen keineswegs das Programm des KBW an, sondern die Politik der sozialchauvinistischen Vaterlandsverteidigung; so greifen sie nicht die Gewerkschaftslinie des KBW an, sondern die sektiererische RGO-Linie. Mit diesem Trick versuchen sie die Marxisten-Leninisten in die Defensive zu drängen, indem sie die Einheit des Marxismus-Leninismus durch die verschiedenen bürgerlichen Abweichungen zu nutzen versuchen für ihre revisionistischen Zwecke.

Gleichzeitig spekulieren sie darauf, daß durch die „Streitgespräche“ die Widersprüche innerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung verschärft werden können, weil die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) und die Gruppe Rote Fahne (KPD) sich natürlich nicht genug damit tun können, wie opportunistisch es doch sei, daß der KBW das Angebot auf Redebeiträge annimmt. Wo immer sie glaubten, die Möglichkeit zu haben, versuchten sie die Veranstaltungen platzen zu lassen. In Frankfurt ist dies gerade zu einem Zeitpunkt gelungen, als die Ortsgruppe die DKP-Größen in die Enge getrieben hatte. Die DKP-Größen ergriffen sofort die Gelegenheit, sich aus der Affäre zu ziehen, und brachen die Veranstaltung ab.

Natürlich spekulieren die Revisionisten auch darauf, durch ihre Angebote versteckte opportunistische Tendenzen innerhalb der Reihen des KBW hervorlocken zu können, um die Spaltung des KBW zu betreiben. Das ist die Absicht, wenn Günther Weiss in Göttingen ausführte: „Wenn ich eingangs die Frage gestellt habe: Maoisten in der BRD – Revolutionäre oder Handlanger der Reaktion? so zeigt sich in allen Fragen des Klassenkampfes heute, daß sie objektiv auf der Seite der Reaktion stehen. Dabei übersehen wir nicht, daß es unter den Mitgliedern und Anhängern maoistischer Gruppen und besonders auch dem KBW nicht wenige gibt, die persönlich die Absicht haben, Antiimperialisten zu sein und am antiimperialistischen Kampf teilnehmen zu wollen.“ Es ist ziemlich plump, zeigt aber, was sich die Revisionisten von den „Streitgesprächen“ erhoffen.

Diese Streitgespräche bedeuten einen Methodenwechsel der Revisionisten in ihrem Vernichtungskampf gegen den Marxismus-Leninismus. Sie bedeuten keine Änderung ihrer Politik, und die Marxisten-Leninisten können diese Streitgespräche nur nutzen, wenn sie sie nutzen, um den Revisionismus zu vernichten und seinen Einfluß auf die Massen zu zerstören. Die DKP hat ihre Politik nicht geändert, wie es in einem Artikel in der KVZ Nr. 51-52/1975 hieß. Sie hat die Methoden geändert, um ihre Politik durchzusetzen. Sie mußte ihre Methoden ändern, weil der Marxismus-Leninismus bereits zu stark ist. Die Revisionisten können seinem Angriff nicht länger einfach ausweichen. Durch die „Streitgespräche“ hoffen sie zum Gegenangriff übergehen zu können. Dabei setzen sie auf die Spaltung der marxistisch-leninistischen Bewegung.

Bisher konnten die Revisionisten diesen Gegenangriff nicht entfalten, weil die Ortsgruppen des KBW ihnen entgegengetreten sind und dem Revisionismus nicht das Feld überließen. Endgültig kann der Vernichtungskampf zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus nur dann zugunsten des Marxismus-Leninismus entschieden werden, wenn die Spaltung der marxistisch-leninistischen Bewegung durch Ökonomismus, Sozialchauvinismus und Sektierertum überwunden wird. Der KBW kann dazu seinen entscheidenden Beitrag nur so besser leisten, wenn er in den eigenen Reihen alle Anstrengungen macht, „um in der Organisation eine Atmosphäre des ideologischen Kampfes und der ideologischen Erziehung zu schaffen und die Organisation von ökonomistischen und rechtsopportunistischen Schlacken sowie von sektiererischen Verkrustungen zu befreien, die die Verbindung mit den Massen verhindern“. (Resolution des ZK des KBW vom 10. Januar 1976) – (js)

Der Kampf zweier Linien, der Kampf der Arbeiterklasse gegen das Erbe des Kapitalismus und gegen alle Ansätze einer kapitalistischen Restauration nimmt gegenwärtig in der Volksrepublik China einen großen Aufschwung. In der KVZ Nr. 6 berichtete unser Korrespondent über die Kritikbewegung im Erziehungswesen, die von der Tjinghua-Universität ihren Ausgang nahm.

Eine zentrale Front im Kampf gegen die Überreste der kapitalistischen Produktionsweise, von denen die kapitalistische Restauration ihren Ausgang nehmen kann, und im Kampf zur Festigung der Diktatur des Proletariats ist die Auseinandersetzung um das Entlohnungssystem und gegen die revisionistische Linie der materiellen Anreize.

Mao Tsetung hat auf die grundsätzliche Bedeutung dieses Kampfes hingewiesen: „China ist ein sozialistisches Land. Es war vor der Befreiung so gut wie kapitalistisch. Jetzt noch wird ein Lohnsystem von acht Stufen praktiziert, eine Verteilung jedem nach seiner Leistung und Austausch mittels Geldes, bei alledem gibt es nicht viel Unterschied zur alten Gesellschaft. Der Unterschied ist, daß die Eigentumsverhältnisse verändert sind." Und er benennt die Aufgabe: „Unser Land praktiziert gegenwärtig unter anderem ein Warensystem, auch das Lohnsystem ist ungleich, wie das achtstufige Lohnsystem. Diese können nur unter der Diktatur des Proletariats eingeschränkt werden. Deshalb ist es für Leute wie Lin Biao, wenn sie an die Macht kommen, sehr leicht, das kapitalistische System durchzusetzen." Der Sozialismus ist die notwendige Übergangsperiode zur kommunistischen Gesellschaft. In der sozialistischen Gesellschaft muß das Proletariat durch seine Diktatur „die Muttermale der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt" (K. Marx, Kritik des Gothaer Programms), beseitigen durch „Schaffung von Bedingungen, unter denen die Bourgeoisie weder existieren noch von neuem entstehen kann" (W.I. Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht). Durch die sozialistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse ist die Ausbeutung beseitigt, die bedeutete, daß einige wenige, ohne zu arbeiten, die Früchte der Arbeit jener vielen an sich reißen, die arbeiten, aber kaum davon leben können. Im Sozialismus hat die Arbeitskraft aufgehört, Ware zu sein. Im sozialistischen Verteilungsprinzip „Jedem nach seiner Leistung", das im wesentlichen dem Stand der Entwicklung der Produktivkräfte im Sozialismus entspricht, wirken jedoch die bürgerlichen Rechtsverhältnisse fort, die im Sozialismus schrittweise eingeschränkt werden müssen. Da die einzelnen Arbeiter hinsichtlich Körperstärke, kulturellen und technischen Niveaus sowie der Zahl der Menschen, die sie zu ernähren haben, ganz verschieden sind, aber dennoch ein gleicher Maßstab in der Verteilung an diese verschiedenen Arbeiter angelegt wird, entsteht de facto Ungleichheit. Dieses von der Verteilung jedem nach seiner Leistung verkörperte „gleiche Recht ist daher immer noch dem Prinzip nach das bürgerliche Recht" (K. Marx, Kritik des Gothaer Programms). Schrittweise Einschränkung des bürgerlichen Rechts oder seine Ausdehnung durch Prämien und materielle Anreize, dadurch, daß man das Geld zur Triebkraft für die gesellschaftliche Arbeit macht, persönliche Vorteile und Karrieretum fördert – zwischen diesen beiden Linien, der proletarischen und der revisionistischen, bürgerlichen Linie findet der Kampf um das Entlohnungssystem statt. (Nach: Peking Rundschau Nr. 22/1975 und 28/1975) Der Korrespondent der KVZ berichtet im folgenden über das gegenwärtige Entlohnunssystem in der Volksrepublik China.

*Im Kampf zweier Linien:*

# Das Lohnsystem in der Volksrepublik China

**Peking.** „Bei Mao sind alle Löhne gleich – einige sind gleicher", heißt der unsinnige Titel eines Artikels des Pekinger Korrespondenten der „Welt". Der „Spiegel" erfindet frei, das in China gültige achtstufige Lohnsystem beschere „dem Spitzenverdiener mit 400 Yuan im Monat achtzehnmal soviel wie dem ungelernten Werktätigen". Die bezahlten schreibenden Agenten der Bourgeoisie haben offensichtlich Schwierigkeiten bei ihrer Berichterstattung über das wirtschaftliche Leben der arbeitenden Menschen in der Volksrepublik China, besonders in der Situation, wo in den westlichen kapitalistischen Ländern wegen Inflation, Arbeitslosigkeit und Preisanstieg das Gefühl der Unsicherheit wächst und immer öfter gefragt wird: Wie ist das eigentlich in China?

## Lohnsystem von acht Stufen

Die chinesischen Arbeiter werden nach einem achtstufigen Lohnsystem bezahlt, das 1956 eingeführt wurde. Hiernach darf der Höchstlohn nicht mehr als dreimal so hoch wie der Mindestlohn sein. Nach etwa zweijähriger Lehrzeit tritt der Lehrling automatisch als Arbeiter in die erste Lohnstufe. Das heißt er verdient dann monatlich um 35 Yuan. Die achte Lohnstufe beträgt zwischen 100 und 105 Yuan. Tatsächlich gibt es viele Fabriken, in denen kein Arbeiter sich in der achten Lohnstufe befindet; auch Arbeiter in der siebten Lohnstufe sind sehr selten.

Der durchschnittliche Arbeitslohn im ganzen Land ist 60 Yuan. Die Arbeiter in der Schwerindustrie verdienen 10 Prozent mehr als die in der Leichtindustrie. Die Unterschiedlichkeit der Durchschnittslohnhöhe in verschiedenen Fabriken rührt daher, daß es in alten Fabriken verhältnismäßig viele ältere und erfahrene Arbeiter gibt, die sich in höheren Lohnstufen befinden. Dort ist der Lohndurchschnitt entsprechend hoch. Niedriger ist der Durchschnitt in den neueren Fabriken, da dort die jungen Arbeiter überwiegen.

„Im Grunde", sagte ein verantwortlicher Leiter der Dieselmotorenfabrik in Nantschang, „sind die Differenzen der Lohnstufen in verschiedenen Industriezweigen gering. Es entsteht deshalb bei den Arbeitern kein finanzielles Interesse, unbedingt in dieser und nicht in jener Fabrik arbeiten zu wollen."

Die Lehrlinge bekommen zusätzlich vom Staat zweimal Kleidergeld zu ihrem Einkommen, und auch für ihre Monatsfahrkarten und für Friseurkosten kommt der Staat auf. In den Werkswohnungen brauchen sie vielfach keine Miete zu zahlen.

Nach der zweiten Lohnstufe erfolgt der Eintritt in die nächsthöheren Stufen nicht automatisch, sondern die Kollegen diskutieren und beurteilen nach einer gewissen Zeit in jedem einzelnen Fall, wie sich einer im politischen Leben und gegenüber den Kollegen verhält und wie sein technisches Geschick ist. Das Ergebnis dieser Diskussion wird der Fabrikleitung, dem Revolutionskomitee, berichtet, die dann die Entscheidung trifft. Dies ist eine Praxis, die nur im Sozialismus möglich ist, wo die Arbeiter über ihre Geschicke selbst gemeinsam bestimmen und die Leitung selber aus Arbeitern besteht.

## „Die Arbeiter schaffen das Prämiensystem revolutionär ab"

Vor der Großen Proletarischen Kulturrevolution gab es in vielen Fabriken ein von den Rechtsopportunisten ausgeklügeltes raffiniertes Prämiensystem. Sie behaupteten, Prämien würden die Initiative der Arbeiter anspornen. In Wirklichkeit jedoch förderten die Prämien die Konkurrenz unter den Arbeitern, zerstörten ihre Einheit und ließen sie nur an persönlichen Vorteil und nicht an ihren Zusammenschluß als Klasse denken. Dies alles diente allein der Reaktion und ihrem Versuch der Wiederherstellung des Kapitalismus. Nicht irgendwelche Prämien wollen die Arbeiter im Sozialismus, sondern ihnen kommt es an auf das selbstbewußte politische und wirtschaftliche Handeln.

Ein Leiter des Amtes für Arbeit in China (früher: Arbeitsministerium), Chang Wentung, sagte dem Korrespondenten: „Die Arbeiter sind gegen das Prämiensystem. Sie schafften es revolutionär ab. Es gibt jedoch immer noch leitende Kader, die Anreiz- und Prämiensysteme propagieren. Auf diesem Gebiet gibt es noch Kämpfe."

Damit das Lohnniveau durch die Abschaffung der Prämien nicht verringert werden würde, erhält in den Fabriken nun jeder Werksangehörige einheitlich im Monat zusätzlich zum Lohn etwa 4.50 Yuan.

Nachtschichtarbeit, die in den kapitalistischen Ländern wegen höherer Bezahlung die Arbeiter dazu treibt, ihre Gesundheit zu ruinieren, wird in China nicht speziell vergütet. Sie ist aber oft um drei Stunden kürzer als die Tagschicht. Die Arbeiter werden gleichmäßig für die Nachtschicht eingeteilt. Besondere Zuschläge erhalten Arbeiter, die unter ungewöhnlichen Bedingungen arbeiten, wie Bergleute unter Tage und Arbeiter,



Arbeiterinnen in der Erdölgewinnung

die in abgelegenen Gebieten tätig sind, oder solche, die gefährliche Arbeiten leisten.

## Die Masse der Kader, Ärzte, Professoren usw. verdient wie die Arbeiter

Techniker, Verwaltungskader usw. werden nach einem anderen Stufensystem entlohnt. Bestbezahlte Personen in diesen Gruppen verdienen bis ungefähr dreimal soviel wie der Höchstlohn der Arbeiter beträgt. Es ist der Politik der Kommunistischen Partei Chinas, die Unterschiede zwischen den Lohnstufen und den verschiedenen Lohnsystemen schrittweise zu verringern. Für die Arbeiterlöhne bedeutet das beispielsweise, wie in der unweit Pekings gelegenen modernen Ölraffinerie „Der Osten erglüht" gesagt wurde: „Wir werden mit der Entwicklung der Produktion die niedrigeren Löhne erhöhen und die Dienstleistungen ausweiten. Zum Beispiel brauchen die Arbeiter monatlich nur im Durchschnitt 2 Yuan für Gas, Wasser, Elektrizität, Heizung, Möbel und Miete zu bezahlen. Bei einer kleineren Familie ist der Betrag etwas weniger, bei einer großen etwas höher."

Mit dem Ziel der Einschränkung der Unterschiede wurden in den vergangenen Jahren im ganzen Land folgende Maßnahmen durchgeführt:

1. Die Löhne der Kader, die Parteimitglieder sind, wurden – von der Ebene der Abteilungsleiter aufwärts – bereits zweimal herabgesetzt.
2. Arbeiter, die in leitende Positionen gewählt werden, behalten ihren ursprünglichen Lohn.
3. Stücklohn wurde abgeschafft; es gibt in der Industrie nur noch Zeitlohn.

Zwar gibt es noch manche alten Hochschullehrer, Wissenschaftler, Ärzte, Künstler und bestimmte Kader, die bedeutend mehr verdienen als die Arbeiter. Aber die Kader im allgemeinen in den Fabriken, Ämtern, Institutionen usw. haben die gleiche Lohnhöhe wie die Arbeiter. Die Masse der Ärzte, Hochschullehrer usw., die man heute trifft, verdient nicht mehr als die Arbeiter in den obersten Stufen des Arbeiterlohnsystems.

## Bauernkader werden wie gewöhnliche Kommunemitglieder bezahlt

Auf dem Land ist es so, daß Bauern, die ins Revolutionskomitee der Produktionsbrigade oder der Volkskommune gewählt werden, trotzdem weiter in der Brigade arbeiten und nach dem dort üblichen Punktesystem bezahlt werden. Daneben werden sie für ihren Zeitaufwand bei den Leitungsaufgaben von der Volkskommune finanziell unterstützt. Der Bauer Wang Guo-fan beispielsweise ist Parteisekretär des Kreises Tsunhua und Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas. Er wird nach wie vor wie ein einfaches Volkskommunemitglied entlohnt und erhält Unterstützung von der Kommune.

Die Kulturrevolution und die Weiterführung der Revolution im Erziehungswesen führte dazu, daß die Studentenmassen heute Arbeiter und Bauern sind. Nach der Beendigung der Hochschule kehren sie zurück aufs Land oder in die Fabrik und werden dort bezahlt wie vor der Ausbildung. So wird verhindert, daß sich die von den Arbeitern und Bauern bewußtseinsmäßig entfernen und wirtschaftlich zu einer Last für die Gesellschaft werden.

## Mietkosten allerhöchstens fünf Prozent des Einkommens

Der Produktionsleiter einer Werkhalle Tschan Bao-dsi arbeitet mit seiner Frau Dschang Hua-su in der Textilfabrik Nr. 3 in Peking. Die Mietkosten für ihre Werkswohnung betragen seit dem Einzug vor 15 Jahren monatlich 0,84 Yuan. Sie besteht aus einem Schlaf- und einem Wohnzimmer mit einer Gesamtfläche von 24 Quadratmetern. Mit dem Nachbar teilt sich die Familie, in der es zwei Kinder gibt, Küche, Badezimmer und Toilette. Die Zimmer haben alle Zentralheizung. Die Miete macht nicht einmal 1 Prozent des Einkommens des Ehepaars aus. Werkswohnungen sind besonders billig, aber gewöhnlich ist die Miete nicht höher als 3 bis 5 Prozent des Einkommens. Im allgemeinen zahlt man in Peking je Quadratmeter 0,20 bis 0,30 Yuan Miete.

Die Kosten für Wasser- und Stromgebühren, Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel sind seit langem stabil und niedrig. Die Wassergebühren sanken zwischen 1965 und 1975 um 33,3 Prozent. Heute kostet eine Tonne Wasser 0,12 Yuan. Die Stromgebühren von 0,148 Yuan pro Kilowattstunde ist seit vielen Jahren unverändert.

In der Radiofabrik „Peony" in Peking kostet ein Frühstück in der Kantine 0,07 Yuan und ein reichhaltiges Mittag- oder Abendessen 0,23 Yuan. (Es ist bekannt, daß sich die Qualität des Essens in einer westdeutschen Betriebskantine beileibe nicht messen kann mit der chinesischen Kantinenkost.) Frauen geben gewöhnlich im Monat 10 bis 11 Yuan und Männer 12 bis 14 Yuan bei täglich drei Mahlzeiten für das Essen aus.

## Seit vielen Jahren unveränderte Preise auf dem Markt

Zur Illustrierung der Preisstabilität auf dem Markt in China: Im Jahre 1952 bekam man in Peking für 15 Yuan:

12,50 Kilo Reis, 5 Kilo Weizenmehl, 0,5 Kilo Salz, 0,5 Kilo Zucker, 3,33 Meter weißen Baumwollstoff, 2 Stück Seife, 25 Kilo Kohle, 1,5 Kilo Petroleum, 1 Emaillewaschschüssel, 1 Ampulle Penicillin, 2 Schachteln Streichhölzer.

Heute, 24 Jahre später, kann man für den gleichen Betrag das gleiche einkaufen und dazu noch 2,5 Kilo Weizenmehl mehr.

Das Prinzip chinesischer Wirtschaftspolitik ist es, zwischen Kohle und Heizöl keinen Preisunterschied entstehen zu lassen. 1 Tonne Heizöl kostet 45 Yuan (1 Yuan gleich 1,25 DM).

## Keine Steuer- oder Versicherungsabgaben vom Lohn

Steuer oder Versicherungsabgaben vom Lohn gibt es nicht. Die arbeitenden Familienmitglieder werden kostenlos medizinisch versorgt, ebenfalls wie Kader, ungeachtet verschiedener Lohnhöhe. Nicht arbeitende Familienangehörige zahlen nicht mehr als die Hälfte der geringen Arztkosten. Die Preise für Medikamente verringern sich kontinuierlich. Im Durchschnitt sind sie heute im Einzelpreis um vier Fünftel billiger als in den ersten Jahren nach der Gründung der Volksrepublik.

Kinokarten kosten in Peking höchstens 0,30 Yuan, im allgemeinen 0,25 Yuan, aber auch 0,10 Yuan. Kinder und Schüler zahlen grundsätzlich nur 0,05 Yuan. Theaterkarten sind in der Regel für 0,30 bis 0,50 Yuan erhältlich. In Fabriken, Ämtern usw. werden oft kostenfreie kulturelle Vorführungen jeglicher Art geboten.

## Unter der Arbeiterdiktatur keine Sorge um Inflation, Preisanstieg oder Arbeitslosigkeit

China ist, wie von den chinesischen Genossen betont wird, ein Entwicklungsland. Deshalb ist der allgemeine Lebensstandard noch nicht sehr hoch. Das chinesische Volk hat sich gerade vor etwas über 25 Jahren vom Imperialismus und Feudalismus befreit und damals begonnen, das unvorstellbare massenhafte Elend zu beseitigen und Industrie und Landwirtschaft zu aufzubauen.

Aber unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas und ihres Vorsitzenden Mao Tsetung ist bereits etwas erreicht, was nur im Sozialismus und niemals in einem kapitalistischen oder imperialistischen Land möglich ist: Die Wirtschaft ist stabil. Die Volksmassen haben ein sicheres Auskommen. Angst vor Inflation, Preisanstieg und Arbeitslosigkeit gibt es in China nicht. Kein Familienvater braucht sich zu sorgen, ob er für seine Familie immer wird genügend nach Hause bringen können und ob die Ausbildung seiner Kinder gewährleistet ist. Arbeitslosigkeit gibt es nicht, und kein Arbeiter darf entlassen werden. Mehr noch. Das chinesische Volk ist sich bewußt, daß bei Durchführung der richtigen politischen Linie die wirtschaftliche Lage schrittweise für das Land und für jeden einzelnen immer besser wird.

Daß sich die Sowjetunion von einem sozialistischen Staat zu einem sozialimperialistischen entwickelt hat, kommt nicht zuletzt auch daher, daß dort materielle Anreize, Prämien usw. nicht abgeschafft wurden und die Lohnunterschiede ausuferten. Wenn die Politik gegenüber der Wirtschaft nicht den Vorrang einnimmt und die Lohnfrage nicht richtig behandelt wird, dann führt das zur Restauration des Kapitalismus.

Die Ungleichheit der Löhne ist ein Erbe aus der alten Gesellschaft, das nicht mit einem Schlag beseitigt werden kann. Diese Aufgabe kann nur allmählich unter der Diktatur des Proletariats und auf der Grundlage der Entwicklung der Produktion und der Produktivkräfte durchgeführt werden. Genosse Mao Tsetung hat im vergangenen Jahr auf die wichtige Bedeutung dieser Aufgabe in einer Direktive hingewiesen und die Arbeiterklasse und das Volk Chinas aufgefordert, diese Frage im Rahmen des Studiums über die Theorie der Diktatur des Proletariats und im Hinblick auf die Einschränkung des bürgerlichen Rechts umfassend zu studieren und zu diskutieren. Wie Genosse Chang Wen-tung sagte, wird derzeitig im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas intensive Untersuchungsarbeit bezüglich der Lohnfrage geleistet und werden die täglichen Erfahrungen auf diesem Gebiet zusammengefaßt, denn „die Kommunistische Partei Chinas will den Kommunismus verwirklichen. Wir müssen die Unterschiede zwischen den Löhnen verringern, und alle unsere Maßnahmen müssen auf das Fernziel – den Kommunismus – gerichtet sein." (Uwe Kräuter, Peking)